

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: halbjährlich 3,30 RM., monatlich 1,10 RM., vierteljährlich 2,25 RM., frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Dagestana, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern ober deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Artikel und Besprechungs-Artikeln 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf., (unfertig 25 Pf.) (zweiwöchige Artikel) jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 29. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Oesterreichische Schande.

Das Manifest der Internationale in Oesterreich konfisziert.

Man schreibt uns:
 Das Manifest der Internationale ist in Oesterreich konfisziert worden. . . . Man wird sich, wenigstens in der sozialdemokratischen Internationale, niemand mehr über die moralische Verfassung der schwarzgelben Monarchie täuschen, der in der reichsdeutschen bürgerlichen Presse so viel Beifall spendet wird, und von deren, daß Gott erbarm', Kultur der Scham so nette Fabeln zu dichten weiß. Es gibt doch keinen politischen Menschen in Deutschland, der von dieser Kundgebung nicht Notiz genommen hätte, aber daß selbst dem verstocktesten Reaktionär der Gedanke gekommen wäre, man könnte gegen diese herrliche Kundgebung, gegen diesen Anruf zum sittlichen und menschlichen Tun die Büttel aufbieten, halten wir für ganz ausgeschlossen. Und in Oesterreich ist das Manifest von der ersten bis zur letzten Zeile konfisziert worden; und in den schwarzgelben Grenzpfählen, diesen Grenzpfählen, die von Europa abschließen, darf es nicht veröffentlicht werden! Nun ist die oesterreichische Schande vor ganz Europa entlarvt!

Wohlgemerkt, diese Konfiskation ist nicht etwa nur der freche Einfall eines besonderen Trotzels von Staatsanwalt, sondern die Unterdrückung des Wortes der Internationale ist auf unmittelbaren Auftrag der Regierung erfolgt, wenn sie nicht noch ein Höherer veranlaßt hat. Sie fügt sich freilich der schuftigen Verfolgung, die seit Jahr und Tag gegen das oesterreichische Zentralorgan, gegen die „Arbeiter-Zeitung“, geübt wird, würdig an. Seit einem Jahr hat die „Arbeiter-Zeitung“ mehr Konfiskationen erlitten, als vielleicht zehn Jahre vorher zusammen. Was in Oesterreich der Niederträchtigkeit der Regierenden möglich ist, sah man schon während des eucharistischen Schwindelkongresses, wo den Staatsanwälten in einem eigenen Geheimerlaß der Regierung die „besonders sorgfältige und nachdrückliche Beobachtung“ der sozialdemokratischen Presse aufgetragen wurde. Jetzt ist es wieder die kraftvolle und nuttige Verteidigung des Friedens, die energische Brandmarkung der Kriegsbege, die der „Arbeiter-Zeitung“ die Wut der Machthaber einträgt. Von einer bürgerlichen Abwehr der nichtsnutzigen Pläne der eucharistischen Kriegspartei ist weit und breit nichts zu lesen; einen Borgeschmack dieser bürgerlichen Knechtlichkeit bekommen ja die reichsdeutschen Leser in den „Informationen“ zu spüren, die alle ihren Herd in dem Preßbureau des Wallplaces haben — dessen geheimer „Dispositionsfonds“ ja nicht zufällig jetzt auf zwei Millionen Kronen erhöht worden ist — und die als Bericht aus Oesterreich nur das von sich geben, was ihnen von den Kulis des Verdicts eingegeben worden ist. Obwohl auch die deutsche Bevölkerung dem imperialistischen Getöse nur mit der denkbar größten Kühle gegenübersteht, und es schon als ein großes Guthaben des „Patriotismus“ gebucht wird, wenn in einem Varietè eine läbeltrahlerische Anspielung beläßt wird, so steht doch, mit wenigen Ausnahmen, die gesamte Wiener Presse im Bann der Kriegsbege und konzentriert ihren Haß auf das sozialdemokratische Organ, dessen Wachsamkeit ihnen das zweifelhafte Handwerk föhrt. Und die Regierung bemüht sich natürlich nach Kräften, den latenten Scharfmacherhaß des Bürgertums nun „patriotisch“ auszubenten: die Konfiskation des Manifestes wurde aus der bewussten Absicht anbefohlen, um der Verleumdung der Kriegsbege, die sich über den „Hoherrath“ der Sozialdemokraten in „Entrüstung“ nicht genug tun können, künstlich Nahrung zu schaffen. Besonders bewährt sich dabei die berüchtigte „Reichspost“, jene christlichsoziale Zeitung, die sich durch die an dem verunglückten Genossen Silberer begangene Reichenschändung die unvergängliche Bezeichnung als Reichenschänderblatt erworben hat. Für die Verleumdung, der nun alles in Oesterreich entgegen geht, ist es bezeichnend, daß sich dieses Blatt, das ein reinlichkeitsliebender Mensch nicht mit der Zange angreifen würde, als das Lieblingsblatt des Herrn Erzherzog Franz Ferdinand gebärden kann, zu dessen spezieller Deklaration die allererschamloseten Schimpfereien auf die Sozialdemokratie wohl auch geschrieben sein wollen. Da haben die ausländischen Genossen nun ein Beispiel der Freuden, die einem der Umstände verschafft, Oesterreich als Vaterland zu haben, von dem wirklich nur der Dichter meinen konnte, man habe Ursache es zu lieben.

Auf welche Stufe politischer Freiheit sich Oesterreich befindet, erfährt der Ausländer aus der Tatsache, daß in Oesterreich die Presse noch immer der polizeilichen Konfiskation ausgesetzt ist. Es ist also, um Zeitungen zu konfisizieren, keineswegs eine gerichtliche Verfügung notwendig, sondern es konfisziert der Staatsanwalt, dem man die Pflichteremulare überreicht, und zwar kann er konfisizieren, was er will; die richterliche „Ueberprüfung“, die dann eintritt, ist eine pure Farce. Er konfisziert auch was er will, oder richtiger: was man oben konfisziert haben will; ohne Uebertreibung gesagt, kann man wohl sagen, daß er auch, wenn man es verlangte, die zehn Gebote konfisizieren würde. Die Einrichtung, der die oesterreichische Presse nun seit vierzig Jahren unverändert ausgeliefert ist, und die man objektives Verfahren nennt, weil darin keine Spur von Objektivität zu sehen ist, ist eigentlich schlimmer und bössartiger

wie die Zensur; bei der Zensur hat man wenigstens die Druckkosten eripart, im Effekt kommt das Verbot nach dem Druck dem Verbot vor dem Drucke natürlich gleich. Trotzdem erhält sich die Einrichtung: sie trifft nämlich jetzt nur noch die sozialdemokratische Presse. Und wie man es darauf abgesehen hat, die Arbeiterpresse unter ein ungeschriebenes Ausnahmegesetz zu stellen, sah man gestern im Abgeordnetenhaus an der Behandlung der über die Konfiskation des Manifestes eingebrachten Interpellation. Die sozialdemokratische Fraktion suchte, wie es ja bei Konfiskationen ausnahmslos üblich ist, die Beschlagnahme dadurch unwirksam zu machen, daß sie den konfiszierten Inhalt in eine Interpellation brachte, wodurch er, als ein Bestandteil der Verhandlungen des Hauses, die Immunität erlangt, den Fängen der Staatsanwaltschaft entrisen und wieder frei wird. Ueber Auftrag der Regierung verweigert aber der Präsident Sylvester — überflüssig zu sagen: ein Nationalliberaler — die Verlesung der Interpellation in öffentlicher Sitzung, und da die knechtliche Majorität ihm recht gab, so wurde die Immunität faktisch vereitelt. Die Furcht der Regierung vor dem Anruf der Internationale, vor der Wirkung der feine ehernklare Sprache auf alle Kreise der Bevölkerung sicher wäre, ist so groß, daß der Ministerpräsident mit der sofortigen Schließung des Abgeordnetenhauses drohte, und

sein Kollege, der Minister für Rechtsbeugung, der Justizminister Hohenburger, die Unterdrückung des Manifestes, um die Presse noch stärker zu machen, als ein Interesse des deutschen Volkes hinstellte! Ein charaktervoller Präsident wäre danach freilich erst recht der geschändeten Pressefreiheit zu Hilfe gekommen; aber wer wird in diesem entarteten deutschen Bürgertum in Oesterreich auf Charakter noch hoffen? Der Geist, von dem es beherrscht wird, ist der Geist der Denunziation und des Stiefelwichspatriotismus, und alle Mannhaftigkeit und politische Anständigkeit ist ihm längst verloren gegangen.

Jedoch wie es immer ist, rächt sich die politische Unanständigkeit an den Urhebern. Es wird die Unterdrückung des Manifestes nicht bloß die Wirkung haben, daß man in der ganzen europäischen Welt das schwarzgelbe unfreie Jesuiten-Oesterreich endlich nach seiner wahren Natur kennen lernen wird — die Konfiskation des Manifestes hat das Interesse der Bevölkerung auf die Bekämpfung des Krieges durch die Sozialdemokratie erst recht gelenkt, sonst wäre das Interesse, da die bürgerliche Wiener Presse alles Sozialdemokratische prinzipiell totschweigt, wohl nur auf die organisierte Arbeiterschaft beschränkt geblieben. Nun spricht ganz Oesterreich von diesem Manifest, vor dem sich die Regierung so gräßlich fürchtet, und zu dessen Unterdrückung sie die gewalttätigsten Mittel nicht scheut.

Wie lange noch?

Es wird wirklich höchste Zeit, daß das Spiel mit dem Feuer ein Ende nimmt. Schließlich ist das deutsche Volk wirklich nicht dazu da, um die Folgen für eine unfähige Politik und des Machtwahns der oesterreichischen Regierung zu tragen. Als die Krise begann, standen wir inmitten einer glänzenden Konjunktur, die sich auch zunächst als sehr widerstandsfähig erwies. Allmählich ergreift aber die Beunruhigung immer weitere Kreise. Abgesehen von den direkten Schänden, die die Ausschaltung des Balkans aus dem Handelsverkehr verursacht hat, abgesehen von der Erschütterung der Börsen und der Geldteuerung, schränkt die Industrie ihre Reinvestitionen auf das geringste Maß ein und wenn auch noch kein Niedergang, so ist doch ein gewisser Stillstand unverkennbar, der bei der Fortdauer der Unsicherheit sehr rasch zum Nachlassen der Beschäftigung, zur Arbeitslosigkeit führen müßte.

Wie stark die Unruhe schon geworden ist, zeigt auch, daß die Sparer anfangen, ihr Geld abzuheben und der Reichskanzler sich veranlaßt gesehen hat, zur Beruhigung der Bevölkerung eine Kundgebung an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen zu erlassen, worüber folgendes berichtet wird:

Königsberg, 28. November. Bei dem hiesigen Oberpräsidium ist ein Telegramm des Reichskanzlers eingegangen, worin der Oberpräsident gebeten wird, der anscheinend in der Provinz herrschenden Kriegsausregung, die durch nichts gerechtfertigt sei, entgegenzutreten. Die alarmierenden Nachrichten über angebliche Kriegsvorbereitungen diesseits und jenseits der preussisch-russischen Grenze entbehren jeder Grundlage. Von deutscher Seite seien keinerlei besondere militärische Maßnahmen ergriffen worden; auch seien bisher hier keine Nachrichten über russische Gegenmaßnahmen eingegangen, die deutsche Gegenmaßnahmen veranlaßt hätten.

Man sieht, die andauernde Unsicherheit wird nachgerade zu einer Störung für unser ganzes Wirtschaftsleben und all das wegen der Frage, ob Oesterreich dem kleinen Serbien einen Handelshafen an der Adria gönnen will oder nicht!

Hörte man nur auf die Stimmen der Wiener Offiziösen, dann wäre freilich die Lage bedrohlich genug. Und als bodenlose Frivolität muß es bezeichnet werden, daß der klerikale Wiener Gemeinderat jetzt gerade (auf wessen Geheiß?) eine Kriegskundgebung inszeniert. Und die Regierung selbst fühlt sich ebenfalls gerade jetzt veranlaßt, Mobilisierungsgesetze dem Reichsrat zur dringlichen Beratung vorzulegen.

Was von den Schwarzgelben in den letzten Tagen geleistet worden ist, ist überhaupt unverantwortlich. Die Wiener Blätter haben die Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die in ihrem entscheidenden Absatz erklärt, daß die albanische und adriatische Frage erst im Verein mit den anderen aus den Vorgängen im Balkan entstandenen Fragen diskutiert und geregelt werden, nur verstümmelt gebracht. Es handelt sich, sagt die „Frankfurter Zeitung“ mit Recht, um eine grobe Fälschung der öffentlichen Meinung, und sie fügt hinzu:

„Während man unter hoher obrigkeitlicher Förderung alles zusammenträgt, was zu einer Aufspaltung der

Öffentlichkeit und zur Alarmierung Europas geeignet ist, unterdrückt man eine Kundgebung, die für die richtige Beurteilung der allgemeinen Lage absolut unentbehrlich ist. Diese Art, die Öffentlichkeit zu informieren, verrät einen bedauerlichen Mangel an Verantwortungsgefühl und steht mit den Pflichten einer gewissenhaften Publizistik in um so schrofferem Gegensatz, als ja die Lage an sich ernst genug ist.“

Man ist also in Wien mit der Haltung der deutschen Regierung nicht sehr zufrieden. Aber man wird sich hoffentlich gesagt haben, daß die Haltung der deutschen Regierung das Minimum ist, das das deutsche Volk verlangt, und daß es keinen Menschen in Deutschland gibt, der es begreifen könnte, daß die adriatische oder albanische Frage zu einem Kriegsgrund gemacht würde. Wenn man der deutschen Regierung etwas vortwerfen kann, so sicher nicht, daß sie die oesterreichische Politik zu wenig unterstützt habe, sondern im Gegenteil, daß sie den Treibern der oesterreichischen Kriegspartei nicht schon früher und entschiedener entgegengetreten ist. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt ganz richtig:

„Wenn die Berliner Note ohne Fälschungnahme mit der Wiener Regierung veröffentlicht worden ist, so ist es erklärlich, daß man in Wien nicht erfreut darüber ist. Die Auffassung aber, daß Wien zu einer solchen Dämpfung, wie sie durch die Note erfolgt ist, keine Veranlassung gegeben habe, zeugt von einem bedauerlichen Mangel an Selbstkritik. Man beruft sich darauf, daß man keinen Kernin für die Geltendmachung der oesterreichischen Ansprüche bekannt gegeben habe. Aber man scheint sich nicht zu erinnern, daß ein paar Tage lang von Wien aus ein Lärm erhoben wurde, als sehe ein Einmarsch in Belgrad unmittelbar bevor. Es ist schwer zu glauben und die „unzeitgemäße Reise“ des oesterreichischen Generalstabschefs spricht allein deutlich genug, daß dies nur von den schlechten Gewohnheiten mancher oesterreichischen Blätter komme. Mag man in Oesterreich die Note für „inopportun“ halten, in Deutschland hält man sie für sehr angemessen und wird sich in der nächsten Beurteilung der internationalen Situation auch nicht durch große Sprüche, wie die von einer „Lebensfrage“, an der Oesterreich nicht „verbluten“ dürfe, irre machen lassen!“

Es ist also wirklich höchste Zeit, daß die Schwarzgelben einzulenken beginnen. Herr Postisch war so vernünftig zu erklären, daß Serbien nicht gerade Durazzo haben müsse, und in Wien wird man sich an den Gedanken zu gewöhnen haben, daß die übrige Welt sich nicht berufen fühlt, die Geschäfte des Herrn Thronfolgers zu besorgen. Man darf, ohne rühmredig zu sein, behaupten, daß die entschiedene Stellungnahme des Proletariats einen guten Anteil daran hat, daß trotz allem und allem die Herrschenden doch Bedenken tragen, einen Krieg zu entfesseln, der den Massen des Volkes als Wahnsinn und Verbrechen erscheint.

Die Kundgebung des Reichskanzlers.

Die Anweisung des Reichskanzlers an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, die heute den Königsberger Blättern übermittelt worden ist, hat folgenden Wortlaut:

„Euer Excellenz bitte ich in der dortigen Provinzial- und Kreispresse und mit sonstigen Mitteln der dort anscheinend herrschenden Kriegsausregung, die durch nichts gerechtfertigt ist, entgegenzutreten und die Presse dahin zu instruieren, daß alarmierende Nachrichten über angebliche Kriegsvorbereitungen dies- und jenseits der preussisch-russischen Grenze jeder

Grundlage entbehren. Deutscherseits sind keinerlei besondere militärische Maßnahmen ergriffen, auch sind bisher noch keine Nachrichten über russische militärische Maßnahmen eingegangen, die deutsche Gegenmaßnahmen veranlaßt hätten.

Oesterreichische Stimmungsmache.

Oesterreichische Mobilmachungsgesetze.

Wien, 28. November. Abgeordnetenhause. Um 12 Uhr mittags trat heute der Seniorenkongress zusammen. Bei dieser Gelegenheit teilte Ministerpräsident Graf Stürgkh mit, daß er in den nächsten Tagen dem Hause drei Gesetze vorlegen werde, nämlich ein Gesetz über die Pferdegestellung, ein Gesetz betreffend die Unterstützung der Familienangehörigen im Mobilmachungsfalle und endlich ein Gesetz über die Leistungen von Unterkunfts- und Truppentransportmitteln seitens der Privaten und Gemeinden im Mobilmachungsfalle. Der Ministerpräsident betonte die Dringlichkeit der raschen und glatten Behandlung der genannten Vorlagen und ersuchte die anwesenden Senioren, mit ihren Parteien über die schleunigste Verabschiedung dieser Vorlagen ein Einvernehmen herbeizuführen. Die nächste Sitzung des Seniorenkongresses findet heute abend um 7 Uhr statt.

Das Abgeordnetenhause hat mit der ersten Lesung des Budgetprovisoriums begonnen. Der Seniorenkongress beschloß mit Rücksicht auf die Anknüpfung des Ministerpräsidenten von der Beratung der Geschäftsordnungsreform, die ursprünglich nach Erledigung des Budgetprovisoriums auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, abzusehen.

Die Oesterreichischen Offiziere über das Verhältnis zum Balkanbund.

Wien, 28. November. Das „Freundenblatt“ schreibt: In der öffentlichen Meinung machen sich seit einiger Zeit Zeichen einer immer steigenden Bewegung bemerkbar. Die intrasigenten Erklärungen des serbischen Ministerpräsidenten, die an aufregenden Zwischenfällen so reiche Angelegenheit des Konsuls Prochaska und die aufreizende und geschäftige Sprache der nationalistischen Presse Serbiens gegen Oesterreich-Ungarn haben es verursacht, daß ein Gefühl des lebhaften Unwillens in der Monarchie zutage tritt. So begreiflich, so verständlich dieser Unmut weiter Kreise der Bevölkerung ist, darf die Regierung eines Großstaates sich nicht allein von den Impulsen der öffentlichen Meinung leiten lassen, sie darf sich nicht von den fest vorgezeichneten Richtlinien ihrer Politik abdrängen lassen. Oesterreich-Ungarn hat nirgends störend in die kriegerischen Operationen eingegriffen und wünscht ein gezieltes Ende der Friedensverhandlungen. Das Blatt bezeichnet die Behauptung eines Teiles der ausländischen Presse von einer Ermunterung der Türkei zur Fortsetzung des Krieges seitens Oesterreich-Ungarn als leichtfertige und böswillige Erfindung. Oesterreich-Ungarn bewies den Balkanstaaten ein wohlwollendes Entgegenkommen, welches gewiß auch voll und ganz anerkannt und gewürdigt wurde. Diese Haltung der Monarchie berechtigt zu der Annahme, daß die Bemühungen Oesterreich-Ungarns, mit den Balkanstaaten in die freundschaftlichsten, besten Beziehungen zu treten, nur dann von Erfolg begleitet sein können, wenn diese Bemühungen nicht einseitig bleiben, sondern auch von Seiten der Balkanstaaten in demselben Sinne Oesterreich-Ungarn gegenüber gehandelt wird.

Die Umwerbung Rumäniens.

Wien, 28. November. Das Wiener L. E. Telegr. Correspondenzbureau meldet aus Bukarest: Der Oesterreich-ungarische Armeemajor Freiherr Conrad von Soehendorf wird hier morgen mittag eintreffen und ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef an König Carol überbringen.

Kein Oesterreichisches Ultimatum an Serbien.

Wien, 27. November. Gegenüber der vielfachen Annahme, daß das Wiener Kabinett seine Auffassung gegenüber den Ansprüchen Serbiens bezüglich der Neuregelung der territorialen Verhältnisse am Balkan der serbischen Regierung mit der Aufforderung zu einer Antwort hätte mitteilen lassen, stellt die „Politische Korrespondenz“ folgenden Sachverhalt fest: Die serbische Regierung ergriff die Initiative und versuchte durch ihren Wiener Gesandten die Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche zu begründen. Das Wiener Kabinett sah sich dadurch veranlaßt, durch den Oesterreich-ungarischen Gesandten in Belgrad seinen Standpunkt darlegen zu lassen, ohne jedoch daran die Aufforderung zu einer Gegenäußerung zu knüpfen. Von einer kurzen Frist, die dem Belgrader Kabinett für die Beantwortung gestellt worden wäre, kann somit keine Rede sein. Daher ist auch die Ansicht unzutreffend, daß aus dem Ausbleiben der Antwort, welche bisher nicht verlangt wurde, Schlüsse auf den Stand dieses Teiles der Balkanfrage gezogen werden könnten.

Optimismus in London.

London, 27. November. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird in englischen amtlichen Kreisen die ständige und selbstlose Mitwirkung sehr gewürdigt, die der englischen Regierung von den Mächten in ihrem Bemühen zuteil wird, eine friedliche Lösung der verschiedenen Fragen zu finden, die sich aus dem gegenwärtigen Krieg ergeben. Die Ansichten, die man in amtlichen Kreisen hegt, zeigen keinen Pessimismus. Es herrscht im Gegenteil stark der Eindruck vor, daß unter den Großmächten keine so abweichenden Ansichten entstehen werden, die die Befürchtung rechtfertigen, daß es zu ernstlichen Schwierigkeiten unter ihnen kommen könnte. Die letzten Berichte bestätigen diesen Eindruck, und alle Gründe sprechen für die Annahme, daß bald ein Weg gefunden werden wird, um alle die Fragen zu regeln, die Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten unter den am unmittelbarsten betroffenen Mächten geben könnten.

Bulgarien gegen eine europäische Konferenz.

Sofia, 28. November. Angesichts der in der letzten Zeit vielfach bemerkbaren Tendenzen, die definitive Entscheidung des Balkankrieges einer europäischen Konferenz zu überbreiten, sieht die bulgarische Regierung, wie berichtet wird, entschieden auf dem Standpunkte, daß die Lösung der Balkanfrage keiner Konferenz bedürfte. Die bulgarische Regierung würde der Konferenzidee nur dann zustimmen, wenn das Konferenzprogramm von vornherein festgelegt werden würde und bloß die Sanctionierung oder Anerkennung der neuen Lage enthielte.

Proklamation der albanischen Autonomie.

London, 28. November. In den großen Städten Albaniens wird allgemein die Autonomie proklamiert. Die albanische Nationalflagge, ein schwarzer Adler auf rotem Grund, ist in Durazzo auf dem Regierungsgebäude ohne Zeremonie gehißt worden. Die Beamten sind auf friedlichem Wege überredet worden, ent-

weder das neue Regime anzuerkennen, oder die Stadt zu verlassen. Flüchtlinge drängen sich in die Stadt. Alle türkischen Flaggen im Hafen sind eingeholt worden.

Eine provisorische Regierung.

Balkona, 28. November. Ismail Kemal Bei ist hier eingetroffen und hat die Konsuln Italiens und Oesterreich-Ungarns besucht. Man nimmt an, daß die Proklamation der Unabhängigkeit und der Neutralität Albaniens sowie die Einsetzung einer provisorischen Regierung unmittelbar bevorstehen. Sobald als möglich wird eine Kommission zu den europäischen Regierungen und zwar zuerst zu den italienischen, gesandt werden, um die Anerkennung der Unabhängigkeit Albaniens zu erbitten. Bisher sind 80 albanische Delegierte hier eingetroffen, weitere werden erwartet, darunter Issa Woljetinaz mit bewaffneter Macht. Wie berichtet wird, hob Ismail Kemal in seiner Unterredung mit den Konsuln Italiens und Oesterreich-Ungarns hervor, die Unabhängigkeit Albaniens gründe sich auf die Prinzipien der territorialen Integrität und der Neutralität. Albanien habe Vertrauen zu den Wohlwollen sämtlicher Mächte und zu der Unterstützung Italiens und Oesterreich-Ungarns.

Die Serben in Durazzo?

Wien, 27. November. Man nimmt hier an, daß die Serben heute in Durazzo eingezogen sind, wenn auch heute authentische Meldungen über die Besetzung Durazzos noch ausbleiben.

London, 28. November. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Durazzo vom 27. November: Die türkische Regierung in Durazzo hat tatsächlich aufgehört zu bestehen. Der Gouverneur rüht sich zur Abreise. Das Gerücht ist aufgelöst und das Bataillon der Reservisten ist entlassen.

Kämpfe auf Chios.

Konstantinopel, 28. November. Wie die Blätter erfahren, sind seit drei Tagen erbitterte Kämpfe zwischen türkischen und griechischen Truppen auf Chios im Gange.

Die Friedensverhandlungen.

Sofia, 28. November. Die Friedensverhandlungen waren beinahe unterbrochen, da die Türken die Uebergabe von Adrianopel verweigerten und es ablehnten, Saloniki abzutreten. Die Bulgaren bestehen entschieden auf ihren Forderungen.

Verschleppungsversuche?

Sofia, 27. November. Hier hat man den Eindruck, als ob die Türken die Verhandlungen über den Friedensschluss möglichst zu verschleppen suchen. Man ist jedoch auf bulgarischer Seite entschlossen, dies nicht zuzugeben und nötigenfalls energisch eine Entscheidung zu fordern.

Konstantinopel, 28. November. Nach Mitteilungen aus amtlicher Quelle haben die Besprechungen der Bevollmächtigten der Türkei und Bulgariens gestern zu keinem Ergebnis geführt und werden heute fortgesetzt werden.

Wie verlautet, verharren bei der gestrigen Sitzung die Bevollmächtigten bei ihrer Forderung nach einer Grenzlinie, die der Türkei das Gebiet hinter der Linie Saloniki-Kirkkilisse, die beiden Städte inbegriffen, läßt. Die verbündeten Balkanstaaten bestanden auf der Grenzlinie Enos-Saraj-Midia.

Kein griechisch-türkischer Separatfrieden.

Athen, 27. November. Die „Agence d'Athènes“ ist ermächtigt, die auswärts verbreitete Nachricht, zwischen Griechenland und der Türkei stehe der Friedensschluss nahe bevor, in der entschiedensten Weise für tendenziös zu erklären.

Bulgarische Verstärkungen für die Thessalienlinie.

Saloniki, 27. November. Heute früh haben 217 griechische Transportdampfer mit 12 000 bulgarischen Soldaten an Bord in Begleitung des griechischen Kreuzers „Mykali“ den Hafen von Saloniki verlassen.

Serbien stellt seine letzten Reserven ein.

Belgrad, 27. November. Durch eine Kundmachung des sieben-tel-Belgrader Ergänzungsbereichskommandos wurden die bisher zum Militärdienst nicht herangezogenen Reserveoffiziere und Militärbeamten aufgefordert, sich binnen 24 Stunden bei ihren Kommandos zu melden.

Wiedereinschiffung der fremden Matrosen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 28. November. Da die Gründe, die zu einer Landung der fremden Seeleute geführt haben, zu einem großen Teil hinweggeräumt sind, sind die Matrosen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und einiger anderer Mächte wieder eingeschifft worden.

Gegen das Recht des Reichstages.

Bekanntlich ist es in der letzten Reichstagsession gelungen, nach vielen Mühen den unwürdigen Zustand zu beiseitigen, daß der Reichstag zwar die Regierung interpellieren, seiner eigenen Meinung aber dabei keinen Ausdruck geben konnte. Er kann jetzt wenigstens aussprechen, ob die Antwort des Reichskanzlers der Anschauung des Reichstages entspricht oder nicht. Zum ersten Male hat die sozialdemokratische Fraktion von diesem Rechte Gebrauch gemacht, als sie zu der zur Verhandlung stehenden Steuerungsinterpellation den Antrag stellte, daß die Behandlung der Steuerungsfrage durch den Reichskanzler nicht den Anschauungen des Reichstages entspreche, insofern die Suspendierung der Zölle, gegen die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und für die Beschränkung der verfügbaren Einfuhrerleichterungen auf bestimmte Gemeinden eintritt.

Man weiß, daß die Konservativen als geschworene Feinde aller Volksrechte von Anfang an gegen dieses Antragsrecht aufgetreten sind. Einige Verwunderung aber mußte es doch schon erregen, daß niemand anders als Herr Wassermann dagegen Einspruch erhob, daß der Antrag ausdrücklich präzisierete, in welchen Punkten diese Nichtübereinstimmung vorhanden sei. Denn es ist klar, daß die Volksvertretung, wenn sie einen Beschluß in einer Angelegenheit fassen will, doch die Möglichkeit haben muß, ihre Meinung in ganz genauer Weise zum Ausdruck zu bringen. Man kann zur Not den Standpunkt eines Konservativen begreifen, der als Anhänger des Regierungsabsolutismus die Meinungsäußerung des Reichstages möglichst unterbinden möchte. Unbegreiflich aber ist es, wie ein Liberaler — selbst einer von der nationalliberalen Sorte — der Regierung zu Hilfe kommt und gegen das Reichstagsrecht Stellung nimmt. Denn Herr Wassermann hat wirklich als freiwilliger Regierungskommissar gehandelt. Als in der Rittwachsitzung unser Antrag verlesen worden war, zeigte sich am Bundesratsstisch sofort große Aufregung und Herr Delbrück konferierte nach Schluß der Sitzung

mit den Führern der bürgerlichen Parteien. Er erklärte ihnen, daß er sich dem Reichskanzler gegenüber unmöglich mache, wenn der sozialdemokratische Antrag nicht für unzulässig erklärt werde. Herr Delbrück konnte sich dabei, wie man jetzt erfährt, auf gewisse Verhandlungen und Zusicherungen berufen, die ihm Mitglieder der Geschäftsordnungscommission von der nationalliberalen und Zentrumsparlei gegeben hatten.

Es ist charakteristisch für unsere Zustände, daß diese Verhandlungen überhaupt stattfinden konnten. Denn die Gestaltung der Geschäftsordnung ist das autonome Recht des Reichstages und die Regierung hat dabei gar nichts dreinzureden. Es ist schmachlich, daß sich Parlamentarier gefunden haben, die ohne weiteres dieses Recht preisgegeben haben, und um so schmachlicher, als diese Verhandlungen hinter dem Rücken der sozialdemokratischen Mitglieder, ja selbst ohne Wissen des Vorsitzenden, des Genossen Gause, geführt worden sind. In diesen Verhandlungen soll der Regierung versprochen worden sein, dafür zu sorgen, daß nur ganz im allgemeinen die Uebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung ausgesprochen werden könne. Nun haben unsere Genossen schon in der gestrigen Geschäftsordnungsdebatte nachgewiesen, daß diese Einschränkung sinnlos und den öffentlich geführten Verhandlungen durchaus nicht entsprechend sei. In der Tat versteht man gar nicht, wie Parlamentarier, die nicht direkt Feinde des Parlaments sind, sich solchen Einschränkungen fügen können. Kann es doch sehr leicht der Fall sein, daß eine Reichstagsmajorität nach der Antwort der Regierung aussprechen möchte, daß sie mit gewissen Maßregeln der Regierung übereinstimme, mit anderen aber nicht. Und das soll sie nicht ausdrücken dürfen? Man könnte zur Not noch den Standpunkt der Regierung begreifen, die mit der Zaghaftigkeit der bürgerlichen Parteien rechnet und meint, daß der Antrag, die Nichtübereinstimmung auszusprechen, nie angenommen werden würde. Will Herr Wassermann diese Meinung sanktionieren? Dies scheint in der Tat der Fall zu sein und es zeigt wieder einmal, welche Heidenangst die bürgerlichen Parteien bei dem schrecklichen Gedanken empfinden, einmal zur Haltung der Regierung bestimmte, klare und konkrete Beschlüsse fassen zu sollen. Es ist dies auch zugleich ein neuer Beweis dafür, daß, wenn der deutsche Reichstag ohnmächtig ist, dies nur die Schuld der bürgerlichen Parteien ist, welche sich vor der Macht fürchten. Sie machen selbst die Waffen stumpf, mit denen sie den Regierungsabsolutismus einigermaßen bekämpfen könnten. Und Angst vor der eigenen Courage zu zeigen, dazu ist Herr Wassermann eigentlich doch der gegebene Mann.

Eingermessen neugierig kann man übrigens auf die Haltung der Fortschrittspartei sein. Soffentlich ist sie verständiger als die des „Berliner Tageblatts“, das dem Abgeordneten Wassermann sekundiert. Das geschickte Wort merkt gar nicht, daß diese Stellungnahme darauf hinausläuft, den Reichstag daran zu hindern, seinen Willen klar und deutlich erkennen zu lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. November 1912.

Die Steuerungsdebatte.

Herr Wassermann ist noch nicht dazu gekommen, die Entscheidung des Reichstages über seinen angekündigten Widerspruch gegen den sozialdemokratischen Mißbilligungsantrag zu erleben. Die Debatte über die Steuerungsinterpellation wird erst morgen zu Ende gehen, und nach ihrem Abschluß soll die prinzipielle Frage gelöst werden, die von der Angst der Nationalliberalen, einmal klar und entschieden Stellung zu nehmen, gestellt worden ist.

In der heutigen Sitzung sprach zuerst der Fortschrittler Dr. Wendorf, der den unentwegten Agrariern als ein Abtrünniger erscheint, da er, selber Landwirt, ihre eigenartige Nahrungspolitik nicht mitmacht. Seine Rede war daher der äußersten Rechten äußerst unangenehm, und sie bekundete ihr allerhöchstes Mißfallen durch zahlreiche verlegene Zwischenrufe. Wenn auch der fortschrittliche Redner nicht bis ans Ende das Problem der deutschen Wirtschaftspolitik ausdenken wollte, und wenn auch Herr v. Gamp nicht ganz unrecht hatte, als er etwas von Pelzwaschen, ohne ihn nach zu machen, dazwischenrief — die Rede bot doch vorzügliche Momente. Herr Dr. Wendorf wandte sich vor allem gegen die Futtermittelzölle, deren Aufhebung seine Fraktion ebenso wie unsere Vertreter in der beantragten Kommissionsberatung vorschlagen will. Seine Kritik des heutigen Einfuhrschemens litt hingegen an jenem schon erwähnten Mangel: er möchte es nicht ganz aufgeben, und würde sich mit der Einschränkung begnügen, daß die Einfuhrscheine nicht für den Import anderer Waren Verwendung finden könnten.

Nach ihm vertrat der preussische Landwirtschaftsminister seinem Vorgelegten beizupringen, der ja tags zuvor nicht gerade geschickt gewesen war. Besser machte er es auch nicht, was in einer so klaren Situation auch liberale schwer gewesen wäre. Man sollte aber wenigstens glauben, daß die Regierung, die mit ihren früheren Prophezeiungen schon unglücklich viel Vech gehabt hat, gelernt haben möchte, ein bescheidenes Maß von Vorsicht zu üben. Herr v. Schorlemer läßt sich indessen nicht durch die peinlichen Erfahrungen einer jungen Vergangenheit schrecken, und stellte wiederum Behauptungen auf, die von einfältiger Rawität zeugen würden, wüßte man nicht, daß er einfach Gründe beizubringen hat, um eine zwar unhaltbare, aber von den Junkern befohlene Wirtschaftspolitik zu verteidigen. Seine Ermüdung der Futtermittelzölle, keine Erweiterung der Vieheinfuhr, keine Einfuhr des argentinischen Gefrierfleisches: das ist die positive Arbeit der Regierung. Dabei mußte der Herr Minister zugeben — und er brachte das merkwürdigerweise als ein Argument gegen die sozialdemokratischen Forderungen vor — daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die kleinen Beamten, Handwerker und mittleren Bürger unter der Steuerungs erheblich zu leiden haben! Es scheint ihn tatsächlich zu trösten, daß, wie er sich ausgedrückt hat, die Vorliebe für Pferdefleisch wächst! Ob er wohl den Rat befolgt, der ihm gegeben wurde, es selber zu essen?

Aus dem folgenden Intermezzo des Reichsparteilers Böcher ist zunächst die Klage festzuhalten, daß in der Steuerungskommission kein Bauer sitzt. Unvergessen wird dem Reichsparteiler aber die von ihm beliebte Variante des bekannten Arminischen Wortes sein: Der Vater wird alles verlossen haben. Herr Böcher brachte es fertig, zu erklären, daß von unserer herrlichen Wirtschaftspolitik alle Erwerbskreise Vorteile hätten. Nur den Arbeitern ginge es schlecht, die ihren Verdienst in Methyalkohol anlegen.

Genosse Wolfenbühler zerstörte in der ruhigen und klaren Art, die seine Beweisführung auszeichnet, die mühseligen Ausreden der Regierung und zeigte an der Hand der offiziellen statistischen Aufnahmen, wie jämmerlich es in Deutschland um die Volksernährung bestellt ist. Man hatte im Laufe der ganzen Debatte fast vergessen können, daß doch eigentlich gesetzgeberische Maßnahmen getroffen wären, die aus veterinärpolizeilichen Gründen angeblich notwendig waren. Genosse Wolfenbühler machte die Feststellung, daß diesmal weder von der Rechten noch auch von der Regierung dieses alte Spiel weitergetrieben worden ist, daß man heute nicht mehr den alten Schein wahr, und glatt zugiebt: auf jede Weise soll die agrarische Schutzpolitik gestützt und gestärkt werden.

Seine Hinweise auf die amtliche Statistik und auf die für die Politik der Regierung so überaus peinlichen Kundgebungen des Reichsgesundheitsamts zwangen dessen Direktor — nach einer von niemandem angehörten Rede des Zentrums Dr. W. A. H. —, an dem Rettungsversuch des Agrarieriums teilzunehmen. Gegen die Tatsachen aber kann keine Rede sein aufkommen, auch wenn sie vollendet wäre als diejenige, über die man am Bundesratsstisch verfügt.

Hinterlegungsordnung und Wagenmangel

Die Zweifelsfrage unserer ganzen — man verzeihe das harte Wort — Rechtszustände zeigt sich in der Teilung in Landes- und Reichsrecht, wobei die neudeutsche Rechtsentwicklung im Falle Vorkordt ja sich schon zu dem Grundlag revidiert hat: Landtagsrecht bricht Reichsrecht. Eine Folge dieses Rechtswirrwars ist auch, daß im Reich bei gleichem Straf- und Zivilrecht und gleicher Strafprozessordnung verschiedene Nebengesetze bestehen. So erläßt jetzt Preußen eine neue Hinterlegungsordnung über das Verfahren bei der Hinterlegung und Aufbewahrung von Geld, Urkunden und Wertpapieren bei den Amtsgerichten. Dieses Gesetz beschäftigt am gestrigen Donnerstag das Herrenhaus. Die Vorlage war von der Kommission dahin abgeändert worden, daß das Hinterlegungsstellen zur freiwilligen Gerichtsbarkeit statt zur Justizverwaltung gehören sollte. Herr Vefeler, Justizminister und Großherzogswächter, sträubte sich vergeblich gegen diesen Beschluß, für den sich auch das Haus entschied. Ueber die Bedeutung des Gesetzes wird zu reden sein, wenn es ins Abgeordnetenhaus gelangt.

Dann kam man zum rheinisch-westfälischen Wagenmangel und zur mehrwöchigen Verkehrsperre. Alles, was zu dieser Angelegenheit zu sagen ist, ist bereits aus den weitverbreiteten Debatten des Abgeordnetenhauses und seiner Kommission für das Schlepptomopolgesetz bekannt. Herr v. Breitenbach schilderte, was man schon getan hat und was man an Gleis- und Bahnhofsarbeiten noch tun werde, wie man die kolossale Decksattelvorrichtung nicht habe vorausgesehen und wie das Personal seine volle Pflicht getan habe und dafür auch belohnt worden sei.

Interessant war eine Bemerkung des Essener Oberbürgermeisters Holle. Man erfährt, daß die Städte des Industriebezirks eine Städtebahn bauen wollten, daß der Minister dies aber als Konkurrenz gegen die Staatsbahn verboten habe. Das ist eigentlich eine ganz nette Illustration zu dem Loblied Behnmanns auf die Initiative der Kommunen zur Abhilfe allgemeiner Katastrophen!

Einige Redner stellten fest, daß die von den Fahren wegen des Wagenmangels verhängten Feuerschichten durch den Lohnausfall die Arbeiter gegen den Staat erbittern und auch den Mittelstand schädigen. Da, die Bergarbeiter haben ja den preussischen Staat auch sonst bisher nicht von der angenehmen Seite kennen gelernt!

Schließlich überwies man die Resolution auf Vermehrung des Wagenparks der Regierung als Material und beschloß statt der von den Ruhrbergwerken erbetenen Einsetzung einer Untersuchungskommission eine Resolution, die das bisher Geleistete anerkennt und Abhilfe für die Zukunft fordert.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

Verständigte sich über die nächsten Arbeiten des Reichstages. Die Debatte über die Feuerungsinterpellation soll, wenn möglich, Freitag zu Ende gebracht werden. Am Sonnabend soll der Entwurf eines Gesetzes über den Zusammenstoß von Schiffen, sowie über die Vergütung und Milderleistung in Seenot, ferner der Gesetzentwurf über Kinderausgaben beraten werden. Mit der Staatsberatung soll in der nächsten Woche und zwar schon am Montag begonnen werden. Der Reichskanzler soll erlautet werden, am Montag über die auswärtige Politik Darlegungen zu machen. Gehört der Reichskanzler darauf ein, dann wird die auswärtige Politik gefondert von der Staatsberatung behandelt. Für die Staatsberatung sind vier Tage in Aussicht genommen. Danach soll am Freitag das Petroleum-Monopolgesetz besprochen werden, und in der darauffolgenden Woche wird die Interpellation über das Koalitionsrecht der Beamten verhandelt. Falls diese Dispositionen nicht eingehalten werden können, soll der Seniorenkonvent noch einmal zusammenberufen werden.

Die Weihnachtsferien sollen am 13. Dezember beginnen und bis 8. Januar dauern. Nach den Weihnachtsferien wird sofort mit der zweiten Lesung des Stats begonnen.

Wahlrechtsverschlechterung.

Nach bekanntem Rezept versucht jetzt auch die hohe Regierung des thüringischen Kautzstaates Neuz. J. L. das Wahlrecht der arbeitenden Klassen zu beschränken, um das teure reichliche Vaterland vor der „Vergewaltigung“ durch die Sozialdemokratie zu retten. Dem Landtage dieses Zwergstaates ist soeben eine Wahlrechtveränderung vorgelegt. Der Landtag zählt 16 Mitglieder, von denen drei durch die Höchstbesteuerten gewählt werden und ein Mitglied ihm kraft besonderen Privilegiums angehört. 12 Abgeordnete erhalten ihre Mandate durch allgemeine Wahlen. Unter den durch allgemeine Wahlen Gewählten befinden sich vier Sozialdemokraten.

Kunnter soll an Stelle dieser Wahlordnung ein Wahlrecht treten, das auf dem Pluralsystem aufgebaut ist. Die Abstufung ist so gedacht, daß

eine Stimme erhalten

Staatsangehörige mit einem Einkommen bis zu 1800 M.

Zwei Stimmen sollen erhalten

Staatsangehörige mit Einkommen von 1800—2400 M. — Grundbesitzer, die einen Grundbesitz von über 5 Hektar, aber ein Einkommen unter 1800 M. haben — selbständige Gewerbetreibende, die zwei und mehr Gehilfen beschäftigen, und unter 1800 M. Einkommen haben.

Drei Stimmen erhalten

Staatsangehörige mit Einkommen über 2400 M. und

vier Stimmen erhalten

Staatsangehörige mit Einkommen über 3000 M.

Eine Zusatzstimme erhalten ganz allgemein Wähler, die das Einjährigengewandnis besitzen und Wähler, die über 50 Jahre alt sind.

Die Häufung der Stimmen geht bei den einzelnen Wählern also bis zu fünf.

Neben dieser Pluralwählerklasse steht eine Wählerklasse der Höchstbesteuerten, die, wie bisher, drei Abgeordnete wählen soll. In diese Klasse zählen alle Staatsangehörigen mit Einkommen von mehr als 7500 M.

Wahlberechtigt sind nur diejenigen, die zwei Jahre die Staatsangehörigkeit besitzen und mindestens ein Jahr im Orte wohnen. Die Wahlperiode soll sechs Jahre dauern. Die Zahl der Landtagsmitglieder wird um fünf vermehrt.

Man hat sich also das sächsische Wahlrecht zum Muster genommen, aber dieses noch durch einige besondere Zutaten verschlechtert. Nicht nur, daß die Arbeiter samt und sonders durch die Pluralstimmen erdrückt werden, auch die Staatsangehörigkeitskarenzzeit und die Gemeindefähigkeitskarenzzeit richten sich gegen die Arbeiter. Offenbar denkt die sächsisch-reichliche Regierung, wenn schon einmal der Versuch gemacht werden soll, die Arbeiter um ihr Wahlrecht zu pressen, daß es dann auch gründlich besorgt werden muß. Nach dem neuen Wahlrecht ist es nicht nur ausgeschlossen, daß die Arbeiter einen Vertreter im Landtage erlangen, auch der kleinere Mittelstand würde mit positiver Sicherheit leer ausgehen und der Landtag zu einem Interessenlägel der Handvoll Besitzenden werden.

Selbstverständlich wird die reichliche Arbeiterklasse alles daran setzen, um dieses Konstrukt nicht Gesetz werden zu lassen.

Pulver!

Das Norden und Berwälen auf dem Balkan gibt den Patriotismusheutlern manche Gelegenheit zu chauvinistischen Ausschreitungen. Den Kriegsbegehren erscheint es wünschenswert, der Doffentlichkeit ihre Seligkeitsinteressen zu vertuschen. Die Tatsache, daß die Türken trotz der Auslösung mit Kruppkanonen nicht am besten schossen, lenkte wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die gefeiertsten Patrioten nicht nur das eigene Vaterland, sondern alle Welt mit Kanonen, Panzertürmen und Pulver versorgen, unbekümmert darum, ob nicht eines Tages die lieben Vorgesetzten mit den nationalen Waffen ins Jenseits befördert werden, unbekümmert auch darum, ob nicht eines Tages die Lieferung an den Feind eine Niederlage des Vaterlandes herbeiführt. Nur eine Sorge hat man, daß nämlich „Unglücksfälle“, wie sie die Türken erlitten, dem Geschäfte der deutschen Patrioten im Auslande Abbruch tun könnten und ihre nationale Ruhm erblassen. Die „Tägl. Rundschau“ — Nr. 558 — fühlt sich berufen, das doppelte schändliche Verstehe zu retten. Sie erzählt, Frankreich habe ein schändlich schlechtes Pulver. Unter der Hand hätte man versucht, sich mit dem vorzüglichen deutschen Pulver zu versorgen. „Selbstverständlich wurde das französische Kaufangebot von den deutschen Firmen rundweg abgelehnt.“ Wer staunt da nicht über uneigennütigen Patriotismus? Die „Rundschau“ erzählt natürlich Märchen! Selbstverständlich kann Frankreich deutsches Pulver bekommen, wenn es will. Die Nordwerkzeugfabrikanten sind radikal international. Deutsche Waffen und deutsches Pulver werden in großen Mengen ein- und ausgeführt. Wer bezahlt, kann über die besten Kanonen verfügen. Ueber Deutschlands Außenhandel in dergleichen Artikeln unterrichtet folgende Uebersicht. Es wurden ausgeführt:

Feuerwaffen	Oktober 1911	882 Dz.	Wert 647 000 M.
	1912	1 194	1 098 000
	Jan./Okt. 1911	7 887	10 999 000
	1912	15 175	12 408 000
Sprengstoffe und Schießbedarf	Oktober 1911	11 161	2 754 000
	1912	18 259	5 825 000
	Jan./Okt. 1911	116 858	30 879 000
	1912	189 218	50 543 000

Die Ausfuhr von Pulver hat, wie sich zeigt, im laufenden Jahre erheblich zugenommen. Ganz ungewöhnlich stark war die Ausfuhrsteigerung im letzten Monat. Auch die Ausfuhr von Feuerwaffen brachte erhöhten Gewinn. Unter dem Geiße der Feuerstände am Balkan sind die Preise am Weltmarkt augenscheinlich stark hinaufgeschritten. Im Oktober 1911 ergab sich ein Durchschnittspreis von 247 M. pro Doppelgintner ausgeführten Pulvers, im Monat Oktober dieses Jahres jedoch ist er um 44 M. höher. Da merkt man doch: Der Krieg ist ein feines Geschäft für die Kriegsmateriallieferanten. Deshalb aber macht es den Proletariern noch lange kein Vergnügen, als Kanonenfutter zu dienen!

Rechenherren und Kommiss.

Was ist so ein Minister mit seinen lumpigen 50 000 M. Gehalt gegen die Stinnes, Thyssen und Konforten, die ihre Einkünfte nach Millionen beziffern? Die Rechenherren lassen sich den Minister gefallen, wenn er ihnen zu Willen ist. Sie behandeln ihn, als wenn er ihr Untergebener wäre, wenn er nicht so lang, wie sie pfeifen. Das haben die Minister Sydow und Breitenbach dieses Tage wiederum am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Herr Sydow war von Herrn Stinnes bezichtigt worden, daß er lediglich aus Popularitätshaserei die Erhöhung der Kohlenpreise nicht mitgemacht habe. Auf eine lendenlähmende Gegenbemerkung des Handelsministers wiederholt Stinnes seine Behauptung, und nun läßt der Minister wehleidig die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklären:

„Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß der Handelsminister diese Behauptung nicht fortzusetzen beabsichtigt, sondern sich vorbehält, bei geeigneter Gelegenheit, soweit erforderlich, im Landtag darauf zurückzukommen.“

Nach Schimmer wird Herr v. Breitenbach mitgespielt. In der Sitzung, die er in Essen mit den Industriellen wegen des Wagenmangels abhielt, soll es zu turbulenten Szenen gekommen sein. Der Vorsitzende, Oberpräsident v. Rheinbaben, soll schließlich erklärt haben: „So kann nicht mehr weiter verhandelt werden.“ Der Minister erklärte diese Schilderung für unzutreffend; man sei mit seinen Darlegungen einverstanden gewesen. Dazu sagt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Der Bericht, gegen den man sich hier wendet, stammt von einem Teilnehmer an der Konferenz, dessen Ansehen in der Industrie das des Herrn Hirsch übertrifft, und dessen Urteilsfähigkeit hinter der des Ministers und des Herrn Hirsch in keiner Weise zurücksteht. Im übrigen können wir nur nochmals betonen, daß im Gegenjah zu den heutigen Ausführungen der Herren Breitenbach und Hirsch, wie uns ausdrücklich versichert wird, die meisten Industrievertreter auf jener Konferenz mit dem Ergebnis absolut unzufrieden sind.“

Genau der Ton, den die Rechenherren im geschäftlichen Verkehr gegen ihre Kommiss anschlagen.

Deutsche Säbelkraller.

In diesem Moment, wo die Erhaltung des Friedens auf des Messers Schneide steht, sollten Personen in verantwortlicher Stellung doppelt vorsichtig in ihren Auslassungen sein. Dieses einfachste Gebot der Klugheit hat der Armees-Inspekteur, General v. Eichhorn in Saarbrücken, völlig außer acht gelassen. Nicht nur das, die Rede, die er dort auf einem von der Stadt Saarbrücken gegebenen Bierabend hielt, trägt unverkennbar provokatorischen Charakter. Der General führte nach den übereinstimmenden Berichten scharfmacherischer Blätter aus:

„Wir leben in ernster Zeit, wir hören förmlich den bröhnenden Schritt der Zeit. Er wird manchen im deutschen Volke zum Nachdenken angeregt haben, und er wird ihm die Wahrheit und Wichtigkeit des Wortes ausleuchten lassen: Bereit sein, ist alles! Ich glaube, im Namen der Armees die Versicherung auszusprechen zu dürfen, daß, soweit menschliche Unvollkommenheit das zuläßt, in der Armees mit allen Kräften gearbeitet wird, um der Forderung gerecht zu werden, bereit zu sein! Meine sehr geehrten Herren! Mich will in der letzten Zeit aber manchmal bedünken, als ob in manchen Schichten unseres Volkes die innere, die bühnische Bereitlichkeit ins Wanken gekommen wäre, die Bereitlichkeit, auch die Schrecken eines Krieges auf sich zu nehmen, wenn es sich um Ehre, Wohlstand und Zukunft unseres Vaterlandes handelt. . . . Gefährlicher erscheinen mir die immer lauter werdenden Bestrebungen und die Agitation von gewiß sehr wohlmeinenden Leuten, die an dem Schürzenband einer bekannten Dame hängen, die den ewigen Frieden predigen, wo doch das ganze Leben ein Kampf ist, und wo die Natur selbst, außer der unorganischen, sich ständig im Kampfe befindet. — die mit großer Narusfluge ihrer Gedanken und Wünsche nicht zu folgen vermag, und die uns glauben machen wollen, daß es nur an uns liegt, wenn nicht im ewigen Völkerkämpfe die Menschen sich gegenseitig umarmen. Sie haben ja freilich nicht den Frieden als Erden geschaffen; seitdem sie tätig sind, gibt es mehr Krieg als zuvor. Aber sie täuschen unser Volk, sie nehmen ihm die Mannhaftigkeit, unseres Volkes Stärke und üben einen effeminierenden Einfluß aus. Es mögen ja sehr wohlmeinende Persönlichkeiten sein, die viele Ideen vertreten, aber objektiv gesprochen kann ich nur sagen: Sie begehen ein Verbrechen an unserem deutschen Volke! In Saarbrücken ist es, Gott sei Dank, anders! Hier sprechen Berg und Tal, Gräber und Steine eine laute Sprache. Hier weht ein anderer Wind! Hier erinnert jeder Schritt durch die Stadt, die Romen der Stößen an große Zeiten, an eine höhere Gesinnung, an edlere Auffassung. Hier steht noch der alte, echte deutsche Geist! Hier lebt noch die feste, mannhafte Bürgerkraft, die bei Beginn des letzten Krieges durch ihre Haltung die Bewunderung des ganzen deutschen Volkes erregte. In solcher Stadt lebt der Soldat gern.“

Daß die Bestrebungen auf Vermeidung eines Krieges den Offizieren nicht gerade angenehm sind, ist nicht zweifelhaft, aber es ist doch geradezu unerhört, von einem Verbrecher am deutschen Volke zu reden. Diese Rede giebt Ströme von Wasser auf die Mühlen der Kriegstreiber, schon jubelt z. B. die rechtsnationalistische „Magdeburger Zeitung“:

„Es tut ordentlich weh, wenn gerade von solcher Stelle einmal der Ruf erschallt, daß wir uns unseren Volkstaktiker nicht durch solche Weltbeglader verweichlichen lassen sollen. Gewiß ist es eine schöne Sache um den Frieden, aber es hat auch noch gute Wege, bis die Fahnen still sich senken und der Kriegslärm ausgegallt in dem Parlament der Menschheit, in dem Völkerbund der Welt.“ Solange aber wollen wir doch lieber die Alten bleiben und nicht vergessen, daß das eigene starke Schwert immer noch die beste und festeste Friedensbürgschaft ist.“

Der Kriegsminister wird im Reichstage zu dieser Leistung des Generals v. Eichhorn zur Rede gestellt werden müssen.

Ein bezeichnender Ministerwechsel.

soll sich am 1. Januar nächsten Jahres in dem Kleinstaat Lippe vollziehen. Der bisherige Staatsminister Hr. v. Gevelot tritt dann aus Gesundheitsrücksichten zurück; als sein Nachfolger ist bereits der preussische Geh. Oberfinanzrat Biedenkopf als dem preussischen Finanzministerium ernannt worden.

Der Bezug des neuen Ministers aus dem preussischen Finanzministerium bedeutet in dem gegenwärtigen Augenblick nichts anderes als eine Verbeugung vor Preußen, als eine Festigung des ohnehin schon bestehenden preussischen Einflusses, der sich ja in stärkerem oder schwächerem Grade in fast allen anderen Bundesstaaten, namentlich aber in den Kleinstaat, fühlbar macht. Infolge der mannigfachen wirtschaftlichen Verbindungen, besonders durch die preussische Eisenbahnpolitik, sind die kleineren Bundesstaaten in mehr als einer Beziehung auf Preußen angewiesen, und es ist schon öfter vorgekommen, daß diese Staaten sich wohl oder übel mit den Forderungen Preußens einverstanden erklären mußten, wenn sie Blühe vermehren wollten, wobei Preußen nicht zu umgehen war. Geht nun erst die verschiedenen Fürsichtigkeiten der Bundesstaaten dazu über, ihre Minister aus preussischen Regierungskreisen zu beziehen, dann ist leicht einzusehen, wie sehr dadurch die Möglichkeit abnimmt, diese Staaten jemals in eine Oppositionstellung zu Preußen zu bringen.

Die liberale Presse feiert natürlich den abgehenden Minister als einen außergewöhnlichen Mann, der namentlich in der Zeit des Thronstreits Wunderthaten vollbracht haben soll. In Wirklichkeit steht es damit so, wie es in der Regel um liberale Lobpreisungen eines Ministers steht. Herr v. Gevelot hatte seinerzeit den lippschen Grafenorten zu vertreten, als Wilhelm II. diesem seine unfreundlichen Telegramme sandte, die bekanntlich damals in der ganzen Welt Aufsehen machten. Statt aber, nachdem er einmal A gesagt hatte, auch B zu sagen und die entscheidende Rolle gegenüber Wilhelm II. durchzuführen, gab der Minister klein bei, als Bülow lächelnd seine authentische Interpretation des Kaisertelegramms an den Mann brachte. Die Monarchen besannen sich, wie es damals hieß, noch rechtzeitig auf die Gemeinamkeit der monarchischen Interessen.

Angarn.

Lufacs und Tisza vor den Budapester Geschworenen.

Das Budapester Geschworenengericht sprach das Organ der sozialdemokratischen Partei, das in einem energischen Artikel die Staatsstreiche des Lufacs und Tisza für Bestien erklärte, von der Anklage der Geiselbildung frei. Unser Parteiblatt forberte die Arbeiterklasse auf, sich vorläufig den Bajonetten und Gewehren nicht gegenüberzustellen und zu warten, bis ruhige Zeiten kämen und dann diesen Parlamentärrätern auf russische Art zu antworten.

Die bürgerlichen Oppositionsblätter erklären, dieser Artikel sei die Meinung der Budapester Bürgerkraft. Nach dem Urteil der Geschworenen sei es nun kein Verbrechen mehr, den Ministerpräsidenten und den Reichstagspräsidenten für Verräter und Bestien zu erklären.

Am 16. Dezember findet vor dem Budapester Schwurgericht der Prozeß gegen den Abg. Kovacs, der das Attentat auf den Reichstagspräsidenten begangen hat, statt.

Druckfehlerberichtigung. In dem gestrigen Leitartikel über die Feuerungsdebatte im Reichstag ist durch ein technisches Versehen ein Satz verjümmelt worden. Es mußte heißen: „Mit diesem Pathe, aber keinem einzigen Argument wandte sich der Kanzler auch gegen die Feststellung, daß nur einigen Punkten die ganze Politik zugute komme. Solche Auffassung ist nach Herrn von Bethmann heimlich und oberflächlich. Aber was konnte er ihr an Tatsächlichem entgegenhalten? Nicht! Denn landwirtschaftliche Kräfte haben auch Freihandelsländer überhanden.“

An einer anderen Stelle muß es heißen: Nicht glücklicher war Herr v. Bethmann, als er seine Freunde über die Artikel der Schippl und Artur Schulz in den „Sog. Monatsheft“ aussprach und die Schriftsteller als die wahren Sachverständigen anpries.“

Gewerkschaftliches.

Wer übt Terrorismus?

Bei allen nur möglichen Gelegenheiten sprechen die Unternehmer vom Terrorismus der Arbeiter. Ist die Organisation der Arbeiter genügend, gegen einen Unternehmer vorzugehen, welcher die tariflichen Abmachungen im Gewerbe mißachtet, so reden die Unternehmer von Terrorismus und sind bestrebt, den Tarifbrecher zu schützen und zu unterstützen, indem die Unternehmerorganisation die Arbeiter auf die schwarze Liste setzt und ihnen hierdurch die Möglichkeit nimmt, Arbeit zu erlangen.

Auch die Gesellen und Arbeiter im Dachdeckerberuf haben in der letzten Zeit die Diktatur der Unternehmer zu spüren bekommen. Noch niemals aber ist das Treiben der Herren so schamlos zutage getreten, wie nach dem erfolglosen abgebrochenen Kampfe im Dachdeckerberuf zu Berlin. Durch Zufall ist ein Zirkular des Arbeitgeberverbandes für das Dachdeckerberuf zu Berlin in die Hände der Arbeiter gelangt. Es zeigt aufs neue, wie die Unternehmer vermittelst der schwarzen Listen ihnen mißliebige Arbeiter der Not und dem Elend überliefern.

Es hat diesen Wortlaut:

Arbeitgeberverband für das Dachdeckerberuf zu Berlin und Umgegend.

Berlin, den 21. November 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der Vorstand und die Tarifkommission haben beschlossen, die Arbeitnehmer, die in der letzten Versammlung für Annahme des Tarifs stimmten, nach Bedarf einzustellen und haben die Herren Kollegen folgendes zu beachten und genau danach zu handeln: Hat ein Arbeitnehmer sich während des Streiks nichts Ungehöriges zuschulden kommen lassen und wollen Sie, Kollege, einen früher bei Ihnen arbeitenden Gesellen oder Arbeiter wieder einstellen, so nehmen Sie einen weißen Zettel, schreiben den Namen des Arbeitssuchenden hierauf und drücken Ihren Stempel hierunter. Mit diesem Zettel schicken Sie den Mann morgen zwischen 8-9 oder zwischen 7-8 Uhr abends zu unserem Kollegen Herrn Fritz Gregor, Berlin, Culmburgstraße 24, dort ist der Mann gehalten, ein Formular zu unterschreiben. Hat er dieses getan und liegt auch sonst gegen ihn nichts vor, so drückt Herr Gregor seinen Stempel auf Ihren Zettel und schickt Ihnen den Mann wieder zu.

Erst nach Erledigung dieser Formalitäten dürfen Sie den Mann einstellen.

Fremde Leute, d. h. solche Arbeitssuchende, die Sie nicht persönlich kennen und auch solche, von welchen Sie nicht genau wissen, daß diese für Annahme des Tarifs gestimmt haben, dürfen Sie unter keinen Umständen einstellen und dieselben auch nicht erst zu Herrn Gregor senden.

Gebrauchen Sie Gesellen oder Arbeiter, so wenden Sie sich schriftlich an Herrn Gregor, woraufhin Ihnen derselbe entsprechende Leute zufindet. Diese Ihnen zugewiesenen Leute legitimieren sich — wie vorher bereits erwähnt — mit einem weißen Zettel, auf welchem, von Herrn Gregor geschrieben, der Name des Arbeitssuchenden und der Stempel des Herrn Gregor steht. Derauf können Sie den Mann einstellen.

Haben Sie in den letzten 8 Tagen ohne vorgenannte Anordnung Leute eingestellt, so haben Sie dieselben unbedingt sofort wieder zu entlassen oder Sie schicken dieselben zu Kollegen Gregor jr. zur Leistung der Unterschrift.

Es wird den Kollegen hiermit bekannt gegeben, daß vorläufig noch der alte Tarif gehandhabt wird.

Die Arbeitnehmer irgendeine Formel unterschreiben zu lassen, ist zurzeit für den Arbeitgeber zwecklos — dieses muß beim Kollegen Gregor vollzogen werden.

Vor Erledigung der hier ausgeführten Formalitäten darf unter keinen Umständen ein Arbeitnehmer eingestellt werden.

Mit kollegialem Gruß

Max Jung!, Vorsitzender.

Von Anfang an war es für jeden Einsichtigen klar, daß der neu geschaffene Arbeitsnachweis der Unternehmer weiter nichts werden konnte, als ein Wahregelungsbureau für die Arbeiter. Das Zirkular beweist deutlich, daß die Arbeiter mit ihrer Auffassung recht hatten. Zwingt auch die Not die Arbeiter vielerlei dazu, den Nachweis der Unternehmer gegenwärtig in Anspruch zu nehmen und dort zu unterschreiben, aus dem Zentralverband der Dachdecker austreten zu wollen, so kann dieses doch nur vorübergehend sein. Auf die Dauer werden sich die Dachdecker und Hilfsarbeiter von den Unternehmern das Koalitionsrecht nicht rauben lassen und werden den Weg zur Organisation zurückfinden in der sicheren Erkenntnis, daß sie ohne Organisation vollständig den Machtgelüsten der Unternehmer preisgegeben sind.

Mit diesem Zirkular wurde gleichzeitig ein zweites Zirkular versendet, welches folgendes Wortlaut hatte:

Arbeitgeberverband für das Dachdeckerberuf zu Berlin und Umgegend.

Berlin, den 21. November 1912.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der augenblickliche Stand des Streiks steht genau auf demselben Punkte und scheitert genau an derselben Ursache, wie er vor 15 Wochen angefangen hat.

Der Streik bezw. die Aussperrung wurde in Wirklichkeit dadurch veranlaßt, weil vom Zentralverband der Dachdecker viele Gesellen und Arbeiter mit oder ohne ihre eigene Schuld arbeitslos waren und auch die Konjunktur voraussichtlich erkennen ließ, daß in nächster Zeit doch keine Leute eingestellt werden. Aus diesen Gründen hielten es die Arbeitslosen für angebracht, den Streik unter allen Umständen zu provozieren, um auf diese Weise sich durch ihre Spargroschen (Streikfonds) über die stille Zeit hinwegzuhelfen.

Gesellen und Arbeiter, die bei Ausbruch des Streiks noch in Arbeit standen, dachten gar nicht daran, in den Streik einzutreten bezw. dafür zu stimmen.

Stets sind die Urheber von Streitigkeiten diejenigen Leute, die nicht arbeiten wollen oder zur Arbeit überhaupt nicht zu gebrauchen sind.

Aus angeführten Gründen wäre der Streik unter allen Umständen auch dann provoziert worden, wenn auch die Arbeitgeber den Arbeitnehmern goldene Berge versprochen hätten.

Die letzte Versammlung der Arbeitnehmer bestätigt wiederum genau obige Darstellung.

Obwohl die Unterstützung aus der Streikliste an ihrem Ende angelangt ist, obwohl der Vorstand der Organisation zur Einigung mit den Arbeitgebern mahnt, sträuben sich doch immer wieder diejenigen gegen eine Einigung, die genau wissen, daß es für sie doch keine Arbeit gibt, und mit der Streikauflösung würden ja auch ihre Geldunterstützungen aufhören.

Diese Sorte Leute scheuen auch davor nicht zurück, womöglich ihre Kollegen nunmehr zur Arbeit anzuspornen, damit wieder Geld in die Hände der Streikliste kommt und somit der Streik dann weiter in die Länge gezogen werden kann. Richtiger gesagt, die arbeitenden Kollegen sollen ihre nichtarbeitenden Kollegen unterstützen beim Unterhalten.

Nach 15wöchigem Streik, der viel, viel Mühe, Sorgen und Entbehrungen den Streikenden auferlegte, sind die Arbeitswilligen nunmehr endlich zur Einsicht gekommen, daß sie eigentlich nur das Werkzeug und die melkenden Kühe für die organisierten arbeitslosen Kollegen sind.

Die Arbeitswilligen hatten sich angetrafft und stimmten dafür, daß Friede geschlossen werden sollte, aber wie nicht anders zu erwarten, wurden sie infolge dessen von den Gegnern mit den größten Redensarten überschüttet — und auf Anregung der bewährten Redensführer (nicht mit dem Vorstande zu verwechseln) niedergestimmt.

Dieser Resolutionen endlich fass, entschlossen sich nunmehr die Arbeitswilligen, aus ihrem Zentralverbande auszutreten, was auch zum großen Teile bereits geschehen ist.

Der Vorstand vom Arbeitgeberverband bezw. die Tarifkommission bringt nunmehr zur Anregung, daß von jeder Werkstätte ein zurzeit dort beschäftigter Geselle und ein Hilfsarbeiter als Vertrauensmann zu einer gemeinschaftlichen Besprechung über den Status quo an einem noch näher zu bestimmenden Tage einberufen werden sollen.

Sie, Herr Kollege, wollen dies nunmehr in ihrem Betriebe befehligen und werden gehalten, wenn eine diesbezügliche Nachricht (voraussichtlich nächste Woche) an Sie ergeht, einen Gesellen und einen Hilfsarbeiter an Ort und Stelle zu senden.

Der Vorstand und die Tarifkommission ist sich den Tatsachen dieser Angaben voll bewußt und ist jeder Kollege gehalten, diese Mitteilung in seiner Werkstätte zirkulieren zu lassen.

Mit kollegialem Gruß

Max Jung!, Vorsitzender.

Höchst eigenartig nimmt es sich aus, wenn die Unternehmer erneut versuchen, die Schuld von sich und auf die Arbeiter zu wälzen. Die Herren wissen ganz genau, daß der Kampf unvermeidlich war, weil die Verschlechterungen, welche die Unternehmer den Arbeitern zu bieten wagten, zurückgewiesen werden mußten. Die Arbeiter hatten gar nichts gefordert, nur was bereits jahrelang in Berlin bestanden hatte, sollte auch weiter bestehen bleiben. Ebenso wissen die Herren ganz genau, daß der Kampf nicht wegen Mangel an Geldmitteln aufgehoben wurde. Er wurde abgebrochen aus taktischen Gründen. Einen anderen als wie diesen beleidigenden Ton sind die Arbeiter von den Unternehmern allerdings nicht gewohnt.

Den Schluß des Zirkulars bildet nun die Aufforderung an die Unternehmer zur Schaffung einer gelben Organisation. Hossentlich wird der größte Teil der Dachdecker und Hilfsarbeiter aber sozial Mannesacht besitzen, daß sie sich nicht zu den Plänen der Unternehmer hergeben.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter

wurde eingeleitet durch fünf große Versammlungen, die der Holzarbeiterverband am Mittwoch veranstaltete. Referenten waren die Gewerkschaftler Ahlemeyer, Bremen, Schulz, Lübeck, Paczyna, Breslau, Tornau, Frankfurt a. M., Scheffler, Schönheide. Die Redner schilderten die allgemeine Lage und verwiesen darauf, daß die Unternehmer zu einem großen Kampfe riefen. Die Erfahrungen früherer Bewegungen haben den Unternehmern gezeigt, daß sie nicht instand sind, die Widerstandskraft des Holzarbeiterverbandes zu brechen. Sie haben sich deshalb nach Bundesgenossen umgesehen und sich den Unternehmerorganisationen im Baugewerbe angeschlossen. Doch das kann den Holzarbeiterverband nicht schaden. Er ist in der Lage, auch den vereinigten Gegnern die Stirn zu bieten. Wenn man auch noch nichts Bestimmtes über die Absichten der Unternehmer weiß, so ist doch anzunehmen, daß sie es an Versuchen, die Position der Arbeiter zu schwächen, nicht fehlen lassen werden. Auf der anderen Seite sind die Arbeiter natürlich bestrebt, nicht nur die bisherigen Erzeugnisse festzuhalten, sondern weitere Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses durchzusetzen, Verbesserungen, wie sie namentlich im Hinblick auf die allgemeine Teuerung geboten erscheinen. Mit gewohnter Entschlossenheit und Zielstrebigkeit wird der Holzarbeiterverband bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen in diesem Sinne die Interessen der Kollegen wahrnehmen. Sollte es zum Kampfe kommen, dann werden die Unternehmer ebenso wie bei früheren Gelegenheiten auch diesmal dem Holzarbeiterverband als eine Macht kennen lernen, die sich von keinem Gegner niederringen läßt. Die Darlegungen der Redner klangen aus in einen Aufruf, die Organisation zu stärken und dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann in ihre Reihen eintritt. Wenn die 30 000 in Berlin organisierten Holzarbeiter, von diesem Gedanken befeuert, die Agitationsarbeit betreiben, dann muß es ihnen gelingen, die 7000 Berufsangehörigen, welche noch nicht organisiert sind, für die Organisation zu gewinnen. Auf Berlin kommt es in erster Linie an. Hier werden die Unternehmer ihre Macht erproben und der Ausgang der Bewegung in Berlin wird maßgebend sein für die Bewegung und die Kämpfe im ganzen Reiche. Es gilt deshalb, alle Kräfte anzuspannen, sich für den Kampf zu rüsten und alles daran zu setzen, daß die Pläne der Scharfmacher ausfallen werden und der Holzarbeiterverband als Sieger aus dem Kampfe hervorgeht.

So ungefähr waren die Ausführungen der Referenten. Was die Diskussionsredner noch hinzuzufügen hatten, das waren lediglich Aeusserungen der Zustimmung und das Befehnis zu der Parole: Wenn es zum Kampfe kommt, dann muß der Sieg unser werden.

Herr Obermeister J. Bernard schreibt uns:

In der zweiten Beilage Nr. 277 Ihrer Zeitung ist erste Spalte unter der Überschrift „Die Bädermeister und der Ruhetag“, fünfte Zeile von unten an gesagt:

„Das kann niemand glauben, namentlich, wenn man sich bezogenmäßig, daß Obermeister Bernard seinerzeit als gerichtlicher Sachverständiger in mehreren Fällen beauftragt hat, daß das Bädergewerbe einen Reingewinn von 33% Proz. abwirft.“

Ich erkläre, daß ich diese Behauptung nie gemacht habe und nie machen konnte, weil es nicht zutreffend sein würde.

Auf Grund § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie, obige Berichtigung in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ aufnehmen zu wollen.

J. Bernard, K.B., Tresfelder Straße 30, Gerichtlicher Sachverständiger.

Deutsches Reich.

Streik in der Glashütte in Lünen.

In Lünen bei Dortmund haben sämtliche Glasarbeiter die Kündigung wegen fortgesetzter Wahregelung der Vertrauensleute und wegen angekündigter Lohnherabsetzungen eingereicht. Die Firma hat drei Vertrauensleute der Organisation in ganz kurzer Zeit entlassen und kündigte jetzt drei Mitglieder des Arbeiterausschusses. Eingeleitete Verhandlungen scheiterten, weil die Firma erklärte, daß sie die Wahregelungen erst dann zurücknehmen würde, wenn die Arbeiter zum Abschluß eines neuen Tarifs bereit wären, der aber Lohnherabsetzungen enthalten müßte. Dies wurde abgelehnt. Da die Firma verlangte, daß die noch in Arbeit stehenden Arbeiter die Plätze der bereits entlassenen Arbeiter einnehmen sollen und dies verweigert wurde, so griff die Firma zu weiteren plötzlichen Entlassungen. Es werden alle Glasarbeiter ersucht, die Glashüttenwerke in Lünen zu meiden.

Die Redaktion des „Deutschen Metallarbeiter“ schreibt uns: Die in Nr. 277 des „Vorwärts“ vom 27. November 1912 unter der Überschrift „Die Christen trüben vor den Gelben zu Kreuze“ veröffentlichte Notiz beruht auf falschen Voraussetzungen.

1. Unwahr ist die Behauptung: „Während man in W. Glabbach versuchte, die Gelben zur Strecke zu bringen, wählte man in Duisburg der Tapferkeit „besseren“ Teil.“

2. Unwahr ist die weitere Behauptung: „Der angeklagte christliche Redakteur ließ gleich zu Beginn der Verhandlung durch seinen Rechtsbeistand erklären, daß er zu einem Vergleich bereit sei.“

3. Unwahr sind auch sämtliche, an die vorstehenden Behauptungen geknüpften Schlussfolgerungen.

Wahre ist hingegen, daß der beklagte Redakteur des „Deutschen Metallarbeiter“ sich weder durch seinen Rechtsbeistand noch persönlich zu einem Vergleich bereit erklärte hat, sondern den neun Vorstandsmitgliedern des Bundes deutscher Werkvereine die Abstrittslegitimation abstritt, weil er diese Leute nicht als „die gelben Häuptlinge“ anerkennen kann, gegen die sich ausdrücklich der unter Anklage gestellte Artikel richtete.

Der Balkankrieg.

England regt eine Völkervereinigung an.

Wien, 28. November. (B. Z. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Es bestätigt sich, daß England die Absicht hat, den diplomatischen Meinungsaustausch unter den Großmächten über einzelne Punkte der Orientfrage, statt wie bisher von Kabinett zu Kabinett, in der Form einer Völkervereinigung weiterzuführen zu lassen. Der Vorteil einer solchen Völkervereinigung, deren Arbeiten natürlich zunächst nur vorbereitender Natur sein würden, könnte darin bestehen, daß für die einzelnen Fragen eine gemeinsame Auffassung der Großmächte festgestellt würde. England hat auch seinerseits die Punkte bezeichnet, die es auf der Völkervereinigung erörtern sehen möchte. Es steht natürlich den anderen Großmächten frei, wenn sie noch andere Punkte auf dieser Konferenz erörtern sehen wollen, dafür Vorschläge zu machen. Ueber die Stellung der übrigen Mächte zu der englischen Anregung ist zurzeit näheres noch nicht bekannt, da den Kabinetten der englische Vorschlag erst heute früh zugegangen ist. Auch der Ort, wo die Konferenz eventuell zusammenkommen würde, steht noch nicht fest.

Kriegsdebatte im Reichsrat.

Wien, 28. November. (B. Z. B.) Abgeordnetenhaus. Der Sozialdemokrat Dr. Adler wandte sich gegen den Vorwurf, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Agitation für den Frieden Vaterlandsverrat begingen und die Position Oesterreich-Ungarns schwächen wollten. Das internationale Proletariat, das alle Opfer des Krieges zu tragen habe, habe das Recht, gegen den Krieg und die Kriegsbegeisterung zu protestieren. Die Sozialdemokraten hielten daran fest, daß das, was heute die Welt beschäftigt, ohne Krieg geordnet werden könne und müsse. Der Christlich-Soziale Schickowski trat in einer Polemik gegen Dr. Adler der Anschuldigung entgegen, als ob die Christlich-Sozialen und die übrigen bürgerlichen Parteien Kriegsbefehrer wären. Sie wollten keinen Krieg, aber sie wünschten auch um keinen Preis einen Frieden, der demütigender und beschämender Natur wäre. Trotz allen inneren Habers würden alle Nationalitäten im Ernstfalle fest zusammenstehen. (Lebhafter Beifall.) Der Ruthene Budznowski hielt eine dreieinhalbstündige Rede, in der er die Beschwerden der Ruthenen vortrug und die er mit einem Appell an die Regierung schloß, die Forderungen der Ruthenen zu erfüllen. Hierauf wurde die Sitzung um 1/2 9 Uhr am morgen vertagt.

Adrianopol in Flammen.

Sofia, 28. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das alte Stadtviertel Adrianopels steht in Flammen. Man hält die ganze Stadt für bedroht. Das untere Stadtviertel ist überflutet. Die Eisenbahndirektion bekam Befehl, für die Regulierung der Adrianopelbahn bereit zu sein, weil vermutet wird, daß Adrianopol morgen aber übermorgen fällt.

Der Kampf um Skutari.

Rjesa, 28. November. (B. Z. B.) Die Türken in Skutari sehen in längeren Zwischenräumen das Geschützfeuer gegen die montenegrinischen Stellungen fort, ohne jedoch Schaden anzurichten. Vom See war heute kein Kanonendonner hörbar.

Rumänische Maßnahmen gegen die Cholera.

Bukarest, 28. November. (B. Z. B.) Die Flussschiffverkehrsbehörde hat als Vorkehrungsmaßnahme gegen die Cholera den Verkehr zwischen Galatz und Widdin unterbrochen.

Letzte Nachrichten.

Glänzende Kommunalwählerfolge.

Riel, 28. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden sechs Sozialdemokraten und sechs Bürgerliche gewählt. Das Gesamtergebnis der gestrigen und heutigen Wahl ergibt, daß 10 Sozialdemokraten und 9 Bürgerliche gewählt sind. Das Bürgerertum hat bei dieser Wahl vier Mandate seines alten Besitzstandes eingebüßt. Die sozialdemokratische Fraktion und das Bürgerertum stehen sich jetzt in der Stadtverordnetenversammlung gleich stark gegenüber; jede Gruppe zählt 24 Vertreter. Die Sozialdemokraten konnten ihre Stimmengahlen gegenüber den gestrigen Wahlen noch etwas erhöhen; sie brachten es auf 11 900 Stimmen, während die bürgerlichen Stimmen von 9160 auf 8750 zurückgingen. In einem Wahlbezirk siegte der bürgerliche Kandidat nur mit einer geringen Majorität. Dadurch ist diesmal noch eine sozialdemokratische Stadtverordnetmehrheit verhindert worden.

Rühlhausen i. Th., 28. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden acht Sozialdemokraten in das bisher sozialistenfreie Stadtparlament gewählt. Zuvor hatte das Oberverwaltungsgericht auf sozialdemokratischen Antrag sechs bürgerliche Mandate für ungültig erklärt. Diese bürgerlichen Stadtverordneten waren an Stelle von sechs Sozialdemokraten, deren Wahl fälschlich worden war, als gewählt erklärt worden.

Direktor Brahm gestorben.

Berlin, 28. November. (B. Z. B.) Der Direktor des Lessingtheaters, Otto Brahm, ist heute abend 10 1/2 Uhr gestorben.

Verhaftung internationaler Einbrecher.

Erfurt, 28. November. (B. Z. B.) Die hiesige Kriminalpolizei hat zwei internationale Einbrecher unter großen Schwierigkeiten verhaftet, da diese mit Revolvern bewaffnet waren. In einem hiesigen Hotel, wo sie übernachtet hatten, wurde ein großes Lager gestohlener Gold- und Silbergegenstände, Juwelen, seidene Kleider, zusammengeschmolzenes Gold und andere kostbare Gegenstände gefunden. Ein Einbrecher will Dellefs heißen und aus Berlin stammen. Der andere verweigert jede Auskunft.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Russland.

Chardin, 28. November. (B. Z. B.) Auf der Ausweichstation Soroko ist ein Militärzug, in dem sich in die Heimat zurückkehrende Reservisten befanden, mit einem Arbeiterzug zusammengestoßen. Elf Personen wurden getötet, 32 schwer und 20 leicht verletzt.

Ein verhängnisvoller Zwischenfall.

Paris, 28. November. (B. Z. B.) Als heute nachmittags eine Kompanie Infanterie in Vincennes mit Platzpatronen exercierte, wurde von einem Soldaten ein scharfer Schuß abgegeben, durch den zwei Soldaten getötet und ein dritter schwer verwundet wurde.

Reichstag.

72. Sitzung. Donnerstag, den 28. November 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Schorler, Kühn.

Die Teuerung.

Die Besprechung der Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) über die Teuerung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betr. vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleisch-einfuhr wird fortgesetzt.

Abg. Wendorf (Sp.): Angesichts der Teuerungsverhältnisse hätte der Reichstag längst einberufen werden müssen, um sich damit zu beschäftigen, und es ist zu erwägen, ob die Verfassung nicht dahin abzuändern ist, daß der Reichstag aus eigener Initiative zusammentreten kann. Am 21. Februar dieses Jahres glaubte der Staatssekretär Dr. Delbrück noch, die Fleischsteuerung werde bald vorübergehen; heute hat er diese Hoffnung wohl nicht mehr. Die Regierung und der Reichstag erkennen jetzt an, wie schwer weite Kreise des Volkes unter der Teuerung leiden. Betrachten wir die Ursachen der Teuerung, so ist zu sagen, daß sie zum Teil international ist, veranlaßt durch die Missernte des vorigen Jahres; in Deutschland ist sie noch verstärkt worden durch die Maul- und Klauenseuche. Diese allgemeinen Ursachen äußern sich durch Verringerung des Angebotes, die preissteigernd wirkt. Aber das preussische Landesökonomie-Kollegium und der preussische Landwirtschaftsminister scheinen ganz anderer Meinung zu sein; dieser führte am 8. Februar unter dem Beifall des Kollegiums aus, die deutsche Landwirtschaft wird weiter im Stande sein, den wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, weder die Dürre noch die Maul- und Klauenseuche hat Einfluß auf die Fleischversorgung gehabt (Hört! hört! links) und eine Viehnappelei wird im Frühjahr und Sommer nicht eintreten. (Lebhafte Hört! hört! links). Mit dieser Prophezeiung vergleiche man den Rückgang der Viehschlachtungen in diesem Sommer! Herr Viesbartsch freilich behauptete auch gestern, die deutsche Landwirtschaft sei imstande, genügend Fleisch für die Bevölkerung zu produzieren, dann wäre ja die Einberufung der Teuerungskommission ganz überflüssig gewesen. Wir begreifen diese Kommission und hoffen, daß sie sich nicht irgend welche Ziele und Absichten wird suggerieren lassen. (Beifall bei der Sp.) Die Agrarier schieben die Schuld an der Fleischsteuerung dem Zwischenhandel zu. Man weiß z. B. auf die große Zahl der Fleischhändler in Berlin hin; aber je größer die Zahl der Verkaufsläden, je stärker die Konkurrenz, um so mehr müssen die Fleischer dem Publikum entgegenkommen, auch im Preise. (Sehr richtig! links).

In den kleinen Landstädten ist von einem ausgedehnten Zwischenhandel keine Rede, und dort sind die Preise ebenso gestiegen wie in Berlin, da kann man doch dem Zwischenhandel nicht die Schuld an der Teuerung beimessen. Die Hauptursache der Teuerung insbesondere in Deutschland ist zweifellos unsere Wirtschaftspolitik. Durch die Teuerung der Futtermittel hat man die Produktionskosten der Viehzüchter um Millionen verteuert. (Hört! hört! links) Durch die Futtermittelzölle sind nicht nur die verzögerten, sondern auch alle anderen Futtermittel im Preise erheblich gestiegen. (Hört! hört! links; Unruhe rechts). Sie werden mich durch Ihren Vornamen nicht verhindern, das zu sagen, was ich im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Landwirtschaft zu sagen habe. (Bravo! links; Gelächter rechts). Die Viehloswirtschaft, der Rückgang des Kleebauens sind Tatsachen, die uns zu denken geben sollten, soweit wir überhaupt zu solchen Anstrengungen neigen. (Weiter links). Selbst preussische Domänen gibt es, die Viehloswirtschaft treiben. (Hört! hört! links). Gegenüber sollte die Staatsaufsicht einschreiten. Allerdings soll es vorkommen, daß, wenn der Regierungsrat sich zur Domäneninspektion angemeldet hat — vorübergehend meldet er sich an — (Weiter links) der Domänenpächter sich von befreundeten Viehhändlern einige Potemkinsche Küder leiht. (Große Heiterkeit links. Unruhe rechts. Rufe: Ramen nennen!) So etwas dürfte unter keinen Umständen geduldet werden. — Was nun die Maßnahmen der Regierung anlangt, so konzedieren wir ihr,

daß sie wenigstens die Absicht gehabt hat, dem Volke zu helfen. (Sehr gut! links). Die erstaunliche Liberalität der Agrarier den Kommunen gegenüber ist uns allerdings recht verdächtig. (Sehr wahr! links). In der Frage der amtlichen Fleischtagen sehen wir merkwürdigerweise Herrn v. Seydewitz und Herrn Scheidemann Arm in Arm und in ihrer Mitte den Reichs-Lanzler. (Heiterkeit). Wir können der Vorlage der Regierung, deren Grundgedanke und sympathisch berührt — er liegt in der Richtung des allmählichen Abdauens der Bülle — auch deshalb nicht ganz zustimmen, weil wir in der Zulassung ausländischen Viehs, das unter billigeren Produktionskosten erzeugt wird als bei uns, eine Schädigung unserer Viehzüchtenden Bauern erblicken. Wir werden daher bei der zweiten Lesung als Ausgleich die Aufhebung der Futtermittelzölle beantragen. Zunächst beantragen wir die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Der Forderung einer zeitweiligen Einfuhr von Gefrierfleisch stimmen wir zu. Dazu ist die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaffengesetzes notwendig. Die Einfuhren des Reichs-Lanzlers dagegen waren nicht schädlich. In England ist trotz der großen Einfuhr von Gefrierfleisch die Landwirtschaft im Aufblühen. Das gegenwärtige System der Einfuhrschemine kann nicht aufrechterhalten werden. Die Folge dieses Systems ist z. B., daß wir dem Ausland die Kleie so teuer bezahlen müssen, wie das Ausland unseren guten deutschen Roggen bezahlt. (Hört! hört! links). — Die Hauptfrage ist die dauernde Hebung unserer einheimischen Viehproduktion. Dazu ist eine großzügige innere Kolonisation notwendig. (Sehr richtig! links). Leider begegnen diese Bestrebungen in den Kreisen, auf die es ankommt, gewissen Widerständen. So soll der Kreisausfluß des Kreisesherrn Wiberprug gegen eine weitergehende innere Kolonisation erhoben haben. (Hört! hört! links). Vor allem sollten die Staatsdomänen aufgeteilt werden. Die Folge der agrarischen Wirtschaftspolitik ist eine Entvölkerung des platten Landes. (Unruhe rechts). Daß diese Abwanderung gerade in den Bezirken der Großgrundbesitzer am stärksten ist, hat der Reichs-Lanzler im Preussischen Abgeordnetenhaus selbst festgestellt. Um so notwendiger ist eine gesunde, lebensfähige Bauernpolitik, die aber unmöglich ist unter unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Öffentlich läuft diese Debatte nicht ohne ein praktisches Ergebnis ab. (Lebhafte Beifall links).

Preussischer Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorler:

Der Vorredner hat auf meine Äußerung im Vorjahre hingewiesen, daß eine Fleischsteuerung in Zukunft nicht zu befürchten sei. Ich stütze mich dabei auf die Ergebnisse der Viehzählung von 1911. Zu meinem lebhaften Bedauern haben die Tatsachen bewiesen, daß die Teuerung doch zugenommen hat. Allerdings ist 1912 wieder eine Zunahme des Fleischkonsums zu verzeichnen. Der Vorredner hat nicht beweisen können, daß in Zukunft unsere Landwirtschaft nicht in der Lage sein könnte, den einheimischen Bedarf zu decken. Die Maul- und Klauenseuche ist fast ganz erloschen, wir werden ihrer hoffentlich im Laufe des Winters ganz Herr werden. — Die Zunahme der Pferdeschlachtungen ist wohl durch die Zunahme der Pferdehaltungen überhaupt zu erklären. Auch wächst die

Vorliebe für Pferdefleisch

(Gelächter links); sein Gehalt an Eiweiß ist auch sehr gering. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Essen Sie doch!) Verteuert auf das Fleisch wirkt vor allem der Zwischenhandel; ehe in Berlin das Fleisch zum Detailverkauf kommt, geht es durch fünf Hände. Daß es den Städten jetzt gelungen ist, die Detailpreise zu senken, liegt daran, daß es ihnen gelungen ist, den Zwischenhandel zu beseitigen. Der wünschteste Punkt ist die Marktbeschickung, über die die Kommissionäre bestimmen. Hier wird eingegriffen werden müssen, um eine regelmäßige Marktbeschickung zu erreichen. Heute sind in Berlin die Preise für Schweinefleisch für Hamm 85 Pf. pro Pfund, für Kotelette 1 M. für Rauch 85 Pf., für Schinken im ganzen 85 Pf. Das sind für eine Großstadt normale Preise, die zeigen, daß die Maßnahmen der Regierung doch nicht ganz wirkungslos waren. An eine Ermäßigung der Futtermittelzölle ist nicht zu denken. Die Behauptung, daß sie verteuert wirken, ist hinfällig, das Gegenteil ist wahr. (Schallende Heiterkeit links). Eine Ermäßigung würde lediglich dem Handel zugute kommen, wie sich bei

der Ermäßigung des Kartoffelzolls gezeigt hat. (Sehr richtig! rechts). Die Angriffe auf die Domänenverwaltung sind unbedeutend; es gibt im ganzen nur drei Viehlose Domänen. — Auch auf die Ermäßigung der Getreidezölle wies der Vorredner hin. Nun, davon wollen doch auch die freisinnigen Zeitungen nichts wissen, und auch in einer sozialdemokratischen Zeitung betonte ein sozialdemokratischer Landagitor, seine Partei dürfe die Aufhebung der Getreide- und Viehzölle nicht verlangen, denn an der Aufrechterhaltung lohnender Vieh- und Getreidepreise habe auch der kleinste Bauer ein Interesse. — Auf die Angriffe gegen die preussische Domänenverwaltung werde ich im preussischen Abgeordnetenhaus eingehen; hier will ich nur bemerken, daß sie alles getan hat, um Domänen in den Dienst der inneren Kolonisation zu stellen. — Herr Scheidemann hat gestern die von der Regierung getroffenen Maßnahmen als unzureichend bemängelt. Der Erfolg spricht für diese Maßnahmen; die Einfuhr ausländischen Viehs ist keineswegs unbedeutend. Aber sie darf nur vorübergehend sein, die Hauptfrage ist die Förderung der einheimischen Viehproduktion. Deshalb sollten die Kommunen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften direkt in Verbindung treten. (Sehr richtig! rechts). Die innere Kolonisation muß gefördert werden, namentlich auch durch großzügige Kultur der Moore und Oebländereien, wofür demnächst in Preußen eine erhebliche Summe angefordert werden wird.

Der Abgeordnete Scheidemann hat sich auch mit meiner im Preussischen Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede beschäftigt. Ich habe dort bedauert, daß gegenüber dem Fleisch so vielfach der Wert der anderen Nahrungsmittel verkannt wird. Eine Verhöhung der ärmeren Bevölkerung lag in meinen Ausführungen in keiner Weise. (Sehr richtig! rechts). Ich habe die durch die Fleischsteuerung veranlaßte Kollage nicht anerkannt, so hätte ich ja den Maßnahmen der Regierung nicht zustimmen können. Aber für die Zukunft werden wir die Verringerung der Fleischsteuerung nicht allein durch Vermehrung der Viehbestände erreichen, sondern wir müssen auch dafür Sorge tragen, daß der Wert der anderen Nahrungsmittel der Bevölkerung vor Augen geführt wird.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen leiden keineswegs an erster Stelle die Arbeiter, sondern namentlich auch die kleinen Beamten, Handwerker und mittleren Bürger.

Ueber die Kritik meiner Ausführungen kann ich mich trösten mit den zahlreichen Zustimmung, die mir namentlich auch von medizinischen Autoritäten zuteil geworden sind.

Der Abg. Scheidemann ist auch auf den § 12 des Fleischbeschaffengesetzes eingegangen. Sein und mein Standpunkt sind durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt, eine Ueberbrückung dieser Kluft würde den Ruin des deutschen Vaterlandes bedeuten. (Lebhafte Sehr richtig! rechts). Der Kampf gilt in Wirklichkeit der Einfuhr des argentinischen Gefrierfleisches. Ich will nicht untersuchen, wie weit dieser Kampf in der Presse vom Auslande beeinflusst war (Große Unruhe links); vor allem würde diese Einfuhr den Absatz des Schweinefleisches verringern und damit unsere Viehzucht an der empfindlichsten Stelle treffen. (Lebhafte Zustimmung rechts). Eine Staatsregierung, die auf ihr Banner die innere Kolonisation geschrieben hat, kann unmöglich durch die Zulassung des argentinischen Gefrierfleisches die Erziehung gerade der kleinen Bauern aufs Spiel setzen. Die Verhandlungen hier sowohl wie im Preussischen Abgeordnetenhaus haben uns also in der Erkenntnis gestärkt, daß nur durch das Festhalten an unserer Wirtschaftspolitik der Schutz der nationalen Arbeit in Industrie und Landwirtschaft und damit die Zukunft des deutschen Vaterlandes gesichert ist. (Anhaltender Beifall rechts, Rufen links).

Abg. Köster (Sp.): Wir begrüßen die Erklärung der Regierung, daß an unserer jetzigen Wirtschaftspolitik festgehalten werden soll. Das Einfuhrverbot liegt im Interesse unserer kleinen Viehzüchter. (Sehr richtig! rechts). Die Dänen sind sehr froh über unsere Wirtschaftspolitik, weil wir dadurch in der Lage sind, ihnen ihr Vieh usw. besser zu bezahlen.

Für alle unsere Erwerbsstände hat unsere Wirtschaftspolitik Vorteile gebracht; nur Arbeitern, die ihr verdientes Geld für Methyalkohol ausgeben, geht es schlecht.

Kleines Feuilleton.

Der Kampf gegen die Cholera. Auf dem türkisch-bulgarischen Kriegsschauplatz ist plötzlich ein furchtbarer Friedensvermittler erschienen, der eindringlicher zur Beendigung der blutigen Kämpfe mahnt, als es die Großmächte Europas zu tun vermögen: die Cholera. Einerseits haben die Truppenmärsche aus Kleinasien die Krankheit mitgebracht, andererseits sorgen die gänzlich verlassene Bergpässe der türkischen Armee und die Ungunst der Witterung für eine rege Verbreitung der Seuche, die binnen kurzer Zeit schon Tausende von Opfern gefordert hat und bei dem Fehlen aller sanitären Schutzmaßnahmen wohl zu einer Gefahr für Europa werden kann.

Dank der wissenschaftlichen Ertragschaften Robert Koch und der von ihm geschaffenen Abwehrmethoden ist es im Laufe des letzten Jahrzehnts noch stets gelungen, selbst einen furchtbaren Erkrankungserb durch zu umfassen und die Verbreitungsgeschäfte von den übrigen Landesgebieten abzuwehren. Dem Feldzug gegen die Cholera liegt ein genau vorbereiteter, in langer Friedensarbeit nach allen Richtungen geprüfter und ausgebauter Mobilisationsplan zugrunde. Die Aufstellung dieses Planes ist das eigenste Werk von Robert Koch, durch dessen Entdeckung der Cholera-erregers der erfolgreiche Kampf gegen die Cholera erst möglich geworden ist. Für die Durchführung des Kampfes gegen die Cholera nach Kochs Plan sind von größtem Wert das Reichs-Kriegsgesetz und die dazu erlassenen preussischen Ausführungsbestimmungen. Vor allem sind die Aerzte angewiesen, bei den ersten verdächtigen Fällen an einem Orte Proben von den Ausleerungen der Kranken in nicht desinfiziertem Zustande an die für den betreffenden Bezirk vorgesehene Untersuchungsstelle zu senden. Innerhalb 24 Stunden ist es möglich, mittels der bakteriologischen Untersuchung zu entscheiden, ob es sich um die asiatische Seuche oder um andere, dem Krankheitsbild nach ähnliche, aber nicht ansteckende Erkrankungen (Cholera nostras) handelt.

Uebrigens ist unsere ganze moderne öffentliche Gesundheitspflege erst durch die Cholera ins Leben gerufen worden. Die große Choleraepidemie von 1831 führte in Preußen zur Gründung der „Sanitätskommissionen“, die seit 1899 „Gesundheitskommissionen“ heißen. Sie veranlaßte das erste Gesetz über „Maßregeln gegen Verbreitung ansteckender Krankheiten“. Sie weckte auch das Interesse für hygienische baupolizeiliche Forderungen. Vor verdanken wir endlich eine rationelle Straßenreinigung. Dank Robert Koch wissen wir heute, daß die Cholera nicht durch Miasmen oder unbekannte Mikroben entsteht, deren Verbreitung nach Pettenkofer mit dem Grundwasserstand und örtlichen Bedingungen zusammenhängt, sondern daß die Cholera eine Krankheit ist, die sich direkt und indirekt vom Kranken auf den gesunden Menschen überträgt. Immerhin war infolge der irtigen Voraussetzung Pettenkofers doch der Anstoß gegeben, die Boden- und damit die Trinkwasserverhältnisse einer hygienischen Regelung zu unterziehen, und die segensreiche Wirkung dieser Maßregeln erkennen wir heute auf Schritt und Tritt. Von der großen hygienischen Bedeutung des modernen Wasserleitungssystems und der Kanalisation ist die

Welt erst durch die Cholera, und zwar besonders durch die Cholera-jahre 1865 bis 1867, überzeugt worden. Danzig gehörte der Ruhr, als erste Stadt auf dem europäischen Festlande 1869 nach Londoner Muster Wasserleitung, Kanalisation und Klärfelder durchgeföhrt zu haben. Berlin folgte erst 1875, nachdem die Cholera 1873 zum vierten Male erschienen war. Deutlich trat die Bedeutung des Trinkwassers durch die Erfahrungen der großen Epidemie in Hamburg 1892 in Erscheinung. Die freie Stadt Hamburg und die preussische Stadt Altona gehen unermittelt ineinander über und trotzdem hat die Seuche an der politischen Grenze Halt gemacht. Das konnte seinen Grund nur darin haben, daß Altona mit einer Wasserleitung versehen war, die filtriertes Elbwasser lieferte, während die hamburgische Leitung unfiltriertes Wasser abgab. Der Kampf gegen die Cholera wird also vorzüglich durch die hygienische Gestaltung unserer Lebensverhältnisse geführt.

Neue Tiere aus dem Dapirgebiet. Wichtige neue Entdeckungen auf zoologischem Gebiet sind durch die letzte Expedition des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg gemacht worden, und es ist interessant, sie auf Grund des Reiseberichts „Vom Kongo zum Niger und Nil“ zusammenzustellen. Die Sammlungen, die der Herzog mit heimbrachte, umfassen 860 Säugetiere, 2900 Vögel, rund 400 niedere Wirbeltiere und etwa 18 000 wirbellose, dazu eine größere Anzahl von Alkoholpräparaten. Das größte Interesse bot das Dapirgebiet und überhaupt der riesige zentralafrikanische Wald. Er birgt Ratten „so groß wie eine Ratte mit weißem Bauch und weißem Schwanz und einem mächtigen Schwanz“, Epimane von der Größe eines Meeresschweines, aber nicht im geringsten bissig und mit großen braunen freundlichen Augen; Nashorn mit Augen, die im dunkeln wie Phosphor leuchten; Stachelschweine, nicht die gewöhnlichen ostafrikanischen, sondern die selteneren Urwaldform (Atherura) mit langem Schwanz und so verächtlichen Haaren, Vorstern, Stacheln und Schuppen, daß auf ihrem Fell allein alle Entwidlungsmöglichkeiten des Haares verwirklicht zu sein schienen.“ Wertwändig sind ferner kleine, überaus zierliche Schopffantilopen, die das Halbdummet des Urwaldes nie verlassen, und langgestaltete Nilenschnepfen, die auf den Fußwurzelgelenken gehen, anstatt auf den Fehen. Vom Dapir wurden zwei Exemplare durch eingeborene Jäger erlegt; ein lebendes zu beobachten (wie es bisher allein dem britischen Forscher Vobd Alexander gelang), war nicht möglich. Uebrigens beschäftigt das Britische Museum eine eigene Expedition zur wissenschaftlichen Feststellung eines neuen Säugetieres im Kongovalde, aber das jüngst die ersten Berichte eintrafen. Es ist eine in den Sümpfen zwischen dem Leopoldsee und dem Tumbasee im Lukenyidgebiet lebende Elefantenart, die von den Eingeborenen „Wasser- oder Sumpfabelefant“ genannt wird.

Kunst.

Die Jurchfreien. (Vollsdamer Str. 123.) Es ist nur selbstverständlich, daß auch diesmal auf diesen Markt, der allen offensteht, viele kamen, die eigentlich nicht da zu sein brauchten. Die Hängelkommission hat sie hübsch gesammelt und so hinterherds jurkirt. Nun braucht man bloß den Kopf oder die Nase in diese Abteilungen zu stecken, um ihrer ledig zu sein. Man wendet sich

mit wohlwollender Melancholie und geht zu den anderen. Deren aber gibt es hier gar nicht so wenig. Und darunter sind immerhin einige, die uns bisher nicht oder jedenfalls nicht genügend bekannt waren. Womit die Verechtigung dieser Jurchfreien immerhin und abermals erwiesen wurde.

Um einige Namen zu nennen: Jwei Damen zuvor, Agnes u. Wilow und Lene Kainer. Besonders ist Frau Kainer zu loben; sie empfindet die Farbe mit Kraft und Geschmack und zeigt auch sonst ein beachtenswertes Maß von ergogener Entschlossenheit. Reifer noch, auch ausföhrtreicher ist der junge Oedenborf; ein sehr gefundenes Temperament, das sich an Beobachten und noch mehr an van Gogh schulte, aber schon heute selbstständig arbeitet. Artur Segal feuerwerk, daß die Finken sprühen; er tut es mit defozutem Geschick. Erich Wasse läßt schwüle Farben aufflammen und wittert die Stimmung sommerlicher Nächte. Tappert und Welzer sind uns längst bekannt, auch von Cesar Klein haben wir des öfteren strobame Versuche. Welzer ist zwar glücklicher, wenn er das Format des Holzjantiles wählt; es zeigen aber auch seine Bilder rhythmisch erregte Sinnlichkeit. Tappert bewahrt, was gerade den Jüngeren, diesen schrecklich ernsten, meist fehlt: eiliden Humor.

Von diesen ersten und mhrischen Jüngsten treffen wir eine befristete Schar. Die meisten stammen aus Paris, wenigstens läßt sie dort in den Künstlerkreisen, wenn sie auch eigentlich in Deutschland, Ungarn, Polen und Spanien zu Hause sind. Sie machen allerlei wilde Dinge; indessen, es sieht hinter solchen Alotria des öfteren eine durchaus künstlerische Absicht und ein rigoroses Streben zur Form, das vielleicht längst ein endgültiges Ergebnis erreicht hätte, wenn nicht alle diese Neutöner ein wenig gar zu sehr vom Intellekt besessen wären, wenn sie nicht soviel über die Kunst philosophierten.

Theater.

Im Münchener Künstlertheater kam des gepriesenen Vämen Emil Verhaeren dreizehnte dramatische Episode: „Philipp II.“ in der musterhaften Verdeutschung des Verhaeren-Übersetzers Stefan Zweig zur deutschen Aufführung. Wie Gobineau in seiner Renaissance, gibt auch der belgische Dichter der Lebensfreude hier keine Hochdramatik, sondern „seelische Dialoge“, in denen die Geschehnisse zurücktreten hinter den reißföhren gespiegelten Charakter, die mit lyrischer Intensität vom Dichter bis in die letzte Seelensalte durchleuchtet werden. Namentlich in der Gestalt des Don Carlos strahlt jener dithyrambische Arianismus Verhaerens, der in freien Abstrichen Klang, Bild und Gefühl zusammenfürt. Inballisch weicht die Fassung der Philippistorie stark von Schillers Vorbild ab. Philipp II. ist hier ein entarteter zitternder Feigling, der in Don Carlos seinen Mörder erwartet und mit Hilfe eines blutigen Raffen erfolgreiche Komplote erst gegen Carlos Geliebte, dann gegen den Sohn selbst schmiedet. Das Inquisitionsgesicht macht ganze Arbeit. Im übrigen scheint auch Verhaeren die alte Regel zu befestigen, daß große lyrische schlaube Dramatiker sind. Der Abend war als Verhaeren-Feier inszeniert, durch einen Vortrag und die Negitation Verhaerenischer Gedichte wirksam eingeleitet.

Wachsam ist, daß in der vom Reichsamt des Innern eingesetzten Kommission kein einziger Bauer vertreten ist. (Hört! hört!) Ein solcher Sachverständiger würde zum Beispiel darauf hinweisen, daß Großstädte wie Berlin auf ihren Gütern viel mehr Vieh produzieren könnten, als das heute geschieht. — Eine Aufhebung des § 12 lehnen wir ab, weil wir unsere einheimischen Viehproduzenten nicht schlechter behandeln wollen als die ausländischen. — Mit den Maßnahmen der Regierung sind wir im allgemeinen einverstanden. Eine Breche in unsere gegenwärtige Wirtschaftspolitik erblicken wir darin nicht. Wenn die Bauern wirklich helfen wollen, schaffen Sie eine Reichsviehversicherung und sorgen Sie für die Verbesserung des Realcredits auf dem Lande.

Abg. Nollenbühr (Soz.):

Der Redner beklagte, daß in der Enquete-Kommission der Bauernstand nicht vertreten ist. Sonst stellen es die Herren vom Bund der Landwirte immer so hin, daß die Herren v. Wangenheim usw. konzentrierte Vertreter der Bauern seien. Mit seinem Wunsche hat es der Redner zugegeben, daß die Interessen der Bauern denen der Großgrundbesitzer entgegenstehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Der Reichsminister hat gestern wieder einmal die

„Sozialistischen Monatshefte“

zum Beweise dafür angeführt, daß es doch unter den Sozialdemokraten Leute gibt, die agrarische Anschauungen vertreten! Waren die Herren von der Regierung nicht gar so weltfremd, so könnten sie wissen, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ nicht das Organ sind, worin die Sozialdemokratie ihre Stellung zu einzelnen Fragen niederlegt; das geschieht vielmehr auf unseren Parteitagungen, und der Reichsminister wird nicht beweisen können, daß erhebliche Minderheiten auf unseren Parteitagen für solche Ansichten eingetreten wären. Es wird ihm überhaupt schwerfallen, ein halbes Duzend solcher Sozialdemokraten zu nennen, denn wenn er Schippel, Calver, Schulz und Hildebrandt genannt hat, fehlen ihm immer noch zwei am halben Duzend (weiterseit bei den Sozialdemokraten), und die Genannten bilden auch unter den Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte“ noch eine verschwindende Minderheit. Wenn die Konserativen so viel Mitglieder hätten wie die Sozialdemokratie, so hätten sie sicher in ihren Reihen mehr Gegner der Agrarpolitik als wir Anhänger haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Befreit hat mich an den Ausführungen des Reichsministers die Offenheit, mit der er zugab, daß für das Viehweiden und das Fleischbeschauwesen nicht lediglich veterinärpolizeiliche, sanitäre Gründe maßgebend gewesen seien, sondern wirtschaftspolitische Gründe.

Der Beweis, daß die Grenzen nur deshalb gesperrt sind, damit wir keine Maul- und Klauenseuche ins Land bekommen, dürfte schwer fallen. Während der Zeit, wo die Grenzen offen standen, haben wir nie eine so gewaltige Ausdehnung dieser Seuche in Deutschland gehabt wie später. Der hohe Seuchenzustand fällt nach der Statistik in die Zeit der Absperrung der Grenzen. Diese hat sich also mindestens als untaugliches Mittel erwiesen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sind aber wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen für die Grenzsperrung, dann ist sie allerdings wirksam gewesen, denn die Preise sind seitdem erheblich in die Höhe gegangen. Nun hat man früher immer gesagt: Wenn wir die Grenzsperrung und die hohen Zölle haben, wird Deutschland in der Lage sein, den einheimischen Bedarf voll zu decken. Daran, daß Deutschland dazu in der Lage wäre, zweifelt niemand, aber gerade das, dann wären diese Zölle ganz wirkungslos. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens spricht man immer nur von der Deckung des Bedarfs an Kindern und Schweinen. Aber wie ist es mit den Pferden? Davon spricht man nicht. Diese läßt man ruhig herein. Bei der Pferdeeinfuhr scheint also eine Seuchengefahr nicht vorzuliegen wie bei der Einfuhr von Rindvieh. Interessant war es, daß der Landwirtschaftsminister aus dem Steigen der Pferdebeschauungen auf ein Steigen der Pferdebestände geschlossen ist. Pferde werden geschlachtet, wenn sie sonst nicht mehr brauchbar sind, und die Fleischpreise sind jetzt so hoch, daß das Schlachten abgetriebener Gänse lohnt. (Zuruf: Und wie sieht es mit den Hunden?) Die

Gundeschlachtungen

haben ebenfalls zugenommen, aber da die Hunde nicht zum Reffort des Landwirtschaftsministers gehören, hat er darüber geschwiegen. (Weiterseit!) Bei allen Teuerungsbewegungen führt die Regierung Gründe als Ursachen der Fleischnot an, die der menschlichen Beeinflussung sich entziehen. Entweder war der Sommer zu nah, oder er war zu trocken, in jedem Falle soll er schuld sein an der Fleischnot.

Also immer wird die Witterung als Grund angeführt. Unter diesen Umständen dürfte der Zeitpunkt, wann die deutsche Landwirtschaft den einheimischen Bedarf decken kann, erst gekommen sein, wenn das Wetter aufhört, weiterwunderschön zu sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich behaupte,

die Regierung hat gewußt, daß es zu einem Notstand kommen mußte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland entfernt sich immer mehr davon, den Bedarf decken zu können, denn gerade der eigentliche Nachwuchs, das Jungvieh, ist an Zahl zurückgegangen. Das kann dem Landwirtschaftsminister nicht unbekannt gewesen sein. Hätte die Regierung die Rot abwenden wollen, so hätte sie dafür sorgen müssen, daß nach der schlechten Futtermittelernte die Viehproduzenten mit billigen Futtermitteln versorgt wurden. Das hat sie aber nicht getan. Die Landwirte haben also entweder die Steigerung der Fleischpreise gewollt oder sie sind nicht imstande, den Fleischbedarf des Volkes zu decken. Nun begreife ich die Vorliebe der Agrarier für steigende Fleischpreise, denn 10 Pf. mehr pro Pfund bedeutet für sie eine Mehreinnahme von 673 Millionen Mark, und die Steigerung ist eine erheblich größere gewesen. Der Reichsminister behauptet, auch die kleinen Bauern sind Schweinezüchter, und führte die Betriebe von 20 Hektar an. Aber die ganz kleinen sind doch die unter 2 Hektar, und auf die Betriebe bis zu 5 Hektar kommt im Durchschnitt nur 1/4 Schwein. — Nun ist ja immer die Rede davon, wir wollen uns vom Ausland unabhängig machen. Daher die Grenzsperrung, die Zölle usw. Aber das Ziel ist nicht erreicht; diese Mittel sind also untauglich. Was heißt es denn, uns unabhängig vom Ausland zu machen? Die Zeiten, in denen man an einen geschlossenen Handelsstaat denken konnte, sind längst vorbei.

Heute ist die ganze Welt auf die ganze Welt angewiesen,

und da ist es gleichgültig, ob Zucker ausgeführt und Vieh dafür eingeführt wird, bestehen in dem wirtschaftlichen Weltkampf wird diejenige Nation, der es gelingt, ihr Menschenmaterial tüchtig und kräftig zu erhalten; eine Nation unabhängig erhalten heißt ihre Bevölkerung gesund erhalten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sollten Sie an ein Gesetz denken, durch welches die Löhne stets in Einklang mit steigenden Preisen gesetzt werden. Aber gerade die Kreise, die an dem Steigen der Preise interessiert sind, sind es auch, die die Löhne niedrig halten und sie so gedrückt haben, daß das Fleisch für den Arbeiter tatsächlich ein Leckerbissen geworden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Rentabilität der Landwirtschaft ist nicht nur abhängig von den Preisen ihrer Produkte, sondern auch von den Grund- und Bodenpreisen. Die erhebliche Steigerung dieser Preise in den letzten Jahrzehnten beweist, daß die Rentabilität eine sehr gute sein muß. Für Güter, die vor zehn Jahren 100 000 Mark kosteten, muß jetzt 1 Million gegeben werden. Um diese hohen Bodenpreise herauszuwirtschaften, müssen allerdings von dem Volke

Wacherepreise für Lebensmittel

genommen werden. — Herr v. Scholtz meinte, er habe mit seiner Neuerung über den Fleischgenuss keineswegs die Arbeiter

berhöhen wollen. Aber wie steht es denn mit seiner Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse? Bei dem Fleischverbrauch in Deutschland kommen auf den Kopf pro Tag 143 Gramm. Das ist eine Menge, wie sie jeder Säugling an Eiweiß braucht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Würde jeder Arbeiter täglich soviel Fleisch genießen, wie ein gutes bürgerliches Kochbuch vorschreibt, so würde das Fleisch von ganz Europa nicht ausreichen für die Arbeiter Deutschlands. Dazu kommt, daß die Arbeiter bei ihrer schweren Arbeit einen stärkeren Eiweißbedarf haben. Zerören wir die Gesundheit der Arbeiter, so zerören wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, die auf unseren Arbeitern beruht. Das Zentrum hat gestern seinen Agrarier vorgeschickt, sondern Herrn Giesberts. Aber die Herren vom Zentrum waren bei allen agrarischen Maßnahmen dabei; sie waren ja auch geneigt, den armen Arbeitern, die sich keine Butter kaufen können, die Margarine zu bereikeln. Jetzt wird freilich sogar schon von der Zentrumspresse verlangt, daß argentinisches Gefrierfleisch zugelassen wird.

Der Landwirtschaftsminister meinte, die Presse, die das verlangt, sei vom Ausland beeinflusst. Dafür hätte er doch wohl den Beweis liefern müssen. (Sehr richtig! links.) Die Gemeinden werden jetzt aufgefordert, für eine billige Ernährung der Bevölkerung zu sorgen. Die Ausdehnung der Aufgaben der Gemeindepolitik begreifen wir; aber genau genommen wollen die Herren doch nur die Großstädte an hohen Fleischpreisen interessieren. Für Großstädte wäre das eine sehr eigenartige Politik, denn ihre Armenetats würden dadurch erheblich anwachsen, ebenso die Summen, die sie als Löhne an die städtischen Arbeiter zu zahlen hätten. An dem Schutzollsystem will die Regierung und wollen die Agrarier trotz der vorhandenen Notlage festhalten. Aber schon sind

Anzeichen von dem Zusammenbruch des Schutzollsystems

vorhanden, und wenn es fällt, muß auch das fallen, was von ihm geschaffen worden ist, in erster Reihe die hohen Grund- und Bodenpreise. Diejenigen, die sich jetzt als Freunde der Landwirtschaft bezeichnen, werden dann die Schuld haben an der allgemeinen Notlage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Die Maßnahmen der Regierung haben als einzige Folge teilweise eine Verbilligung des Fleisches um ein paar Pfennige mit sich gebracht. Aber selbst da schreien die Agrarier bereits, die Regierung habe sich an der Allgemeinheit veründigt, in flammenden Protesten geht die „Deutsche Tageszeitung“ gegen die Regierung vor. Ein förmlicher Aufruf ergeht, weil das Fleisch nun einige Pfennige billiger geworden ist. Das soll verhindert werden, hungern soll das Volk solange es irgend geht. Das ist die Politik der Herren von jener Seite, gegen die wir mit aller Entschiedenheit ankämpfen. (Bravol! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wasinger (Z.): Wir haben keineswegs den Arbeitern die Margarine bereikeln wollen, sondern verlangten nur ihre Blaufärbung, um jeden Betrug zu verhindern. Wir sehen in der ganzen Frage der Fleischsteuerung keine rein agrarische Frage, sondern eine Frage, die das ganze Volk interessiert. Die Teuerung selbst wird allgemein angegeben, nur ist man verschiedener Meinung über ihre Ursachen, ihren Umfang und darüber, ob sie dauernd oder vorübergehend ist. Licht und Wasser sind ebenso notwendig, wie Nahrungsmittel; trotzdem betrachten die Städte Wasser, Gas- und Elektrizitätswerke als angenehme Finanzquellen. Ich habe dagegen nichts; wer aber dies billigt, darf auch nichts dagegen haben, daß der Staat Zölle erhebt, zumal bei diesen Zöllen nicht nur das Finanzinteresse in Frage kommt, sondern es sich darum handelt, die deutsche Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten. (Sehr richtig! im Zentrum.) — Einer der Gründe für die vorhandene Kalamität ist auch der immer mehr verfeinerte Geschmack des Publikums, das die geringeren Fleischsorten ablehnt. Dadurch ist auch die Jungviehzucht zurückgegangen. In manchen Industriebezirken ist die Fleischverlängerung ein Monopol gewisser Großfirmen geworden; das ist auch ein wunder Punkt. Wir beobachten in München, daß die Viehpreise auf dem Markt selbst zurückgegangen sind, aber die Fleischpreise lassen im allgemeinen noch keinen besonderen Druck erfahren. Ja, die besten Stücke sind sogar im Preise erhöht worden. — Dem Antrag auf Ueberweisung der Vorlage über die vorübergehenden Hülfermäßigungen an eine Kommission stimmen wir zu, nur beantragen wir eine solche von 28 Mitgliedern. Redner tritt zum Schluß für die Schaffung von Majorsialen ein.

Direktor des Kaiserl. Gesundheitsamtes Summ: Das Gesundheitsamt bedauert die Fleischteuerung außerordentlich. Ein Fleischminimum für das Volk hat das Amt nie aufgestellt, denn die Physiologen sind sich darüber klar, daß der Eiweißbedarf ganz verschieden ist, je nach der Lebensweise. Auch wird das Eiweiß nicht nur in der Form von Fleisch zugeführt. Wohl aber hat das Amt geprüft, wie ein Arbeiter sich seine Mahlzeit zusammensetzen kann und hat dabei festgestellt, daß ein Arbeiter mit 150 Gramm Fleisch notdürftig auskommen kann. (Zuruf: bei den Sozialdemokraten: Notdürftig!) Daraus folgt aber nicht, daß jeder Arbeiter täglich mindestens 150 Gramm Fleisch genießen muß, er kann die betreffende Eiweißmenge auch in anderer Form durch Gemüse, Milch, Fische usw. aufnehmen. Ich gebe gern zu, daß derartige Rezepte für die Praxis wenig Bedeutung haben, weil, wenn einmal die Bevölkerung an eine bestimmte Fleischmenge gewöhnt ist, man ihre nicht zumuten kann, plötzlich zu einer anderen Ernährungsweise überzugehen. Ich glaube allerdings, daß ebenso wie man heute nicht mehr den früheren Alkoholenuss für notwendig hält, auch die Zeit kommen wird, wo man einsehen wird, daß das nicht die gesündeste Ernährungsweise ist, die am meisten Fleisch gibt. (Anrufe bei den Sozialdemokraten.) Anzeichen, daß das gesamte deutsche Volk an Unterernährung leidet, liegen nicht vor. (Zuruf: bei den Sozialdemokraten: Das gesamte nicht.) In manchen Gegenden ist zu Zeiten der Arbeitslosigkeit eine Unterernährung vorhanden; das liegt jedoch keinesfalls an einer zu geringen Fleischnahrung. In bezug auf den Fleischkonsum steht Deutschland keineswegs an letzter Stelle. — Die Tatsache, daß die Maul- und Klauenseuche auch nach der Grenzsperrung noch aufgetreten ist, kann man doch nicht gegen die Richtigkeit der Sperre anführen; die chronische Einschleppung der Seuche ist durch die Sperre jedenfalls verhindert worden. Für Pferde ist die Sperre nicht eingeführt worden, weil die Pferdeeinfuhr für die Einschleppung der Seuche ganz bedeutungslos ist. Die Aufrechterhaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes ist aus sanitären Gründen geboten. (Zuruf: Warum haben Sie sich denn seinerzeit gegen den § 12 gewandt?) Weil wir nicht wollten, daß alle diese Bestimmungen gleichschicklich festgelegt würden, sondern dem Bundesrat die Befugnis zuerkennt wollten, gelegentliche Ausnahmen zuzulassen. (Zuruf: Ra also!) Das scheiterte damals an dem leider häufig vorhandenen Mißtrauen gegen den Bundesrat.

Hierauf vertagt sich das Haus. Präsident Raemy teilt mit, daß eine Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.) eingegangen ist: Was der Reichsminister als verantwortlicher Leiter des Reichseisenbahnamts zu tun gedenkt, um dafür Sorge zu tragen, daß die preussischen Eisenbahnen ausreichend mit Betriebsmaterial versorgt werden, wie es das Verkehrsbedürfnis verlangt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Kleine Anfragen; Fortsetzung der Besprechung der Interpellation über die Teuerung; Interpellation Albrecht über die Ausrüstung der preussischen Eisenbahnen mit Betriebsmaterial; Rechnungssachen.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Zu den preussischen Landtagswahlen. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereines in Remscheid nahm zum preussischen Parteitage und zu

den Landtagswahlen Stellung. Nach einem Referat des Genossen Bühler wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereines Remscheid sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß bei der kommenden Landtagswahl die Sozialdemokratische Partei sich durch Aufstellung eigener Wahlmänner beteiligt und die neue Taktik, die von den Genossen Eisner und Bernstein empfohlen wird, entschieden zurückweist.

Eventuelle Abkommen mit anderen Parteien können erst nach den Wahlmännerwahlen getroffen werden.

Die Versammlung verpflichtet sich, die Organisation auszubauen und in eine intensive Agitation für die bevorstehenden Landtagswahlen einzutreten.“

Als Mandat für die Wahl zum preussischen Parteitage wurde Genosse Bühler aufgestellt.

Protestversammlungen im Saalkreise. Im Monat November wurde eine größere Anzahl von stark besuchten Protestversammlungen gegen Volkserziehung, Teuerung und Kriegsschiffe abgehalten. So referierte in Löbejün Genossin Sperling und in Ammenorf Genosse Paul Hennig. Genosse Fritz Kunert sprach über die gleichen Thematika außer in Halle noch in Demitz, Döllau, Lettin, Nietleben, Seebau, Teicha und Börmlich. Auch die Umgegend der genannten Ortschaften auf dem platten Lande war in den Versammlungen gut vertreten, so daß die Parteigenossen aus mehr als 36 Landgemeinden in dieser Zeit einstimmig Protest erhoben haben.

Das Begräbnis des Genossen Hermann Förster.

Unter zahlreicher Beteiligung der Hamburger Parteigenossen wurde am Donnerstag Genosse Hermann Förster zu Grabe getragen. In der Kapelle des Chlodowiger Friedhofes fand eine schlichte Feier statt, an der unter anderen teilnahmen der Parteivorstand, vertreten durch den Genossen Hermann Müller, die Reichstagsfraktion, vertreten durch die Abg. Stadthagen, Baur, Baubert, Reuter, Köppler und Giebel. Auch aus Försters Reichstagswahlkreis Neuf a. L. war eine Deputation erschienen. Sämtliche Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft, der Förster angehört hatte, waren gleichfalls durch Mitglieder vertreten, ebenso der Vorstand der Bürgerschaft. In der Kapelle riefen die Reichstagsabgeordneten Frohme, Stadthagen und Baubert dem dahingeshiedenen Freunde Worte der Anerkennung und des Dankes nach. Am offenen Grabe hielten Genosse Hermann Müller, Berlin und Genosse Paul Hoffmann, Hamburg Trauerreden. Von den Gewerkschaften war der Tabakarbeiterverband, dessen erster Vorsitzender unter dem Sozialistengesetz Genosse Förster gewesen, durch zahlreiche Mitglieder vertreten.

Fortschritte der holländischen Arbeiterbewegung.

Nach den Mitteilungen des Arbeits-Jahrbuchs stieg die Zahl der Zweigvereine der Sozialdemokratischen Partei von Ende Juni 1911 bis dahin 1912 von 253 auf 272, die der Mitglieder von 11 288 auf 14 154, d. i. um 26 Proz. Das Tagesblatt „Het Volk“ vermehrte seine Abonnenten um rund 5000 und erscheint jetzt in einer Auflage von 25 000. Die Frauen-Wochenzeitung hat eine Auflage von 5200. Der Kammer gehören 7, den Gemeindevertretungen 180 Genossen an. Von den nächstjährigen Kommunalwahlen erwartet man, entsprechend dem Wachstum der Bewegung, eine Zunahme.

Auch die Gewerkschaftsbewegung erweist sich kräftigen Wachstums. Die Mitgliederzahl der dem Niederländischen Gewerkschaftsverband angeschlossenen Organisationen stieg vom 1. Oktober 1911—1912 von 48 801 auf 58 318. Dazu kommen eine Reihe Organisationen, die nur gelegentlich mit den anderen zusammenwirkten. Die stärkste und bestorganisierte Gewerkschaft ist die der Diamantarbeiter, die mit ihren 8865 Mitgliedern an der Spitze der angeschlossenen steht. Das Syndikalistische Nationale Arbeitersekretariat mußter noch 6180 Anhänger, während in katholischen Arbeitervereinen 38 848 Arbeiter „organisiert“ sind. Insgesamt zählte man 160 144 mehr oder minder gewerkschaftlich organisierte, ein Viertel davon allein in Amsterdam. —

Gemeindevahlen.

Im Wahlkreis Dortmund-Oörde erzielten wir in den letzten Tagen noch eine Anzahl günstiger Resultate. In Hohenfelden — weiter bekannt durch den Kaiserbesuch — siegten wir in der 3. Abteilung. — In Solde siegte unser Kandidat mit 177 gegen zwei Stimmen. — In Aplerbeck siegten wir ebenfalls. Unsere Liste erhielt 324, die der Nationalliberalen 191 und die des Zentrums 103 Stimmen. — In der Gemeinde Rahm überboten wir ein zweites Mandat. — In Remminghausen siegten wir ohne Gegnerschaft.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Polizeiaktion.

Am 1. April 1910 wurden in Magdeburg einige Vororte eingemeindet, die zum Kreise Wanzleben gehörten. Da mit der Eingemeindung der Orte an ihrer Zugehörigkeit zum Reichstagswahlkreis Wanzleben nichts geändert wurde, so änderte die sozialdemokratische Partei in organisatorischer Beziehung nichts, und der Sozialdemokratische Verein des Kreises Wanzleben ließ seine in den Vororten — es handelt sich um vier: Fernersleben, Salze, Westersleben und Lemsdorf — eingerichteten Ortsgruppen bestehen. Vor kurzem hat nun der Magdeburger Polizeipräsident von jedem Vorsitzenden der Ortsgruppen die Einreichung der Vereinskassungen und eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder verlangt unter der Begründung, daß der Verein eine eigene Tätigkeit entfalte und eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke, also unter die Bestimmungen des § 3 des Reichsverfassungsgesetzes falle. Der Kreisvorstand hat hierauf die Ortsverwaltungen veranlaßt, dem Polizeipräsidenten ein Vereinstatut, das selbstverständlich für alle Ortsgruppen Gültigkeit hat, einzureichen und ihm obendrein auch noch ein Verzeichnis der Mitglieder des Kreisvorstandes zu übermitteln. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die Ortsgruppen keine selbständigen Vereine seien, wie aus dem § 2 des Statuts hervorginge, in welchem der entscheidende Satz lautet:

„Die örtlichen Organisationsleiter sind Bevollmächtigte des Vorstandes, in dessen Auftrag sie die Vereinskassungen zu führen haben.“

Besserungswacht wandte sich der Polizeipräsident wiederum an die Ortsgruppenvorsitzenden mit dem Ersuchen, binnen zehn Tagen auch ein Verzeichnis der Ortsgruppenvorstandsmitglieder einzureichen, widrigenfalls Verhaftung erfolge. Dies Ersuchen wird nun allerdings nicht erfüllt werden, denn der Kreisvorstand hat — von der Bestimmung des § 2 des Statuts Gebrauch gemacht und den in Betracht kommenden Ortsgruppenleitern den Auftrag, die örtlichen Vereinskassungen zu führen, entzogen, so daß sie also auch namens der Ortsgruppenleitung keinen Briefwechsel, selbst nicht mit dem Polizeipräsidenten, führen dürfen, womit gleichzeitig dokumentiert ist, daß die Ortsgruppen tatsächlich keine selbständigen Vereine sind. Was wird nun der Polizeipräsident beginnen?

Der Alerns in Elsch-Lothringen vor Gericht.

Vor der Strafkammer in Straßburg im Elsch wurde am Mittwoch gegen den Genossen Fischer als Verantwortlichen der „Strohburger Freie Presse“, ferner gegen den Priester Charles Thilmont aus Obergünningen und gegen den Redakteur des „Journal d'Alsace Lorraine“ verhandelt. Bischof Benzler und der bisherige bischöfliche Generalvikar in Metz hatten Strafantrag gestellt. Die Verhandlung war mehrfach vertagt worden. Der Fall Thilmont-Bischof Benzler beschäftigt seit Jahr und Tag die Öffentlichkeit.

Es handelt sich um zwei selbständige Strafverfahren der Staatsanwaltschaft. Die eine Verleumdung richtete sich gegen Abbe Thilmont und den Redakteur Carl Eugen Lutz vom „Journal d'Alsace-Lorraine“ wegen der Veröffentlichung des Artikels „Epoque pamphletaire“ (Ein Bischof als Pamphletist), die zweite Klage gegen den Redakteur Emil Fischer wegen des Artikels „Priester und Bischof“ in der „Freien Presse“, durch den neben Bischof Benzler Generalvikar Dr. Belt und Superior Dr. Dordeaux sich beleidigt fühlen.

Die Vorgeschichte des Konfliktes des Abbe Thilmont mit Bischof Benzler liegt in den zivilrechtlichen Streitigkeiten um das Eigentum und die Verwaltung der von Abbe Thilmont im Jahre 1891 gegründeten Anstalt zur Zwangsberziehung verwahrsamer Kinder in Obergingingen. Diese Anstalt trat Abbe Thilmont im Jahre 1902 durch Verkauf an die Brüder der christlichen Schulen ab, nachdem sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Vor dem Verkauf und späterhin noch kam es über die Verwaltung und das Eigentumsrecht zwischen dem Bischof und dem Pfarrrer zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten, in deren Verlauf Bischof Benzler über den Abbe die Kirchenstrafe der „Suspensio a divinis“ verhängte. Der vor dem Richterstuhl der Kongregation in Rom geführte Prozeß führte zu keiner Einigung, ebenso wenig ein geistliches Schiedsgericht in Metz, dessen Mitglieder — unter ihnen Bischof Norum von Trier — wiederum von Abbe Thilmont später wegen Verleumdung verklagt wurden. Ein anderer Verleumdungsprozeß, den Abbe Thilmont gegen Bischof Benzler selbst führte, endete nach einer Verurteilung des Bischofs vor dem Schöffengericht mit einem Vergleich in 2. Instanz. Seine Angriffe und Beschuldigungen gegen den Bischof verdichtete der Abbe in einer am 6. Januar 1911 an den damaligen Landesausführer von Elsaß-Lothringen gerichteten Eingabe, die er auch in den Buchhandel brachte. Die „Freie Presse“ in Straßburg brachte in dem inkriminierten Artikel Auszüge aus dieser Eingabe. Unter anderem wird dem Bischof vorgeworfen, daß man sich nicht nur als guter Priester stellen könne, wenn man auf gehört habe, ein ehrlicher Mensch zu sein, und daß der Bischof die Gewissen vergewaltige, um den Leuten Schändnisse und Sünde zu entreißen, die ihnen zuwider sind. — Der als Zeuge vernommene Abbe Thilmont, der in der nachfolgenden Verhandlung Angeklagter ist, verweigerte seine Aussage. Durch Gerichtsbeschluss wurde aber die eidliche Vernehmung beschlossen. Thilmont gab unter Eid an, daß der Bischof mehreren Priestern nahegelegt habe, mit ihm (dem Zeugen) nicht mehr zu verkehren. Doch ein direktes Verbot des Bischofs existiert, weiß er aber nicht. Der Zeuge Priester Lüd, dem vom Bischof das Meistest verboten wurde, sagte aus, daß er diese Wohnnahme aus einem Artikel des „Lothringer“, einer Zeitung des lothringischen Volkes, die auf dem Kriegszug mit der deutschen Zentrumspartei steht und deren Freund der Bischof Benzler sei, zurückführe. Dieser Artikel ironisierte die Zentrumspartei und behauptete, daß man ein guter Katholik nur dann sein könne, wenn man Zentrumsler sei, und daß zu den 10 Geboten noch ein hinzukommen müsse: Du mußt Zentrumsanhänger sein! Diese Angelegenheit mit dem Artikel, den er widerrufen sollte, unterbreitete er seinem französischen Erzbischof (zu dessen Diözese der Abbe Lutz jetzt gehört). Der Erzbischof erklärte ihm, er verstände das Vorgehen des Bischofs Benzler gegen Lüd nicht. — Das Urteil lautete gegen Fischer auf 300 M. Geldstrafe.

Dann folgte die Verhandlung gegen Abbe Thilmont und gegen Lutz.

Gerichts-Zeitung.

Sind der Fabrikarbeiterverband, der Zimmererverband und der Deutsche Metallarbeiterverband politische Vereine?

Die Aufwertung dieser Frage in entsprechenden Beweisbeschlüssen ist das vorläufige Ergebnis der Verhandlung in drei Prozessen, die am 20. November das preussische Obergerichtsgericht beschäftigten. Die Prozesse waren angestrengt worden vom Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Bitterfeld des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands gegen den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, v. Uexküll, dem Vertreter der Ortsgruppe Culslee des Zentralverbandes der Zimmerer gegen den Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen und vom former Weizel als Vertrauensmann der Ortsgruppe Kohnau des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen den Regierungspräsidenten zu Bielefeld. In allen Fällen handelte es sich um von der höheren Behörde gebilligte ortspolizeiliche Verfügungen, welche die Einreichung der Statuten eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder der Zweigvereine bzw. Ortsgruppen verlangten. Die Behörden gingen davon aus, daß es sich um politische Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes handelte.

In den drei Fällen war Klage erhoben worden mit der Begründung, daß politische Vereine hier nicht in Frage kämen. Die Vertreter der Kläger Rechtsanwalt Wolfgang Heine in den Sachen aus Bitterfeld und Kohnau und Rechtsanwalt Dr. Herz-Hamburg

in der Sache aus Culslee) legten eingehend dar, daß weder die Ortsvereine politische Vereine seien, noch die in Frage kommenden Zentralverbände.

Das Obergerichtsgericht will nun augenscheinlich gleich „ganze Arbeit“ machen. Es beschloß Beweiserhebung, nicht aber über das Vereinsleben der einzelnen hier in Betracht kommenden Zweigstellen bzw. Ortsgruppen, sondern über den Charakter der genannten drei Zentralverbände. Es soll darüber erstens der Polizeipräsident von Berlin bezüglich aller drei Verbände und außerdem in jedem Einzelfalle die Polizeibehörde des Orts gehört werden, wo der Sitz jedes der Verbände sich befindet (Hamburg bezüglich des Zimmererverbandes, Hannover bezüglich des Fabrikarbeiterverbandes, Stuttgart bezüglich des Metallarbeiterverbandes). Das Beweissthema (in das immer der Name des fraglichen Zentralverbandes einzusetzen ist) lautet in allen drei Fällen übereinstimmend: Was ist bisher (den genannten Behörden) bekannt geworden darüber, ob, wodurch und inwiefern der Verband auf politische Angelegenheiten einzuwirken beabsichtigt?

Es ist klar, worauf diese Beweisbeschlüsse abzielen. Man will, wenn es gelingt, die Verbände als solche zu politisieren zu stampeln, damit gleich auf einen Schlag alle Ortsvereine der Verbände treffen. Denn nach dem Standpunkt des Obergerichtsgerichts teilt ein Zweigverein, der zu einem politischen großen Verbände gehört, den politischen Charakter des Verbandes, ohne daß es in diesem Falle auf eine Betätigung des Zweigvereins ankommt. Auf den endgültigen Ausgang der obigen drei Prozesse kann man gespannt sein.

Der politische Arbeiter-Radfahrerverein.

Der Vorsitzende des Arbeiter-Radfahrervereins „Edelweiß“ in Heidersbach bei Suhl, Ernst Weiß, hatte vom Amtsvorsteher eine polizeiliche Verfügung erhalten, die Statuten und ein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen, weil der Verein ein politischer sei.

Weiß beschwerte sich vergeblich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten zu Erfurt. Der Regierungspräsident bemerkte, der politische Charakter des Vereins ergebe sich schon aus seiner Zugehörigkeit zum Arbeiter-Radfahrerverband „Solidarität“. Auch werde im Verein das Bundesorgan „Der Arbeiter-Radfahrer“ gelesen.

Weiß klagte nunmehr beim Obergerichtsgericht auf Aufhebung der Bescheidbescheide und der polizeilichen Verfügung. Er machte geltend, der Verein gehöre allerdings zum Bunde „Solidarität“. Damit sei doch aber nicht gesagt, daß der Verein sich mit Politik beschäftige.

Dem Obergerichtsgericht lagen eine Reihe Strafkarten vor, die dem Bunde angehörende Arbeiter-Radfahrervereine betreffen und mit dem politischen Charakter des Bundes „Solidarität“ rechnen. Ferner war ein Urteil zur Stelle, in dem im Jahre 1905 das Obergerichtsgericht den Bund „Solidarität“ für einen politischen erklärt hat.

Die Klage vertrat Rechtsanwalt Theodor Liebke. Er machte u. a. geltend: Der Verein „Edelweiß“ habe sich selber in keiner Weise politisch betätigt. Es könne sich deshalb nur fragen, ob die bloße Zugehörigkeit zum Bunde „Solidarität“ ihn zu einem politischen Verein mache. Das müßte verneint werden, selbst wenn der Bund politisch wäre, was bestritten werden müsse. Der Verein „Edelweiß“ habe sich lediglich der wirtschaftlichen Vorteile wegen angeschlossen, die der Bund biete. Und der „Arbeiter-Radfahrer“ werde nur als Publikationsorgan gelesen.

Das Obergerichtsgericht wies aber die Klage ab und führte aus: Das Gericht sehe auf dem Standpunkt, daß Einzelvereine, die sich großen Verbänden anschließen, welche ihrerseits politisch wären, auch ohne weiteres den politischen Charakter des Verbandes annehmen. Das Obergerichtsgericht habe nun im Jahre 1905 den Arbeiter-Radfahrerverband „Solidarität“ für einen politischen Verein erklärt. Die tatsächliche Entwidlung der Folgezeit gebe keinen Anlaß, von der Auffassung abzugehen. Im Gegenteil sei auf Grund der vorliegenden Materialien auch nach dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes keine andere Möglichkeit gegeben als die, erneut festzustellen, daß der Bund „Solidarität“ eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke. Verschiedene Strafurteile aus der neueren Zeit hätten den politischen Charakter des Bundes ausgesprochen. Auch sei auf dem Bundestage im Jahre 1910 eine Begrüßungsansprache gehalten worden, welche unzweideutig ergibt, daß der Bund sich die Förderung der Ziele der Sozialdemokratie zur Aufgabe mache. Sei aber der Bund politisch, dann sei es auch der zu ihm gehörende Verein „Edelweiß“, ganz gleichgültig, aus welchem Anlaß er dem Bunde beigetreten sei. Das polizeiliche Verlangen sei somit gerechtfertigt.

Ein kleiner Anarchistenprozeß beschäftigte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I. Am 22. Juli war der Redakteur des Anarchistenblattes „Freier Arbeiter“, Berthold Gahn, wegen Auf-

forderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und Aufforderung zum Massenmord angeklagt. Zur Erhebung der Anklage hatte ein Artikel des „Fr. Arb.“ unter der Ueberschrift „Die Revolution lebt“ Anlaß gegeben. In dem Artikel war u. a. indirekt zum Generalstreik aufgefordert worden. Der damals Angeklagte hatte erklärt, daß er nicht der Verfasser des Artikels sei, diesen auch nicht nennen wolle, aber die Verantwortung übernehme. Der Angeklagte wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 1. März wurde eines Tages in den Räumen des „Freien Arbeiter“ plötzlich eine Hausdurchsuchung abgehalten, und bei dieser Gelegenheit wurde ein Brief eines gewissen Johannes Leskien aus Holland vorgefunden, aus welchem sich ergab, daß er den strafbaren Artikel verfaßt hatte. Leskien hielt sich in Holland auf; als er dort keine Arbeit fand, kam er nach Berlin, wo seine Eltern wohnen. Hier wurde er verhaftet und wegen Vergehens gegen die §§ 110 und 130 StGB. Anklage gegen ihn erhoben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 6 Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf 2 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft.

Ein Streit um das große Los

Ist zwischen dem Inhaber eines Bank- und Lotterielosgeschäftes Franke in Köln und dem Direktor der Losertriebsgesellschaft preussischer Lotterieloskolektoren Jacobi in Berlin vor Gericht geführt worden. Jacobi ist der glückliche Inhaber des 75 000 M. betragenden Hauptgewinnes einer zur Errichtung eines Junghausens in Weß veranfalteten Lotterie. Franke, der behauptet, das betreffende Los sei am Ziehungstage aus einer Filiale seines Geschäftes entwendet worden, erhob gleichfalls Anspruch auf den Gewinn. Ein Zivilprozeß, der wegen dieser Angelegenheit geführt wurde, ist zugunsten Frankes entschieden. Dann hat die Frau des Bankiers Franke die Angelegenheit wieder aufgerollt, indem sie aus Anlaß einer Unregelmäßigkeit bei einer Elberfelder Lotterie ein Schreiben an die Direktion der Losertriebsgesellschaft richtete, worin die Schreiberin mitteilt, sie habe im Hinblick auf den Elberfelder Fall die Absicht, den Fall Jacobi in einem Zeitungsartikel zu besprechen, sie gebe aber der Direktion Gelegenheit, den Artikel — der im Manuskript dem Schreiben beilag — vor der Veröffentlichung kennen zu lernen, damit die Direktion den Fall Jacobi eingehend untersuche. — Wegen dieses Schreibens hat die Lotterielosgesellschaft Jacobi, der jetzt nicht mehr Direktor der Losertriebsgesellschaft ist, gegen Frau Franke Verleumdungsklage erhoben. Die Klage wurde gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt. Der Anwalt der Beklagten berief sich darauf, daß das Schreiben seiner Mandantin an die Direktion der Losertriebsgesellschaft sich nur auf folgende Tatsachen bezöge: Am 5. April sei das Los Nr. 51272 mit dem Hauptgewinn von 75 000 M. gezogen worden. Am Morgen des 5. April habe Franke dies Los noch in seiner Filiale gesehen. Als ihm am Mittag bekannt wurde, daß der Hauptgewinn auf diese Nummer gefallen sei, habe er bei seinem Filialleiter sich nach dem Lose erkundigt und die Antwort erhalten, das Los sei nicht mehr vorhanden. Jacobi sei als Leiter der Lotterie bei der Ziehung in Weß anwesend gewesen und habe sich dort sogleich als den Inhaber des Loses, auf das der Haupttreffer gefallen war, gemeldet. Franke habe angenommen, das betreffende Los sei ihm gestohlen worden. Er habe das Los als abhanden gekommen bei der Direktion der Losertriebsgesellschaft angemeldet und ein vom 8. April datiertes Antwortschreiben erhalten, worin die bezüglich des abhanden gekommenen Loses zu erhebenden Formalitäten dargelegt werden oder nichts davon erwähnt wurde, daß Direktor Jacobi im Besitz des Loses sei. Durch gerichtliche Verfügung sei die Auszahlung des Gewinnes gesperrt worden, als aber der Gerichtsvollzieher erschien, um das Geld in das gerichtliche Depot zu überführen, habe sich herausgestellt, daß sich Jacobi schon drei Tage vorher die 75 000 M. habe auszahlen lassen.

Der Kläger Jacobi behauptet demgegenüber, er habe das Los durch Kauf rechtmäßig erworben. Wenn ihm die Direktion Herrn Franke gegenüber nicht als den Gewinner angab, so sei das lediglich geschähen, weil die Lotterieloskolektoren ebenso wie die Verwaltung der preussischen Lotterie alle auf die Lotterie bezüglichen Angelegenheiten als diskret betrachten und keine Mitteilungen darüber machen. Er selber hätte gegen die Angabe seines Namens nicht einzunehmen gehandelt, er habe auch die Erörterung der ganzen Angelegenheit vor Gericht nicht zu fürchten.

Ehe das Gericht in die Beweisaufnahme eintrat, verglichen sich die Parteien. Frau Franke erklärte, sie habe nicht die Absicht gehabt, den Kläger zu beleidigen, sondern sie habe nur eine erneute Prüfung des Sachverhalts durch die Direktion herbeiführen wollen. Sie habe auch dem Kläger nicht den Vorwurf machen wollen, daß er an der angelegenen Entwendung des Loses irgendwie beteiligt sei oder daß er durch die Leitung der Ziehung irgendeinen unberechtigten Einfluß auf das Zufallen des Gewinnes an ihn ausgeübt habe.

Nach dieser Erklärung nahm der Kläger die Klage zurück.

Unserem Genossen u. Genossin
Stankowski
zur Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche
Der Bezirksführer
und Kommission 789a.

Todes-Anzeigen

Am 26. November starb nach
langem Leiden mein geliebter
Vater und Onkel, der Schneider-
meister
14506

Karl Tappert
im 64. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. November,
nachmittags 1/4 4 Uhr, auf dem
Friedhof der Freireligiösen Ge-
meinde, Pappelallee 15-17,
statt.
Und stille Beileid bitten
Anna Tappert geb. Gennert,
Georg Tappert.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.**
Am Dienstag, den 26. November,
verstarb unser Mitglied, der
Schneidermeister

Karl Tappert
im 64. Lebensjahre.
Obre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. November,
nachmittags 1/4 4 Uhr, auf dem
Friedhof der Freireligiösen Ge-
meinde, Pappelallee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
909/5

Dauftagung.
Für die rege Teilnahme und Kranz-
senden bei der Beerdigung meines
geliebten Vaters sage ich allen Be-
teiligten mein herzlichsten Dank.
22a
Elise Pauline Kohnmann.

**Verband
der Schneider und Schneiderinnen**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Karl Tappert
am 26. November im Alter von
63 Jahren verstorben ist.
Obre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. November,
nachmittags 1/4 4 Uhr, auf dem
Friedhof der Freireligiösen Ge-
meinde, Pappelallee 15/17, statt.
165/5 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Bohnsdorf (Kreis Teltow).**
Am Montag, den 25. November,
verstarb plötzlich und unerwartet
auf dem Heimwege von der Arbeit
unser Genosse, der Tischler
Bernhard Langhop
im 52. Lebensjahre. 203/11
Sein treuer Fleiß und guter
Charakter wird von allen un-
vergessen bleiben.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
aus in Bohnsdorf bei Oranien
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann und unser guter Vater
Karl Müller
nach schweren Leiden gestorben ist.
Wilhelmine Müller nebst Kinder.
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 30. November,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in
Nordend aus statt.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, Vater, Schwager
vater und Großvater, der Galtnit
Franz Richter
nach kurzem Leiden am Dienstag
im 68. Lebensjahre verstorben ist.
Dies zeigt die betrübte
Die trauernde Witwe Marie Richter,
Franzstraße 1.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Georgen-
Friedhofes, Landsberger Allee,
aus statt. 1449b

Ganz unerwartet starb plötzlich
unser langjähriger Abteilungs-
führer, der Tischler
Bernhard Langhop.
Wir verlieren in ihm einen
treuen, opferwilligen und zu-
verlässigen Genossen.
Sein Andenken werden wir
nie in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, in Bohnsdorf,
auf dem Gemeinde-Friedhof statt.
**Die Genossen
der sechsten Abteilung des
vierten Kreises.**

Am 23. November verstarb in-
folge eines Schlaganfalls meine
geliebte Frau, unsere liebe Mutter
Frida Fuchs
geb. Platz
im Alter von 36 Jahren.
Um stille Beileid bitten
Ernst Fuchs nebst Kindern,
Golzmarktstr. 37a.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Georgen-
Friedhofes, Landsberger Allee,
aus statt. 32

Nachruf.
Unserer lieben langjährigen
guten Kollegin
42a
Anna Klopsch
die letzten Ehebegleiter.
Obre ihrem Andenken!
Die Zeitungsausgeberinnen
der Expedition Moabit.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unsere
geliebte Mutter
42a
Anna Klopsch
nach langem, schweren Leiden am
27. d. M. sanft entschliefen ist.
Dies zeigen liebtetrahnt an
Die trauernden Kinder.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 2 Uhr,
von der Halle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

**Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.**
Herausgegeben 248/19*
von **Max Granwald.**
Heft 6:
Schiller und die Arbeiter
von Conrad Haensch.
Preis 40 Pf.

Heines Werke
3 Bände 4 Marc
Buchhandlung Vorwärts

Billige Angebote
haltbarer, bewährter und gutaussehender
Berufs-Kleidung
Manchester-Anzüge Joppe 11.90 Weste 3.60 Hose 6.75
Marke Gambrius. Strapazierfest. Warm geölt.
Herkules-Leder-Hosen Allein-Verkauf. Gestreift oder
einfarbig. Kernig und stark. 4.50
Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen M.
Weiß Kellner - Jackette Vorzüglich
in Wäsche M. 3.65 u 2.50
Pa blaue Monteur-Jackette Körper od. Dröll, lutt. u. wasch-
erht Extra lang. Gestreift, gestrich.
Taschen-Verringerung M. 2.45
Setzer-Kittel 3.10 2.50 | Maler-Kittel 2.90 2.00

Berufs-Kleidung für alle Zweige
der Gewerke
und Industrie

BaerSohn Schutz-
Kleidung
für Sanitäts-
dienst und ge-
werbe-polizeil.
Vorschriften

Berlin - Gegründet 1891
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei

Das Schicksal der Steuervorlagen.

Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses hat ihre Arbeiten beendet. Das Schicksal der Vorlagen ist jedoch noch ungewiß, da über die Frage der Weitererhebung der Zuschläge keine Einigung zwischen Regierung und Kommission erzielt worden ist.

In der Sitzung vom Donnerstag vormittag wurde zunächst das Ergänzungsteuergesetz in zweiter Beratung erledigt. Hierbei vertrat die konservativ-meritale Mehrheit — leider mit Erfolg — für die Grundbesitzer einen Vorteil zu erzielen. Nach § 31 der Vorlage sind nach dem Tode eines Steuerpflichtigen die Erben verpflichtet, auf Aufforderung ein Verzeichnis über das von dem Verstorbenen hinterlassene Kapitalvermögen einzureichen. Ein fortschrittlicher Antrag, der diese Bestimmung auf das gesamte steuerbare Vermögen ausgedehnt wissen wollte, stieß nicht nur bei den beiden konservativen Parteien und dem Zentrum, sondern auch bei der Regierung auf lebhaften Widerspruch. Die Vertreter der Mehrheitsparteien bekämpften ihn mit ähnlichen Argumenten, wie sie die Erbschaftsteuer im Reichstage vorgebracht haben, und der Minister fügte hinzu, daß es der Regierung in der Hauptsache darauf ankomme, das Kapitalvermögen zu erfassen, das jahrelang im Verborgenen bleiben könne, während es bei allem übrigen Vermögen für die Steuerbehörde viel leichter sei, zu erfahren, was vererbt ist und was der Betreffende besitzt. Der Antrag wurde hierauf gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag des Zentrums, wonach eine Nachzahlung der zu wenig gezahlten Steuern nicht statifindet, wenn sich aus der Anzeige der Erben ergibt, daß der Erblasser zu niedrig eingeschätzt gewesen ist. Der Generalstaatsdirektor bezeichnete es als ungerichtet, hier eine Milde einzuführen, da es darauf ankomme, diejenigen Personen zu treffen, die bei Verzeihen ihr Vermögen zu gering angegeben haben.

Die Nachmittagsitzung wurde durch eine angeregte Debatte über die Finanzlage des Staates ausgefüllt. Anlaß hierzu gaben eine Reihe von Anträgen. Die Fortschrittler beantragten in erster Linie die Einführung einer Quotifizierung der Steuern. In zweiter Linie verlangten die Fortschrittler, daß die Erhebung der Steuerzuschläge vom 1. April 1913 fortzuführen habe. Nicht ganz so weit ging ein nationalliberaler Antrag, der einen allmählichen Abbau der Steuerzuschläge fordert, und zwar sollen sie im Jahre 1913 in voller Höhe, im Jahre 1914 zu 70 Proz., im Jahre 1915 zu 35 Proz. der festgesetzten Höhe fortgehoben werden und mit dem 1. April 1916 überhaupt in Fortfall kommen. Ergänzt wurden diese Anträge durch einen sozialdemokratischen Antrag auf sofortigen Fortfall der Zuschläge für alle Einkommen von nicht mehr als 1500 Mark.

Zur Begründung erhielt zunächst ein nationalliberaler Redner das Wort, der die Frage, ob die Zuschläge überhaupt noch notwendig sind, verneinte. Er wies darauf hin, daß der Etat erhebliche Ueberschüsse zu verzeichnen habe, daß der Ausgleichsfonds bereits auf 376 Millionen Mark angewachsen sei, und kritisierte das Tesaurierungsbestreben der Regierung. Als weiteren Grund gegen die Erhebung der Zuschläge führte er das Verhältnis zu den Reichsfinanzen an. Man müsse wie in anderen Ländern endlich auch in Preußen einmal dahin kommen, daß die Steuern ermäßigt werden, wenn ihre Erhebung nicht nötig sei.

Diesen Ausführungen trat der Finanzminister entgegen, der die Erklärung abgab, daß die Regierung zurzeit außerstande sei, auf die Zuschläge zu verzichten, wenn ihre nicht neue Einnahmequellen eröffnet würden. Wollte man nicht wieder in die Defizitwirtschaft hineinkommen, dann dürfe man der Verwaltung nicht eine Einnahme von 63 Millionen nehmen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß der Ausgleichsfonds durch die zu erwartenden Nachforderungen aus Anlaß des Wagenmangels um etwa 50 Millionen geschmälert werde. Aus den Eisenbahnen könnten mehr Mittel, als zurzeit vorhanden sind, nicht herausgewirtschaftet werden. Auf den Vorschlag einer Quotifizierung, der sich in der Theorie recht schön ausnehme, könne sich die Regierung in der Praxis auf keinen Fall einlassen, denn die Erfahrungen in den Gemeinden beweisen, daß die Quotifizierung nur ein Anreiz zu höheren Ausgaben bedeute.

Nachdem ein Vertreter des Eisenbahnministers zugestanden hatte, daß die Eisenbahnüberschüsse über Erwarten geringfügig sind, ergriff ein freikonservatives Mitglied das Wort, um seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß die Eisenbahnüberschüsse in erster Linie im Interesse von Verkehrsvereinfachungen und -verbesserungen verwendet werden müßten. Die Hochkonjunktur wurde vorwiegend durch den Abfluß abgebaut. Man könne heute um so weniger auf Zuschläge verzichten, weil die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß den Einzelstaaten durch das Reich Steuerquellen entzogen werden. Redner warnte davor, Beschlüsse zu fassen, die das Zustandekommen des Gesetzes gefährden. Aus politischer Klugheit dürfe das Dreiklassenparlament nicht das Obium auf sich laden, daß es ein Gesetz zu Fall gebracht habe, durch das die Besitzenden scharfer erfaßt werden sollen. Diesen Ausführungen schloß sich ein konservativer Redner, der im übrigen auch die Quotifizierung bekämpfte, im wesentlichen an. Der nationalliberale Redner erwiderte, wenn man überzeugt sei, daß es nicht angebracht sei, der Bevölkerung neue Lasten in Form höherer Zuschläge aufzuerlegen, dann dürfe man sich auch durch Drohungen nicht beeinflussen lassen, gegen seine Ueberzeugung zu handeln. Die Zuschläge müßten zeitlich begrenzt und provisorisch sein, zumal da ja auch die Ordnung der Eisenbahnfinanzen nur eine provisorische sei. Namens des Zentrums erklärte ein Mitglied in erster Linie die Zustimmung zu dem nationalliberalen Antrag. Der Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei gab seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß durch die stärkere Handhabung des Veranlagungsgeschäftes jährlich etwa 30 Millionen Mark mehr an Steuern auskommen würden. Damit sei bereits die Hälfte der fortfallenden Zuschläge gedeckt. Sollte das Gesetz nicht zustande kommen, so trügen diejenigen die Verantwortung, die sich allen Veränderungen auf Erleichterungen widersetzt hätten und die Zuschläge verweigern wollten. Ein Pole moderte darauf aufmerksam, daß die Zuschläge als äußerster Nothbehelf gedacht seien und namentlich vom Mittelstande schwer empfunden würden.

Das sozialdemokratische Mitglied befürwortete in erster Linie die Quotifizierung, die keineswegs in allen Gemeinden eine Steigerung der Ausgaben zur Folge gehabt habe. Im Gegenteil, eine Groß-Berliner Gemeinde habe sogar, lediglich um mit den Steuern nicht hinaufzugehen, auf den Bau eines eigenen Krankenhauses verzichtet und versucht, die Gemeindefehlbauten möglichst auf Anleihe zu übernehmen. Ähnlich sei es auch in anderen Gemeinden. Nach dem Beschluß erster Lesung könne die Regierung die Zuschläge erheben, so lange sie wolle, sie sei an keine gesetzliche Frist gebunden. Das sei ein unheilvoller Zustand. Wenn man schon die Zuschläge nicht sofort beseitigen wolle, so möge man wenigstens auf die Zuschläge für Einkommen von weniger als

1500 M. verzichten. Der finanzielle Effekt einer solchen Maßnahme betrage nur 1 Million Mark.

Ein weiteres konservatives Mitglied erklärte, daß einige seiner Freunde der Meinung seien, daß nicht mit einem so raschen Herabgehen der Eisenbahnüberschüsse zu rechnen sei, und daß andererseits dem Staate aus dem neuen Gesetz erhebliche Einnahmen erwachsen. Deshalb seien sie dem Grundgedanken des nationalliberalen Antrages nicht abgeneigt, nur dürfe man der Regierung nicht ohne weiteres Einnahmen entziehen. Die Zuschläge dürften nur dann herabgesetzt werden, wenn unter Berücksichtigung des zu erwartenden Wachstums von 5 Proz. noch mehr einkomme. Redner stellt einen entsprechenden Antrag und bekämpft den sozialdemokratischen Antrag.

Interessant waren die Ausführungen eines Vertreters des Zentrums, der die Regierung darauf aufmerksam machte, daß es, ebenso wenig wie es praktisch gewesen sei, vor den Reichstagswahlen die Finanzreform im Reich zu machen, praktisch sei, jetzt vor den Landtagswahlen eine Steuerreform in Preußen zu machen.

Da noch dem Verlaufe der Debatte die Annahme des nationalliberalen Antrages keinem Zweifel unterliegen konnte, suchte der Minister zu retten, was zu retten war, indem er der Kommission die Unterbreitung eines Vermittlungsvorschlages in Aussicht stellte. Die Mehrheit wollte jedoch für den Augenblick nichts davon wissen; sie stellte sich auf den Standpunkt, daß die Regierung mit einem solchen Vorschlage frühestens bei der zweiten Beratung im Plenum hervorkommen solle. Ein konservatives Mitglied erklärte noch, daß ein Teil seiner Freunde, trotz schwerer Bedenken für den nationalliberalen Antrag stimmen werde, sich aber die endgültige Entscheidung vorbehalten.

Hierauf wurde zunächst gegen die Stimmen der gesamten Linken und Polen der Antrag auf Einführung der Quotifizierung und sodann gegen die Stimmen des Sozialdemokraten, des Polen, der Fortschrittler und eines Zentrumsabgeordneten der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Der fortschrittliche Antrag war zurückgezogen. Der nationalliberale Antrag gelangte gegen die Stimmen der Freikonservativen und eines Teiles der Konservativen zur Annahme. Gegen die Stimmen der Konservativen und des Zentrums wurde sodann noch ein freikonservativer Antrag abgelehnt, der etwaige Steuerüberschüsse zum Ausgleich der Volksschul- und anderer Kommunalstellen verwendet wissen wollte.

Das so abgeänderte Gesetz wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Stadtverordneten-Verammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 28. November, nachmittags 5 Uhr. Vorsitzender Nischele eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen Kollegen Baurat Herzberg (Fr. Fr.).

Die Vereinstellung der Mittel für automobile Löschzüge der Feuerwehr im Etat für 1913 und die sofortige Bestellung der Gefährte wird von dem Referenten des eingeleiteten Ausschusses, Stadtv. Bamberg (A. L.), warm empfohlen.

Stadtv. Gnaib (Soz.): Ich bin durchaus mit dem Ausschussantrag einverstanden. Ich möchte hier nur feststellen, daß derjenige Kollege, der den Ausschuss beantragt hat, die Rücksichtslosigkeit gehabt hat, in dem Ausschuss nicht zu erscheinen. Wir anderen waren durchaus mit der Vorlage einverstanden und der Ausschuss hat überhaupt nur fünf Minuten gelagt.

Referent Stadtv. Bamberg: Der Antragsteller hatte mich gebeten, an die Magistratsvertreter einige Fragen zu richten. Er war durch eine Reise nach Rußland verhindert und ist auch heute nicht hier.

Die Vorlage wird angenommen.

Bei der nochmaligen Ausschussberatung der abgeänderten Dienstanzweisung der Schulkommissionen ist daran festgehalten worden, daß es einer Vereinfachung der gewählten Schulkommissionsmitglieder durch den Magistrat nicht bedürfe, und der Magistrat soll abermals erluhrt werden, die Veräufigungsklausel zu beseitigen. Der Ausschuss hat sich mit allen gegen 1 Stimme in diesem Sinne entschieden.

Ohne Diskussion wird entsprechend beschlossen.

Für den verstorbenen Stadtv. Lenz (A. L.) wird in acht Ausschüssen und Deputationen durch Jurat Erich gewählt.

Der Vorentwurf für die Um- und Neubauten in der Erziehungsanstalt Lichtenberg zwecks Durchführung von Reformen auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung wird genehmigt und die Stellenzulage für den Erziehungsinspektor in Lichtenberg bewilligt.

Zum 1. April 1913 soll die Uebernahme des hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Gemeindegewerkschulen durch die Gemeindegewerkschulverwaltung erfolgen.

Stadtv. Bruns (Soz.): Wir werden selbstverständlich für die Vorlage stimmen, haben aber einen Wunsch zu äußern. Es sollen ansehnend nur die Mädchen aus der 1. und 2. Klasse an diesem Unterrichte teilnehmen. Wir möchten, daß auch die Mädchen, die aus der 3. Klasse entlassen werden, daran teilnehmen dürfen. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten organisatorischer Art, die sich daraus ergeben können, halten aber auch dafür, daß gerade diesen Mädchen ein Vorteil daraus erwachsen wird.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Diese Anregung deckt sich durchaus mit den Zielen, die sich die Schulleitung gesetzt hat.

Die Vorlage wird angenommen.

Vor dem Rathaus Friedrichstraße auf der Schußinsel in der Georgenstraße will der Frauenverein gegen den Alkoholismus eine Erfrischungshalle aufstellen. Die Errichtung soll widerruflich gestattet werden.

Stadtv. Wengels (Soz.): Wir haben gegen die Vorlage an sich nichts einzuwenden. Wenn wir Ausschussberatung beantragen, so geschieht das darum, weil wir die Bestrebungen des Vereins fördern wollen und wünschen, daß noch viel mehr in dieser Richtung geschieht. Ich darf da auf unsere Parteitagbeschlüsse von Leipzig und Magdeburg verweisen. Das Geschäftsgeschehen der betreffenden Gesellschaft aber können wir nicht gutheißen. Eine Gesellschaft für Wohlfahrt und Wohltätigkeit müßte doch zuerst in ihren eigenen Reihen die Wohlfahrt fördern, nicht aber, wie ich schon früher in einem ähnlichen Falle kritisiert habe, ihren Angestellten 15 1/2 Stunden Tagelohn bei 70 M. monatlich auferlegen. Wir sind der Auffassung, daß der Verein, der hier eingekommen ist, ein Schwesterverein jenes gemeinnützigen Vereins für „Wohlfahrt“ ist, dessen Angestellte unter solchen miserablen Bedingungen arbeiten müssen. Das dürfen wir nicht billigen. Wenn wir der Gesellschaft das Stückchen Land unentgeltlich hergeben, müssen wir verlangen, daß die Angestellten angemessene Arbeitszeit und angemessenen Lohn erhalten.

Stadtv. Reimann (A. L.): Wir wollten ursprünglich die Vorlage ablehnen, und zwar aus Gründen des Verkehrs, da wir nicht ersehen können, wo eigentlich diese Halle hinkommen soll. Wir haben alle Ursache, unsere Parolanen, und wenn sie noch so klein sind, zu erhalten. Gegen die Bestrebungen des Vereins haben wir absolut nichts einzuwenden. Nunmehr stimmen wir für die beantragte Ausschussberatung.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Am Spreewerme im Plänterwalde hinter den Eierhäusern soll ein Milchhäuschen aufgestellt werden. Die Vermietung des Standplatzes an den Mieter der städtischen Erfrischungshalle im Treptower Park am Karpfenteich, Ernst Bauer, auf 6 Jahre für 240 M. jährliche Miete wird ohne Debatte beschlossen.

Denselben Herrn soll die Erfrischungshalle im Treptower Park, die ihm seit 1901 immer auf drei Jahre vermietet war, vom 1. April 1913 auf sechs Jahre für eine Jahrespacht von 8500 M. (jezt 8000 M.) vermietet werden. Herr Bauer hat sich auch bereit erklärt, 400 Schülern und Schülerinnen hiesiger Gemeindefschulen wochentags freien Eislauf auf dem Karpfenteich zu gewähren.

Stadtv. Gottfried Schulz II (Soz.) beantragt Ausschussberatung. Man hätte doch eigentlich der Neuverpachtung eine Ausschreibung vorangehen lassen sollen. Unter anderem müßte auch für das Eislaufen auf dem Karpfenteich ein Tarif festgesetzt werden.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage Schulz II. Nachdem die Errichtung der Stellen eines besoldeten Stadtmedizinalrats und eines neuen unbesoldeten Stadtrats genehmigt worden sind, wird für die Vorbereitung der Wahlen ein Ausschuss eingesetzt.

Zur Verhandlung gelangt nunmehr der folgende Antrag Krone und Genossen (Soz.):

„Den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation über eine Abänderung des Gemeindebeschlusses vom 9. Mai 1910, betreffend die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen, insbesondere nach der Richtung zu beraten, daß den in den §§ 1 und 2 dieses Beschlusses bezeichneten Personen durch Ortsstatut ein Rechtsanspruch auf Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung genährt wird, und die Beratungen so zu beschleunigen, daß dieses Ortsstatut noch vor dem 1. Januar 1913, dem Tage des Inkrafttretens des Versicherungsgesetzes für Angestellte, Geltung erlangt.“

Von den Stadtv. Cassel, Rosenow, Illstein ist ganz allgemein beantragt, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung über die Abänderung des Gemeindebeschlusses von 1901 in gemischter Deputation zu beraten.

Stadtv. Kohlenger (Soz.): Es liegen nunmehr also zwei Anträge gleicher Tendenz vor. Unser Antrag geht nicht dahin, die Stadt irgendwie zu belasten, er betrifft auch keine neue Materie; wir meinen im Gegenteil, der Antrag würde, wenn er zu einem Ergebnis führt, die Stadt dauernd entlasten und überdies den Betroffenen einen Rechtsanspruch gewähren. Heute haben sie diesen nicht, sondern sind auf ein gewisses Wohlwollen angewiesen. Schon 1901 wurde die Auffassung vertreten, daß jeder, der längere Jahre im Dienste der Stadt gearbeitet hat, ein Recht auf dauernde Beschäftigung und Versorgung im Falle der Arbeitsunfähigkeit erwerben solle. Strittig war, ob man alle Angestellten und Arbeiter einbezogen sollte, und angeht die Neuheit der Materie hat man damals die heute gültige Regelung beschlossen. Oberbürgermeister Kirchner befürwortete damals u. a., daß aus der Einräumung eines Rechtes eine Menge von Prozessen entstehen würde. Seine damaligen Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Wie mußten und aber damals auf die Zukunft verzichten lassen, und wir glauben, daß heute der Zeitpunkt gekommen ist, ihnen diesen Beschluß zu präsentieren. Mit dem 1. Januar 1913 tritt das Versicherungsgesetz für Angestellte in Kraft, welches die Angestellten nach Einkommensklassen unterscheidet und die Beiträge danach abstuft. Eine ganz gewaltige Summe wird die Stadt, die die Hälfte dieser Beiträge tragen muß, zu übernehmen haben, denn sie wird diese Summe nicht auf die Angestellten abwälzen können, denn deren Gehälter sind nicht so hoch; bezw. würde dann sofort eine neue Bewegung für Gehaltserhöhung einsehen. Am letzten Ende würde die Stadt also immer zahlen müssen. Die Stadt hat aber nicht nötig, diese Beiträge zu zahlen, weil sie ja nur den Rechtsanspruch zu gewähren braucht für das, was sie faktisch schon seit 10 Jahren gewährt, um die Angestellten von der Versicherungspflicht zu befreien. Wir haben auch schon ähnliche Vorgänge in unserer städtischen Verwaltung gehabt, z. B. betreffs der technischen Lehrerrinnen. Die zu leistenden Beiträge sind nach dem Gesetze ungeheuer hoch, und die Leistungen, die gegenüberstehen, recht gering; als Rückversicherung kommt die reichsrechtliche Neuregelung für Berlin also nicht in Betracht. Es wäre geradezu verfehlt, wenn die Stadt sich dieser hohen Belastung aussetzen wollte, zumal erst 10 Jahre lang Beiträge gezahlt werden müssen, ehe eine Leistung erfolgt. Außerdem läßt kein Gesetz an Klarheit darüber, wer unter das Gesetz fällt, so viel zu wünschen übrig, wie dieses. Die Masse von Prozessen, die Oberbürgermeister Kirchner fürchtete, wird hier tatsächlich geführt werden müssen, und es wird Jahre dauern, bis die Juridiktur hier Ordnung geschaffen hat. Jedenfalls ist der Kreis der in Frage kommenden Personen sehr ausgedehnt. In der gemischten Deputation wird sich Gelegenheit bieten, alle diese Fragen weiter zu verfolgen. Geht es uns, den Rechtsanspruch durchzusetzen, so werden wir viel Geld und noch mehr Arbeit sparen, andererseits aber diejenigen, die im Dienste der Stadt noch ohne diesen Anspruch arbeiten, ansprechen, ihre Dienste der Stadt mit noch größerem Eifer als bisher zu weihen. (Beifall.)

Stadtrat Fischer: Sie dürfen versichert sein, daß es auch dem Magistrat nicht entgangen ist, daß auf diesem Wege eventuell die Möglichkeit der Befreiung von dieser Versicherungspflicht gegeben ist. Wir haben das für und Wider erörtern lassen. Es steht aber absolut nicht fest, was die Gewährleistung eines Rechtes auf Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung bedeutet. Es entscheidet darüber nach dem Gesetze die Landeszentralbehörde, und wir haben demgemäß schon am 4. September uns an den Oberpräsidenten um Auskunft gewendet. Wir haben bis heute noch keine Antwort von der Regierung. (Hört! hört!) Sie hätten sonst vielleicht schon eine Vorlage. Ob die Sache so einfach zu regeln ist, wie der Vordredner meint, indem man nämlich ganz allgemein das Recht klar macht ohne Rücksicht darauf, ob die Betroffenen dem Gesetze über die Privatangehörigen unterliegen oder der Invalidenversicherung, das muß doch auseinandergehalten werden. Das Invalidengesetz hat eine ganz analoge Bestimmung. Wachen wir das Recht ganz allgemein klar, so fallen unsere Arbeiter sämtlich aus der Invalidenversicherung heraus. Die Stadt hat bisher 10 Jahre lang das Ruhegeld mit Ausnahme zweier Fälle gewährt und andererseits den Invalidenbeitrag bezahlt. Ist es aber vom Standpunkt des Arbeiters aus gerechtfertigt, ihn auf diesem Wege der Invalidenversicherung zu entziehen? Ramentlich für die Saisonarbeiter, Gaswerke usw. erscheint das doch bedenklich. Die Invalidenversicherung gewährt u. a. auch das Heilversfahren. — Nach einer vorläufigen Zahlung würden wir für 3000 Angestellte die hohen Beiträge nach dem Gesetze vom 20. Dezember 1911 zu zahlen haben. Der Magistrat ist also seit Monaten mit der Sache beschäftigt; ob eine neue gemischte Deputation die Sache beschleunigen würde, muß ich dahingestellt sein lassen. (Beifall.)

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Wenn wir den Rechtsanspruch für die Gewährung von Ruhegeld usw. einführen, könnten wir die 120 000 M. für die Reichsversicherung der städtischen Angestellten jährlich sparen. Der Antrag der Sozialdemokraten läuft darauf hinaus, auch für die Arbeiter einen solchen Rechtsanspruch zu sichern. Hinsichtlich der Invalidenversicherung ist die Sachlage für die Arbeiter allerdings sehr verwickelt und die vom Magistratsvertreter herabgehobenen Bedenken müssen sehr ins Gewicht fallen. Es ist aufs äußerste zu beharren, daß die Auskunft vom Ober-

präsidenten bezw. vom Ministerium noch immer nicht eingegangen ist; es würde sich aber der Ausweg bieten, die gemischte Deputation erst zusammenzubringen, nachdem die Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten zu Ende geführt worden sind.

Stadt. Hülfsk. (Fr. Fr.): Wir sind in der eigentümlichen Lage, auf die Erklärung des Oberpräsidenten warten zu müssen, ob der § 9 des Gesetzes vom 20. Dezember 1911 auch auf unsere Angestellten Anwendung findet; es fragt sich nun, ob der Antrag auf Einsetzung der gemischten Deputation noch einen Zweck hat. Rauter der Bescheid des Oberpräsidenten bejahend, so ist die Deputation überflüssig; lautet er negativ, dann ist es wünschenswert, wenn sofort eine Stelle zur Beratung der Angelegenheit vorhanden ist. Weiter entsteht dann die Frage, ob alle Arbeiter dasselbe Recht haben oder ob eine Differenzierung eintreten soll.

Stadt. Dove (A. L.): Das einstimmig angenommene Reichsversicherungsrecht für die Angestellten hat den Erfolg, daß jetzt jeder da heranzukommen sucht (Weiterkeit). Wir müssen die Entscheidung abwarten, müssen aber alle Eventualitäten gerüstet sein, wenn sie negativ ausfällt. Ob der Anspruch der Arbeiter auf Invalidenversicherung verloren gehen wird, ist fraglich; die Arbeiter werden sich durch Fortsetzung der Selbstversicherung ihren Anspruch zu erhalten wissen. Wir müssen jedenfalls einen Apparat besitzen, der sofort eine Neuregelung des Ortsstatuts in die Wege leiten kann, wenn der Bescheid des Oberpräsidenten negativ ausfällt.

Stadt. Blenzler: Die gemischte Deputation muß heute beschlossen werden, damit sie jeden Augenblick funktionieren kann. Ich bin der Ansicht, daß der Beschluß von 1901 keine Bewährung eines Rechts bedeutet. Wir nehmen an, daß die Stadt die Versicherungsbeiträge voll tragen würde, nicht nur die Hälfte; das würde damit nicht nur 120 000, sondern 240 000 M. bedeuten. Wenn uns der Magistrat mit einer Vorlage kommt, die nichts zu wünschen übrig läßt, so ist es uns um so angenehmer.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Cassel gelangt zur Annahme.

Es folgt die Beratung der Vorlage betr. die Begründung einer gewerblichen und kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule für Mädchen

und die Abänderung des Ortsstatuts betr. die Pflichtfortbildungsschule für Jünglinge.

Stadt. Cassel (A. L.): Ich spreche dem Magistrat seine Freude und den Dank seiner Freunde dafür aus, daß er der Anregung der Versammlung so rasch gefolgt ist und so gute Arbeit geleistet hat. Diesen Dank nehme ich unter dem Beifall der Versammlung auf den Stadtschulrat Middels und den Leiter des städtischen Fortbildungsschulwesens Dr. Grundscheid aus. Im großen ganzen sei die Vorlage schon jetzt zur Annahme reif; der Abschluß der Vorbereitung der neuen Einrichtung müsse zunächst gefördert werden. Daß die Vorlage keine absolute Gleichmacherei treibe, sondern auch die hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen berücksichtige, könne er nur billigen. Der Unterricht in den oberen Klassen der Gemeindefschule könne diese Ausbildung nicht ersetzen. Man solle die Vorlage ohne Ausschüßberatung annehmen. (Beifall.)

Stadt. Kelenow (A. L.): Es ist eine sehr erfreuliche Tatsache, daß heute alles Mißtrauen gegen die Pflichtfortbildungsschule gründlich geklärt ist, daß wir heute endlich auch, wenn schon reichlich spät, vor der Einführung dieser Schule auch für das weibliche Geschlecht stehen. Die Vorlage ist aufs gründlichste durchgearbeitet und verdient ungeteilte Anerkennung.

Stadt. Director Dr. Glagel (Fr. Fr.): Auch wir freuen uns der Vorlage und hoffen, daß der Widerstand der Arbeitgeber wie auch der Frauen gegenüber dieser neuen städtischen Institution sehr bald sich verflüchtigen wird. Besonders zu begrüßen ist die innige Verknüpfung, in welche die Wahlfortbildungsschule hier mit der Pflichtfortbildungsschule gebracht wird.

Stadt. Dr. Brand (Soz.): Wir haben uns nur schwer entschlossen, von einer Ausschüßberatung Abstand zu nehmen. Nicht als ob wir besondere Einwendungen zu machen hätten, sondern wir wollten die Gelegenheit benutzen, eine Reihe von Fragen, die Fortbildungsschule überhaupt betreffend, zu erörtern. So die Frage, ob sich nicht überhaupt die Fortbildungspflicht weiter ausdehnen ließe. Mit Freunden haben wir begrüßt, daß nach dem Statut für die Mädchenschule die Unterrichtszeit zwischen 7 Uhr morgens und 7 Uhr abends liegt; wir beklagen, daß bei den Knaben die Stunde von 7—8 Uhr nicht freigelassen worden ist; denn sehr bedauerlicherweise wird in den verschiedensten Gewerken der gesamte Unterricht an einem einzigen Nachmittag von 2—8 Uhr erteilt. Der Magistrat hat seinerzeit zugesagt, diese Stunde nach Möglichkeit von 7—8 Uhr zu beschränken; auch die Regierung hat den Unterricht in dieser Stunde nicht als zulässig erachtet. Der Fortschritt in diesem Punkte geht uns aber zu langsam. Weiter sollen Schülerinnen, die bestraft sind oder sonst durch ihr Verhalten eine Gefahr für die übrigen bilden, von der Schule entfernt werden können. Hier liegt gewiß eine große Schwierigkeit vor; aber wir wissen doch nicht, ob das im Statut zulässig sein soll, nämlich die Ausschließung, ohne daß anderweitig was für diese unglücklichen, der Fürsorge doch eigentlich am meisten bedürftigen Geschöpfe geschieht. Endlich wollten wir Auskunft erhalten über die wichtige Frage der Jugendpflege. Wir wünschen eine ausführliche Auskunft und bitten den Magistrat, uns vielleicht einen besonderen Bericht darüber zu erstatten. Wir behalten uns vor, eventuell beim Etat auf die Sache zurückzukommen. Unter diesen Voraussetzungen haben wir beschlossen, auch unfererseits der Vorlage ein bloc zuzustimmen. (Beifall.)

Darauf wird die Vorlage ein bloc einstimmig angenommen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Siemens u. Halske.

Die beiden großen Rattengesellschaften des Siemens u. Halske-Kongerns weisen in ihren Geschäftsabzählungen für 1911/12 keine wesentliche Erhöhung des Reingewinns aus. Die Abschlußziffern gleichen fast ganz denen des Vorjahres. Daraus nur etwa zu schließen, daß nicht auch ihnen das letzte Hochkonjunkturjahr reicheren Ertrag gebracht hätte, wäre verfehlt. Wie die Abschlußziffern im einzelnen zusammengefaßt worden sind, können erst die noch nicht veröffentlichten Geschäftsberichte ergeben. Siemens u. Halske A.-G. schließt mit einem Reingewinn von 12,400 Millionen Mark (im Vorjahr 12,320 Millionen Mark) ab, aus dem wieder eine Dividende von 12 Proz. ausgeschüttet werden soll. 2,35 Millionen werden Reserven zugewiesen, 1,207 Millionen auf Rechnung des nächsten Jahres vorgetragen. 900 000 M. sollen zu Gratifikationen für Angestellte und Arbeiter verwendet werden. Die Siemens u. Schuckertwerke G. m. b. H. weisen einen Reingewinn von 13,403 Millionen (i. B. 13,430 Millionen) auf. An Dividende sollen wiederum 10 Proz. verteilt werden. 2,85 Millionen werden als Reserven, 813 000 M. auf neue Rechnung überwiesen. 1,3 Millionen sollen als Gratifikationen verteilt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Triebfeder der Prostitution.

Das englische Unterhaus hat vor kurzem eine Gesetzesvorlage angenommen, mit der man den Mädchenhändlern zuleide gehen will. Die Vorlage, die der Annahme im Oberhause sicher ist, enthält manche höchst bedenkliche Bestimmungen, wie die Erweiterung der Macht der Polizei, die die der Züchtung oder des Mädchenhandels verdächtigen Personen ohne Arrestbefehl verhaften kann, und die Körperliche Züchtung, zu der diese Verbrecher im Wiederholungsfall verurteilt werden können. Gerade diese Bestimmungen sind von den Reaktionen aller Schattierungen mit wachsender freuetlichem Jubel aufgenommen worden. Man hat diese Verschärfung des Gesetzes gegen den Mädchenhandel auf den wachsenden

politischen Einfluß der englischen Frauen zurückzuführen versucht. Die Behauptung klingt sehr plausibel. Aber wie so manche an der Oberfläche liegende Erklärung entbehrt sie der Wahrheit. Es war nicht der Einfluß der Frauen, sondern der Einfluß eines jener schwer erklärlichen moralischen Entrüstungstürme, die die englische öffentliche Meinung von Zeit zu Zeit gedankenlos fortzweigen (man denke nur an den Fall Byron, Oskar Wilde), der der Vorlage, die lange Jahre in der Gesetzgebung umhergeirrt war, plötzlich Annahme verschaffte. Wie immer war es die Geistlichkeit, die den Sturm leitete, der leider Mitglieder aller Parteien zu unbedachtem Dandeln mit sich riß.

In der Zeitschrift „The Aivalener“ (Der Wecker) behandelt Bernhard Shaw das Problem des Mädchenhandels in seiner charakteristischen Weise. Er behauptet, daß wir das unsaubere Geschäft nicht eher los werden, bis wir die bestehende Gesellschaftsordnung verändern und jeder anständigen Frau die Möglichkeit, unabhängig zu leben, gesichert haben, und fährt dann fort:

„Ihr müßt Euch nicht überzeugen lassen wollen und sagen, daß wir schon bald bereit wären, ob wir uns der Schurken, die von dem Gewinn der Prostitution leben, nicht entledigen können, indem wir sie nach dem neuen Gesetz ordentlich verprügeln. Tauscht Euch nicht; die meisten von denen, die von den Gewinnen der Prostitution leben, werden nicht geprügelt werden; sie befinden sich im Gegenteil schon unter den entrüstetsten Befürwortern der Prügelstrafe.“

Es sind Damen und Herren, Geistliche, Bischöfe, Richter, Parlamentarier, Damen mit hohen Verbindungen, die Häupter der hohen Gesellschaft in Bischofsstühlen, edlige Herren und Damen und die Stützen des soliden bürgerlichen Puritanismus. Diese Leute besitzen Anteilnahme an industriellen Unternehmungen, wo Frauen und Mädchen beschäftigt werden. Tausende dieser Frauen und Mädchen erhalten Löhne, von denen sie sich nicht ernähren können, und werden mit geringerem persönlichen Respekt behandelt als irgendeine Prostituierte.

Wenn sich eine arbeitssuchende Frau über den niedrigen Lohn beklagt und mehr verlangt, sagt man ihr, daß andere den Lohn annehmen würden, wenn sie nicht wollte. Wenn sie fragt, wie sie davon leben soll, wird ihr bedeutet, daß andere es zustande brachten. Sie hört, daß diese den Lohn auf irgendeine Weise auszubessern verständen.

Einige Frauen werden durch die Löhne ihrer Männer oder Väter vor der Straße behütet; aber es gibt immer Waisentöchter, Witwen und Mädchen vom Lande und Auslande, die keine Familien und Gatten haben, die sie unterstützen könnten. So wird denn die Kraft und Energie der Frau erhalten durch das, was sie auf der Straße verdient, und diese Kraft und Energie wird dazu benutzt, um Döbchen für reiche Altienbesitzer zu schaffen, die die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrer Ruchtheit ablenken wollen, indem sie laut nach der Prügelstrafe für ein paar Zuhälter schreien. Aber wenn diese Zuhälter für ihre Zwecke ein Haus mieten und einen hohen Zins anbieten, finden sie dann eine Schwierigkeit, es zu bekommen? Und hat je einer vorgeschlagen, den Hauswirt zu verprügeln?

Und Du, einfacher Leser, der Du weder ein Altienbesitzer noch häßlich bist, denkst Du Gott, daß Du in dieser Sache (Schuldlos bist)? Rimm Dich in acht! Der erste nach diesem Gesetz verprügelte Mensch mag sich gehen Dich wenden und sagen Gott schlage Dich nieder, Du überstündiges Gräbl. Der Lohn der Prostitution ist in Deine Anspalcher genügt und in Deine Kluse, ist auf Deine Streichholzschachtel und Kadelbüchse geleimt, in Deine Matraße gestopft, mit der Farbe an Deinen Händen gemischt und scheid zwischen den Verbindungsgliedern Deiner Wasserrohre.

Stellst Du Majax an Deinem Kopf und Deiner Kaffeetafel enthält das Bleigift, das man der anständigen Frau als Belohnung für eheliche Arbeit bietet, während ihr die Suppletin gebratene Hühner und Champagner anbietet. Prügelt andere Leute, bis ihr schwarz im Gesicht seid und sie rot auf dem Rücken sind; ihr werdet es nicht zustande bringen, den eure Taten verzeihenden Engel zu betrügen, damit dieser eure Schulden auf der falschen Seite laßt.

Und beachtet bitte, daß jede weitere Nachbesetzung, die ihr dem Polgisten geht, um diese eure Opfer zu peinigen, die Gewalt des Organisations und Ausschüßers der Prostitution über die Prostituierte vermehrt. Wenn ihr beraubt und geschlagen und tyrannisiert werdet, ruft ihr die Polizei und sie beschützt Euch. Aber der Polgist selbst kann die Prostituierte drangsalieren und schlagen; er kann ihr die schönen Kleider in Fäden reißen und sie durch den Kot ziehen und ihr die Arme fast aus den Gelenken reißen und sie dann wegen Ungehörigkeit und Verschmutzung Vorübergehender einsperren lassen, wenn sie ihn mit der Bitte um Schutz belästigt oder wenn sie sich weigert, ihren Gewinn mit ihm zu teilen.

In jeder Polizei der Welt gibt es Leute, die das systematisch tun; der Polgist mag kein schlechterer Mensch sein als wir übrigen, aber man kann in London nicht 18 000 Engel für 24 Schilling die Woche finden, die eine Gewalt ausüben sollen, für die wir einem König lieber den Kopf abschlagen, als daß wir sie ihm anvertrauten!

Und was bietet man den Mädchen dafür an, daß sie die Straße verlassen? Ein frommes Wohl für Gefallene; einen Ort, wo unter einem Dach wohnlich die Döbster der Schwitzküche mit der Grausamkeit des Gefängnisses und der moralischen Verdammnis, die die Selbstschädigung unmöglich macht, vereint ist. Vom Regen in die Traufe hat nicht viel von Rettung an sich.

Es gibt nur ein, nur ein einziges Heilmittel für den Mädchenhandel. Macht es durch die Erlassung eines Minimallohngesetzes, und durch gehörige Fürsorge für die Arbeitslosen unmöglich, daß eine Frau gezwungen ist, zwischen der Prostitution und der bitteren Not zu wählen; dann wird der Mädchenhändler nicht mehr Macht über die Löhner der Arbeiter, Handwerker und Angestellten haben, als er (oder auch — nach dem neuen Gesetze — sie) über die Frauen von Bischöfen hat.“

Verfammlungen.

Die Steinarbeiter verammelten sich am Mittwochabend in den „Arminhallen“, um einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Karl Liebel über die politische Lage zu hören. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung das Ergebnis der vorgenannten Wählerkontrolle, die sich aber nur auf 751 Personen oder 68 Proz. der Mitgliedschaft erstreckte hatte. Ueber 4 Wochen mit ihren Beiträgen rückständig waren 83 Mitglieder, über 6 Wochen 46 und über 8 Wochen 25 Mitglieder. 619 oder 60 Proz. der Kontrollierten waren Abonnenten des „Vorwärts“, 380 oder 51 Proz. gehörten dem Wahlverein an. 83 oder 11 Proz. waren arbeitslos, 80 oder 4 Proz. waren krank.

Aus aller Welt.

Und wieder sprach Schorlemer.

Die Sozialdemokratie hat unseren Ministern bitter unrecht getan, als sie ihnen vorwarf, sie seien weltfremde Naturen ohne Sinn für die Bedürfnisse des Volkes. Mit der ihm eigenen Energie hat am Mittwoch bereits des Reiches oberster verantwortlicher Leiter im Reichstage den Vorwurf zurückgewiesen. Aber Herr v. Bethmann ist bekanntlich ein Philosoph; er beschränkte sich daher auf die theoretische Betonung auch seiner Zugehörigkeit zum Volke. Anders Herr v. Schorlemer. Als Minister des Bundes der Landwirte — pardon! der Landwirtschaft — ist er in eminentem Maße Praktiker, aufs innigste vertraut mit den Leiden und Sorgen der Volksmassen. Wie glänzend und überzeugend hat er beispielsweise in seiner neulichen Rede im Abgeordnetenhaus nachgewiesen, daß unsere Arbeiterfrauen nichts anderes als Fleisch löcher können und die Arbeiter daher an Lebererkrankung durch zu viel Fleischgenuß leiden. Diese für das Volkswohl sehr bedenkliche Tatsache ist Herr v. Schorlemer, wie er in seiner gestrigen Rede im Reichstage betonte, von medizinischen Autoritäten bestätigt worden — unter anderem

von einem Dr. Eisenhart. Aber auch sonst bewies der Minister seine innige Vertrautheit mit der Volkspolizei. Der Verdorfenheit Konsum hat zugenommen. Schorlemer weiß warum: Weil die Vorliebe für Pferdefleisch wächst!

Das ist nicht einmal alles, was er weiß. Er weiß auch, daß unter den hohen Preisen nicht nur die Arbeiter leiden, sondern namentlich auch die kleinen Beamten, Handwerker und mittleren Bürger. Nun sind aber nach Ansicht des Ministers v. Schorlemer die Fleischpreise in Berlin ganz normal und so erübrigt sich natürlich jede Maßnahme gegen die Fleischsteuerung. Man sieht: Schorlemer ist kein Theoretiker; er packt frisch hinein ins volle Menschenleben. Da er es natürlich mit dem Volke wirklich gut meint, muß die Landwirtschaft geschädigt werden, die gar kein Interesse an niedrigen Futtermittelpreisen hat — eher, so sagt Schorlemer, ist das Gegenteil wahr. Man sieht: Schorlemer ist kein Theoretiker, kein Logiker, aber ein Praktiker. Und so kommt er zu dem Schluß: Das beste wäre es, der ganze Rummel mit ausländischem Fleisch nehme ein Ende, die Kommunen schenken sich mit unseren Agrariern in Verbindung und übernehmen den Betrieb des Fleisches. Vorbedingung sind langjährige Lieferungsverträge nach den jetzigen Fleischpreisen, um die Preise auf gleichmäßiger Höhe zu stabilisieren.

Und da glauben die Sozialdemokraten noch, unsere Minister seien weltfremde Naturen. Im Gegenteil: die wissen, was sie wollen!

Die Geheimnisse der Schlüsselburg.

Bekanntlich sind in diesen Tagen zwei Gefangene aus der alten russischen Schlüsselburg geflohen, indem sie den Wächter erschlugen und dann dessen Kleider anlegten. Allem Anschein nach haben sie schwimmend das jenseitige Ufer erreicht. Diese Nachricht hat in ganz Rußland großes Aufsehen hervorgerufen; denn sehr selten gelingt es einem Gefangenen, aus dem einsam gelegenen, äußerst scharf bewachten Staatsgefängnis zu entweichen. Denjenigen Gefangenen, hinter denen sich die Tore der Schlüsselburg geschlossen haben, ist so gut wie jede Möglichkeit zur Flucht genommen, und da ihre Strafe gewöhnlich auf Lebenszeit lautet, wenigstens aber auf einige Jahrzehnte, so sind sie aus der Liste der Lebenden gestrichen. Vor ungefähr 80 Jahren flohen unter ähnlichen Umständen einige Gefangene. Seitdem hörte man nicht wieder, daß es einem Gefangenen gelangt wäre, zu entweichen.

Die Schlüsselburg liegt auf der linken, einsamen Insel Oredow am Ausflusse der Rewa aus dem Ladogasee. Sie wurde im Jahre 1828 von den Kosakoffen während ihres Krieges gegen die Schweden erbaut. Sie gehörte dann einmalem den Schweden, die die mächtige, graue Festung „Nördborg“ nannten. Erst Peter der Große eroberte sie im Jahre 1702 wieder und gab ihr den Namen Schlüsselburg.

Von der Schlüsselburg gehen im russischen Volke die seltsamsten und traurigsten Geschichten um. Zahlreiche Männer, die sich politisch mitleidig gemacht hatten, wurden in sie hingerichtet, und man hat nichts vergessen von ihnen gehört. Es heißt, daß sich unter der Schlüsselburg ein 80 Meter tiefer Keller befindet, in dem sich die Gesetze der verschwandenen Gefangenen befinden. Die Kama erzählt sogar von einem Gang, der unter dem Wasser nach einer demnachbaren Insel führen soll. Auf der Schlüsselburg wurde auch der Jar Jwan III. von 1766—64 gefangen gehalten, bis er grausam ermordet wurde. In den letzten Jahren haben Gefangene wiederholt den Versuch gemacht, aus dem schrecklichen Gefängnis zu entfliehen. So löhn ihre Pläne auch waren, sie scheiterten, und die Folge davon war, daß manche Gefangene hingerichtet wurden. Auch im Jahre 1893 waren zwei Gefangene ausgebrochen. In einer noch stärkeren Nacht war es ihnen gelungen, den Wächter zu überrennen und unbemerkt nach dem Strande zu gelangen. Dort verhafteten sie, mit Hilfe eines Balkens nach dem jenseitigen Ufer zu schiffen. Inzwischen war aber ihre Flucht entdeckt worden. Dampfer fuhren kontrollierend auf dem Wasser hin und her, und so wurden die Flüchtlinge bemerkt. Einer von ihnen zog den Tod in den Fluten der Rewa dem qualvollen Leben in der Schlüsselburg vor, während man seinen Gefährten zurücktransportierte.

Einsturz eines österreichischen Militärdepots.

Am Mittwochabend 9 Uhr ist infolge eines heftigen Sturmes das in Reichenau bei Innsbruck gelegene Materialdepot der Handwaffenabteilung bis auf die Grundmauern eingestürzt. Ueber die Hälfte des eine Fläche von 700 Quadratmeter bedeckenden zweistöckigen Gebäudes fiel zusammen. In dem Depot war Kriegsmaterial, dessen Wert mehr als eine Million Kronen betrug, aufgespeichert. Menschen sind nicht verunglückt.

Zeichen der Zeit.

Von dem Leben und Treiben in Donaueschingen (Baden) anlässlich der Hochzeit im Schloß des Fürstenbergers werden in der bürgerlichen Presse während dieser Woche gauderbolle Bilder des Luxus und der verschwenderischen Pracht entworfen. Es kommt durch diese Heirat ein unermesslicher Reichtum zusammen. Das Volk, das dem Hause Fürstenberg so manches Stück Privatigentum an Land und Geld hat hingeben müssen, dürfte progressionsartig in das Schloß ziehen, um die dort ausgestellte Brautausstattung anzustarren. Die Anwesenheit des deutschen Kaisers und anderer Fürstlichkeiten erfordert einen kolossalen Geldaufwand.

Gleichzeitig veröffentlicht dieselbe bürgerliche Presse den Jahresbericht über die Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische, die seit 20 Jahren in Kork (Baden) ihrer Tätigkeit zum Wohle der Hilfsbedürftigen obliegt. Obgleich zumeist unermittelte Leute in der Anstalt sind, deren Verpflegung also nicht so hoch bemessen ist, mußte die Anstalt Schulden machen, die nicht durch die Staats- und Kreisbeiträge ver付et werden können. 400 000 M. ist die Schuldenhöhe und es sind 140 000 Mark nötig für ein besonderes Pflegehaus, das die geistig frischen Kranken von den verblödeten trennen könnte. Dafür ist aber kein Geld vorhanden!

Kleine Notizen.

Im Namen des Königs! Das Schwurgericht in Duisburg verurteilte den 26 Jahre alten Fuhrmann Franz Schmitz aus Bruchhausen zum Tode. Er wurde schuldig befunden, den Arbeiter Wilhelm Gantner zu Walsum in der Nacht zum 1. August d. J. mittels eines Welses vorsätzlich erschlagen zu haben. — Vom Schwurgericht in Würzburg wurde der 23 Jahre alte Wäldergerade Hermann Weber aus Würzburg zum Tode verurteilt. Weber hatte vor einiger Zeit ein 21 Jahre altes Mädchen ermordet.

Unwetter auf den Philippinen. Ueber die Inseln Samar, Leyte und den nördlichen Teil von Panay ist ein schwerer Zyklon hingegangen. Viele Menschen sind ums Leben gekommen. In Tacloban sind zwei Dampfer gescheitert. Der angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen pesos geschätzt.

In der Trunkenheit zum Totschläger geworden. In Karlsruhe tötete am Mittwochabend der 31 jährige Schlosser Eugen Rassel aus Hagendach den 25 jährigen Handwerker Ludwig Ubrig durch einen Revolvererschuß in den Kopf. Rassel, der betrunken war, beging die Tat aus Erregung darüber, daß Ubrig ihn aus dem Hause zu schaffen suchte, in dem er seine Frau besuchen wollte.

Ein deutscher Dampfer gestrandet. Der Bremer Dampfer „Maraboe“, der auf der Reise von Swansea nach Kopenhagen war, ist an der Südküste Schwedens gestrandet. Für die Befragung besteht keine Gefahr.

Schultheiß' Brauerei Akt. Ges., Berlin

Bilanz am 31. August 1912.

Aktiva.	M.	Pf.
Grundstücke	7 220 802	51
Gebäude und Kellereien	18 163 283	79
Wege- und Eisenbahn-Anlagen	100	—
Brunnen-Anlagen	100	—
Kanalisations-Anlagen	100	—
Lagerfässer und Bottiche	992 975	—
Maschinen und Utensilien	1 242 179	92
Inventar	1 441 420	43
Inventar und Einrichtung der Ausschanklokale	515 872	13
Lokal „Zum Schultheiß“ am Wannsee	373 319	35
Eisenbahnwagen und Dampfer	46 454	43
Pferde, Wagen und Motorwagen	795 401	01
Absatztonnen	237 949	06
Inventar, Einrichtung der auswärtigen Niederlagen	235 886	22
Kasse	252 860	26
Wechsel	2 834	41
Effekten	3 566 381	80
Bankguthaben	3 508 576	48
Hypotheken und Darlehen	3 012 016	13
Sonstige Debitoren	792 793	62
Fällige Zinsen	29 916	33
Vorausbezahlte Mieten	61 006	01
Vorausbezahlte Steuern	109 380	71
Warenbestände in den Hauptbetrieben	2 784 008	94
Warenbestände in den auswärtigen Niederlagen	153 979	85
Verschiedene Vorräte (Abgänge, Futter etc.)	35 164	24
Ausstehende Forderungen	627 636	39
Sa.	48 197 399	21

Passiva.	M.	Pf.
Aktien-Kapital	14 000 000	—
Prioritäts-Obligationen	1 327 000	—
Hypotheken	4 125 331	44
Nicht abgehobene Prioritätszinsen und Dividende	1 791	50
Prioritätszinsen per Juli/August	8 838	66
Wohlfahrtsfonds	456 849	15
Richard-Roessike-Beamten-Pensionskasse	835 055	60
Sparkasse der Angestellten und Arbeitnehmer	4 179 556	43
Depositen-Guthaben der Kunden und Angestellten	6 135 166	55
Kautionen	118 989	12
Kreditoren	1 804 270	66
Gestundete Brauereier und Gemeinde-Brauereier	3 502 681	53
Delkrede	192 289	53
Reservefonds	7 003 000	—
Gewinn	2 506 548	98
Sa.	48 197 399	21

Berlin, den 5. November 1912.
 Geprüft und richtig befunden.
 Die Rechnungsrevisoren: Boehme, Scheibel, Seutner.
 G. Kraner, Alexander Jacoby, Funks, Gerdum.
 Die Auszahlung der Dividende von 15 Proz. für das Geschäftsjahr 1911/12 erfolgt vom 30. November d. J. ab in den gewöhnlichen Geschäftsstunden an der Couponskasse der Deutschen Bank in Berlin W., Kanonenstraße 29/30.
 Berlin, den 28. November 1912.

Schultheiß' Brauerei

Aktien-Gesellschaft
 L. Boehme, Scheibel.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Dabnich, Adelerstr. 174, am Köpenicker Platz.
 2. Wahlkreis: W. Ost, Schmidt, Reichardtstr. 14, Kochparterre, S. und SW.; Hermann Wehner, Dönnelauerstr. 72.
 3. Wahlkreis: St. Fris, Schwanstr. 31, Hof rechts dort.
 4. Wahlkreis: Ohren: Robert Bengels, St. Frankfurterstr. 120.
 5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelstr. 12 (Hof).
 6. Wahlkreis: (Noah): Karl Wüster, Engelwälderstr. 8.
 Wedding: J. Dönnig, Wagnersdammstr. 40.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Heinsdammstr. 67, Laden.
 Gesundbrunnen: Hilger, Schillerstr. 6, Laden.
 Schönhauser Vorstadt: Karl Wüster, Dönnelauerstr. 27.
 Adlershof: Carl Samarski, Dönnelauerstr. 50.
 Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
 Baumgartenweg: J. Dönnig, Wagnersdammstr. 13, I.
 Bernau, Müggental, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Helmuth Dörre, Wagnersdammstr. 6, Laden.
 Hohenschönhausen, Falkenberg und Falkenhorst: Alois Paul, Köpenickerstr. 6, Laden.
 Charlottenburg: Julius Schürberg, Zelenhofstr. 1.
 Fichtenau, Schmückwitz: Oskar Rabe, Stubenrauchstr. 99.
 Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Fiedrichshagenstr. 3.
 Fiedrichshagen, Eggersdorf: G. Dönnig, Fiedrichshagenstr. 3.
 Fiedrichshagen.
 Fiedrichshagen, Südde, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: G. Dönnig, Wagnersdammstr. 6 in Steglitz.
 Fiedrichshagen, Fichtenau, Bahndorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Hoffmann, Köpenickerstr. 18.
 Grünau: Franz Klein, Fiedrichshagenstr. 10.
 Johannisberg, Rudow: Helmut Dörre, Köpenickerstr. 6.
 Köpenicker: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6, II.
 Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Köpenickerstr. 18.
 Köpenicker: Emil Wüster, Köpenickerstr. 6, Laden.
 Lichtenberg, Fiedrichshagen, Hohenschönhausen: G. Dönnig, Wagnersdammstr. 6 (Laden).
 Mahldorf, Kaulsdorf, Biesdorf: G. Dönnig, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17.
 Mariendorf: August Wüster, Kaufmannstr. 296, Hof.
 Mariendorf: Emil Wüster, Berliner Str. 114 II.
 Neuenhagen, Hoppegarten: Julius Wüster, Köpenickerstr. 6.
 Neukölln: W. Dönnig, Wagnersdammstr. 6, im Laden; Neukölln, Str. 10, Hof, Wagnersdammstr. 29/30.
 Nieder-Lohme: Carl Wüster.
 Nieder-Schöneiche: Wilhelm Wüster, Köpenickerstr. 10, II.
 Nowawes: Wilhelm Wüster, Fiedrichshagenstr. 7.
 Ober-Schöneiche: Wilhelm Wüster, Köpenickerstr. 17, II.
 Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Wilhelm Wüster, Köpenickerstr. 6.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Dönnig, Wagnersdammstr. 6, Laden.
 Rumelsburg, Boxhagen, Stralau: H. Hoffmann, Köpenickerstr. 6.
 Schenkendorf & Königs-Wusterhausen: Carl Wüster, Köpenickerstr. 10.
 Schöneberg: Wilhelm Wüster, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
 Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenberger: G. Dönnig, Wagnersdammstr. 6.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Friele Scholle u. Reinickendorf-West: Carl Wüster, Köpenickerstr. 6.
 Teltow: Wilhelm Wüster, Teltow, Berliner Str. 16.
 Tempelhof: Carl Wüster, Wagnersdammstr. 6.
 Treptow: Carl Wüster, Wagnersdammstr. 6, Laden.
 Weißensee, Heinersdorf: H. Hoffmann, Köpenickerstr. 10, Hof.
 Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Carl Wüster, Köpenickerstr. 6.
 Zehlendorf, Niersdorf: Carl Wüster, Köpenickerstr. 6.
 sämtliche Parteiliteratur sowie alle wünschenswerten Werke werden geliefert.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
 Nähe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshagen. (Naher) am Ringbahn.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Weihnachts-Prämie für die Abonnenten des „Vorwärts“

Robert E. Peary

Die Entdeckung des Nordpols

Mit einem Geleitwort von Theodor Roosevelt

Mit über 100 Bildern nach photographischen Aufnahmen

Gut gebunden Preis nur **3⁵⁰** Mk.

Ein schönes Weihnachts-Geschenk

Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, sowie alle Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Hallo! Spare in der Zeit

beim Einkauf. Wir empfehlen Gelegenheitskäufe in neuen sowie gebrauchten Herren-Hüten, Kaschagen, Paletots etc. Letztere sind Wahlkäufe, sog. Monatsgarbepaare, welche nicht in feinsten Materialien (auch aus Seide) gearbeitet sind. Jeder Herr findet passende Garbepaare. Größter Verkaufspris bis 120 Mk., jetzt an folgenden extra billigen Preisen:

Herren-Paletots 8.- 12.- 16.- 20.- Mk. u. Hoch-Anzüge 12.- 16.- 20.- 24.- Mk. u.
 Herren-Hüte 10.- 14.- 18.- 22.- Mk. u. Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 26.- 32.- Mk. u.
 Jackett-Anzüge 9.- 12.- 14.- 18.- Mk. u. Herrenhosen 3.- 5.- 6.- Mk. u.

Verfertigung von eleganten Braut- u. Gesellschaftsausgaben.

J. Wand

Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Andreestraße.
 II. Geschäft: vis-à-vis Chausseestr. 89, Littenstr.
 Sonntags nur von 12-2 Uhr geöffnet.

Sie sparen Geld!

Möbel

direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterer. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Interessante Neuerscheinungen

Politische Aufsätze u. Reden

Von J. B. von Schweitzer.
 Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring.
 Preis 3 M., gut gebunden 4 M.
 Mit einem Porträt Schweitzers.

Aus dem Inhalt: Einleitung — Die Anfänge — Der Kampf mit Marx und Engels — Taktische Probleme — Der Kampf um das Vereinsrecht — Die nationale Frage — Bürgerliche und soziale Demokratie — Vor dem Kriege — Nach dem Kriege — Die ersten Reichstagswahlen — Die Diktatur Schweitzers — Im Norddeutschen Reichstage — Johann Jacoby und die radikale Bourgeoisie — Die Gewerkschaftsfrage — Das „Parlamenteln“ Schweitzers — Schweitzers letztes Wort.

Unterm Brennglas.

Seht euch vor, ihr Buckelucker, Zacker, Mucker, Achselzucker, Zinsenschlucker, Ehespucker, Polzeiducker und Kniefucker!

Berliner politische Satire, Revolutionsgeist u. menschliche Komödie von Adolf Gladbrenner.
 Ausgewählt und eingeleitet von Franz Diederich. Mit 117 Bildern von Theodor Hosemann, Ad. Schroeder, Wilhelm Scholz, C. Reinhardt, Gustav Heil und anderen.
 Preis 3 M., gut gebunden 4 M.

Das Buch, das den politischen Witz Adolf Gladbrenners in großen Umfang wieder lebendig machen will, kommt der Arbeiterschaft sicher willkommen, denn in den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft ist die politische Satire stets gern gepflegt worden. Die gute Ausstattung und die den Text belebenden zahlreichen Illustrationen lassen das Buch als Geschenkwerk besonders geeignet erscheinen. 248/15*

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstr. 69.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonntag, den 30. November, abends 8^{1/2} Uhr, Melchiorstr. 16:

Verammlung.

Präsidentenwahl von Herrn E. Borm über: Schwimmende Eisberge und Tiefendampfer, mit 100 farbigen Bildern. Sektionsausgabe zum Weihnachtsfest.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Damen und Herren als Gäste laden ein.
 14515 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 1. Dezember.

1. Abt.: 1 Uhr: Kaulsdorf-Süd. (Sandfeld) Start: Bülowstr. 58.
 2. Abt.: 1 Uhr: Waidmannslust (Schweizer Dönschen). Start: Schönleinsbrücke 6.
 3. Abt.: 1 Uhr: Köpenickerstr. (Köpenickerstr.) Start: Köpenickerstr. 12.
 4. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Köpenickerstr. (Köpenickerstr.) Start: Köpenickerstr. 12.
 5. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Köpenickerstr. (Köpenickerstr.) Start: Köpenickerstr. 12.
 6. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Köpenickerstr. (Köpenickerstr.) Start: Köpenickerstr. 12.
 7. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Köpenickerstr. (Köpenickerstr.) Start: Köpenickerstr. 12.
 8. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Köpenickerstr. (Köpenickerstr.) Start: Köpenickerstr. 12.
 9. Abt.: 1^{1/2} Uhr: Köpenickerstr. (Köpenickerstr.) Start: Köpenickerstr. 12.

Quelle: Zentralfahrverwaltung, Charlottenburg.
 Von jetzt an bis auf weiteres alle Sonntage Start: 1 Uhr Köpenickerstr.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4.-, 6.-, 8.- M. etc. Voleur de Nord, Persoliner, mit Seal-Püsch, Seldos-Seal Mtr. 5.50, 6.50, 9.50, 15.- M. Püschfutter, Voll imit. für eleg. Damen-Paletots Mtr. 4.50 M. Damenkostüm- und Ulsterstoffe, Mtr. 3.-, 4.-, 5.- M. etc. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Umkleie meine Kleider- und Warenfabrik mit elektrischem Betrieb. 48822*
 Paul Bolck, Schreinerstr. 8.

Schallplatten billiger!

Der größte Gelegenheitskauf, der je existiert.
 25 cm große doppelseit. Massplatten, sonstig. Preis 2 M., jetzt per Stück 85 Pf., 30 cm Platten = 75 Pf. Orig.-Grammoph.-Platten 25 cm = 2.75, 30 cm = 3.50 M. Zonoph.-Pl., gelb u. grün, 25 cm = 1.50, 30 cm = 2.50 M. Or.-Pathepl. 25 cm = 1.75, 30 cm = 2.25, 35 cm = 3.50 M. Ständiges Lager von ca. 175,000 Schallplatten. Edison-Walzen 50 Pf., Gloria-Walzen 10 Pf. Kollektive Auswahl in Sprechmaschinen v. 7,50 M. an. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Kataloge gratis und franko.

Ernst Machnow

Berlin Weinmeisterstraße 14.
 Filiale: Chausseestr. 69 neben Warenhaus Stein.
 Günstigste Einkaufsquelle für Private und Wiederverkäufer.

Aufruf an die Arbeiter Berlins!

Die anhaltende Teuerung zwingt einen Jeden, sich vor Ueber-vortellung zu schützen!

Kaufen Sie nur beim Fachmann Elegante fertige Herren-Garderobe Teilzahlung von **1 Mark** wöchentlich an.

Vornehmste Maßanfertigung und Garantie. Besichtigung meines großen Garderobe in deutschen u. englischen Stoffen ohne Kaufzwang gern gestattet. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.

Julius Fabian

I. Gesch.: Gr. Frankfurter Str. 37 II
 II. Gesch.: Turmstraße 18 I kein Laden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin • C. 54, Linienstraße 83/85

Verwaltung: Amt Norden 1987.
Telephon: Amt Norden 1987.

Kassierer: Amt Norden 185.

Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Rohrleger und Helfer.

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Branchen-Versammlung

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Groger.
 2. Diskussion.
 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
 4. Verschiedenes.
- Es wird bestimmter und pünktlicher Besuch erwartet.

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

aller im 18. und 19. Bezirk sowie in sämtlichen Werken der A. C. G. beschäftigten Eisen-, Metall- u. Revolverdreher sowie Rundscheifer

im Zwinnemünder Gesellschaftshaus, Zwinnemünder Str. 42.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Dreher in den Berliner Betrieben und welche Maßnahmen müssen zu einer Besserung ergriffen werden. Referent Kollege Müller.
 2. Diskussion.
 3. Wahl des Bezirksobmannes.
 4. Verschiedenes.
- Zu Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung erwarten wir ein unbedingt pünktliches Erscheinen.

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter Berlins u. Umgegend

im Lokal von Merkowski, Andreasstraße 26.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung.
 2. Verschiedenes.
- Sahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen

in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18 (Weißer Saal).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Davidsohn.
 2. Diskussion.
 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
- Zu dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, ferner die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Schweißarbeiter, an Blechpressen und Stanzwerken Beschäftigten, ferner alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen freundlich eingeladen und wird reger Besuch erwartet.

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten Arbeiter

in den Müllers-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (Großer Saal).

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission über die Vereinbarung von 1912.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Zu Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Bezirk Weißensee.

Heute Freitag, 29. November 1912, abends 6 Uhr, im Prälaten-Lehderstraße 122:

Große Holzarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

„Die Kriegsvorbereitungen der Unternehmerverbände für das Kampffahr 1913“
Referent Joseph Ahlemeyer-Bremen.

Kein Holzarbeiter Weisensees darf in dieser Versammlung fehlen.
9/15 Die Ortsverwaltung.

Bautischler.

Sonntag, den 1. Dezember 1912, vormittags 10 Uhr,

Branchen-Versammlung

für Groß-Berlin u. die Vororte Groß-Sichterfelde u. Steglitz bei Doeker, Weberstraße 17:

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Vertragsündigung und welche Forderungen stellen wir.
 2. Der Arbeitsnachweis und die Arbeitsvermittlung.
 3. Diskussion.
- Die arbeitslosen Kollegen werden dringend ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Branchenkommission. S. A.: Karl Reichs.

Bezugslokal: Alfred Dieckhoff, Neukölln. Für den

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Wildau, Königswinterhausen, Zeuthen und Umgegend

im Lokal von Rodant, Wildau (Restaurant „Wildauer Hof“).

- Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Sahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Adlershof, Alt-Glienicke u. Umgegend

im Lokal von Richard Kaul, Adlershof, Bismarckstr. 16.

- Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Sahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Baumchulowweg

in Speers Festsälen (Inh. Sauer), Baumchulowstraße.

- Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Sahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 2. Dezember 1912:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

Norden: Pharusäle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Obiglos Festäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Frankes Festäle, Badstr. 16, abends 8 1/2 Uhr.

Tegel: Trapps Festäle, Bahnhofstr. L, abends 8 Uhr.

Moabit: Moabiters Gesellschaftshaus, Wickestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.

Westen und Schöneberg: Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31, abends 8 1/2 Uhr.

Osten: Comeniusäle, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.

Lichtenberg: Restaurant J. Ertel, Pfarrerstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.

Stralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 2, abends 8 1/2 Uhr.

Weißensee: Feukerts Festäle, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.

Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, abends 8 1/2 Uhr.

Neukölln: Passage-Festäle, Bergstr. 151/152, abends 8 1/2 Uhr.

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.

Steglitz: Schellhasers Festäle, Hornstraße 15, abends 8 1/2 Uhr.

Friedrichshagen u. Köpenick: im Lokal Papentorth, Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 72, abends 8 1/2 Uhr.

Spandau: Derts' Restaurant, Kurstr. 23, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht von der Generalversammlung vom 24. November und Stellungnahme zu der Außerordentlichen Generalversammlung am 8. Dezember 1912.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sahlreicher Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 1. Dezember 1912, mittags 1 Uhr,

im großen Saale der Brauerei Friedrichshagen:

Öffentliche Sänger-Versammlung.

Tagesordnung:

Die Kulturbestrebungen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Referent: Reichstagsabgeordneter G. Davidsohn.
Alle Säger, Sängersfreunde, sowie die Frauen und Mädchen sind herzlich eingeladen.
17/17 Der Vorstand.

Schiffseigner, Boots- u. Steuerleute, Heizer und Maschinisten!

Sonntag, den 1. Dezember 1912, nachmittags 3/4 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97, Ecke Joliffe, zu Berlin:

Große öffentliche Schiffer-Versammlung.

Tagesordnung:

Der Balkankrieg, die Fleischnot im preussischen Landtag und ihre wirtschaftlichen Folgen auf die Binnenschifffahrt.

Referent: Stadtkorrespondent Adolf Ritter. 299/6

Die Diskussion.

Der Ginderuter R. Herber, Berlin N. 58, Zeltstraße 7.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 1. Dezember, abends 6 Uhr:
Gerhart-Hauptmann-Abend
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.
Rezitationen:
Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater.
Eintritt 30 Pf. Garderobe frei.
Nach dem Vortrag: Gemütl. Beisammensein und Tanz.
Die Vorträge beginnen spätestens um 6 1/2 Uhr.

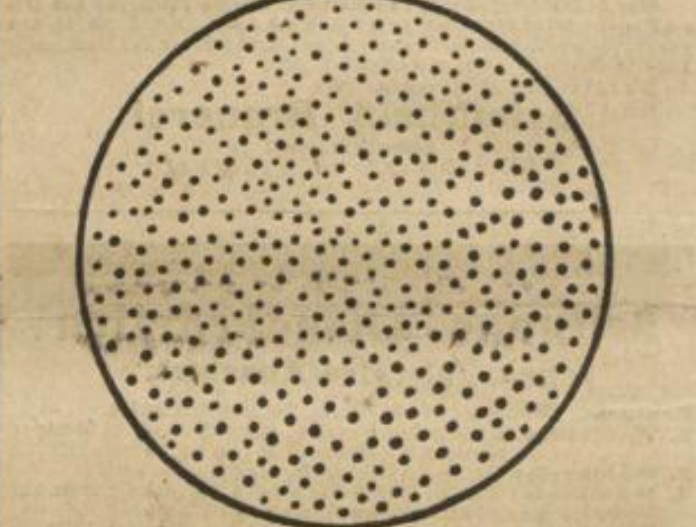
Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Bezirk Groß-Berlin.
Bureau: Münzstr. 20, Kgl. 1022.

Sonnabend, den 30. November 1912:
Winter-Fest
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
Festrede: Dr. Bruno Breitscheid.
Während der Kaffeetafel: Vorträge.
Mitwirkende:
Tilly Schöning } vom Biedermeier-Kabarett.
Albert Kühne }
Peter Pfeiffer }

Tanz. $\Delta \Delta \Delta \Delta \Delta \Delta \Delta \Delta$ **Verlosung.**
Anfang 9 Uhr. Eintrittspreis 60 Pf. einschl. Tanz.
Einladungskarten sind durch das Bureau, Münzstr. 20/II, zu haben. Der Eintrittspreis ist am Eingang des Saales zu entrichten. 299/7
Um regen Besuch bittet
Der Festausschuß.

Weihnachts-Preisauschreiben! Schnell zugreifen, da garantiert 100 Badewanne umsonst!



In Ihrem ganzen Leben kommen Sie nicht wieder so billig zu einer solchen Pracht-Wanne!

Wer diese Punkte in obenstehendem Kreis richtig ausfüllt (bis 10 Punkte auf und ab Differenz gilt als richtig) und als Anzahlung R. 3.— in bar oder Marken einleitet, erhält meine **Paradies-Wanne** (D. R. G. M.), die auf der Hygiene-Veranstaltung Dresden 1911 mit der **Silbernen Medaille** ausgezeichnet wurde, zu 11,25 M. franco zugeschickt. Verpackung wird nicht berechnet. Die Paradies-Badewanne hat folgende Vorzüge: 1. Die Wanne ist verglänzt, 2. darum rostfester, 3. mit durch Bandelisen verstärkter Rüst und Füßen versehen, 4. sehr stabil und unverwundlich, 5. trotzdem leicht transportabel, 6. ist billiger als im Vollbade verglänzte Wannen. Größe ca. 170 cm lang, 70 cm breit, Normalgröße. Täglich begeisterte Anerkennungen. Tausende im Gebrauch.

Die Wanne wird deshalb so billig abgegeben, weil ich durch Empfehlung stets weitere Geschäfte mache. So schreibt z. B. Herr Karl Pfeiffer, Schriftföher: **Wemel**, den 13. Oktober 1910. Mit gegenwärtigem teile Ihnen mit, daß ich die von Ihnen bestellten zwei Wannen erhalten habe. Meine Frau sowie Kollege Schwanitz, für den ich die zweite Wanne bestellt hatte, waren beim Anblick derselben ganz entzückt. Ich für meinen Teil konnte es nicht unterlassen, die Wanne gleich praktisch zu versuchen und kann nur sagen, daß ich sämtliche Vorzüge, die Ihrer Wanne „Paradies“ nachgerühmt werden, voll und ganz erfüllt fand. Am meisten freute ich mich über den wenigen Wasserverbrauch und die bequeme Lage. Mit 4 Eimern Wasser kann man ein Vollbad nehmen, welches selbst dem Unbemitteltesten nicht zu teuer kommen dürfte. Mit einem Wort gelagt, die Badewanne ist gerade für den wenig Bemitteltesten die praktischste, billigste, dauerhafteste und bequemste Wanne, die man sich denken kann, hauptsächlich, da sie aufgestellt sehr wenig Platz einnimmt.

Von je 10 auf diese Anzeige bestellten Wannen wird je eine Wanne vollständig gratis versandt (aber nicht mehr als 100 Gratiswannen). Diese hundert Gratiswannen erhalten die Einsender der ersten 100 richtigen Lösungen. Es kommt also darauf an, die Lösung auf untenstehendem Schein mit 3 Mark in bar oder Marken so schnell als möglich abzugeben. Maßgebend ist der Postabgangsstempel auf dem Schein. Kein Risiko, da selbst bei falschen Lösungen die 3 Mark nicht verloren sind, da diese dann zurückgeschickt werden. **Siezug reell!!!** 100 Mark Belohnung dem, der nachweist, daß nicht genug Gratiswannen verteilt werden. Die Empfänger der Gratiswannen werden in dieser Zeitung veröffentlicht resp. den Einsendern mitgeteilt. Auf Wunsch wird die Wanne auch erst kurz vor Weihnachten verschickt, also event. ein Weihnachtsgeschenk umsonst.

Holz- und Metallwerk Oederan (Sa.)
Nach meiner Zählung enthält der Kreis im „Vorwärts“
..... Punkte.
Sollte ich richtig gezählt haben, senden Sie mir franko (Verpackung frei)
1 Paradies-Wanne (D. R. G. M.)
zu **M. 11,25** Nachnahme. Anbei R. 3.—, die ich zurückerhalte, wenn die Lösung nicht richtig ist. Falls ich unter den ersten gewinnberechtigten Einsendern der richtigen Lösungen bin, erhalte ich **M. 14,25** später in bar zurück, also die Wanne ganz umsonst.
Name:
Stand:
Ort:
Straße oder Station: zum Versand kommen.
Die Wanne soll am
Nur diejenigen Lösungen werden berücksichtigt, die unabhänder auf diesen Schein geschrieben (ohne Extrabedingungen) eingehen und denen 3 M. beigelegt sind.

Die Stadt Berlin und die B. E. W.

Nach dem Vertrage der Stadt Berlin mit den Berliner Elektrizitätswerken geht im Jahre 1915 das Werk in den Besitz der Stadt über, wenn bis Oktober 1913 die Stadt diese Absicht zu erkennen gegeben hat, im anderen Falle würde es sich um Verlängerung des Vertrages handeln.

Was würde zunächst die Stadt Berlin für das Geschäftsjahr 1911/12 etwa verdient haben, wenn sie die B. E. W. selbst betrieben hätte, und was hat sie verdient?

Wer die sehr einfache und übersichtliche Bilanz im Geschäftsbericht der B. E. W. (siehe die Anzeige in Nr. 590 der „Bosf. Ztg.“) zur Hand nimmt, ist sofort in der Lage, die Richtigkeit der nachstehenden Zahlen nachzuprüfen.

Table with 2 columns: Description of assets and their value. Includes 'Anlagen innerhalb des Reichsbildes' and 'außerhalb'.

Es empfiehlt sich jedenfalls, bei einem Uebernahmeplan auch das Elektrizitätswerk Oberpreze um zu berücksichtigen, schon weil für Elektrizitätswerke im allgemeinen eine möglichst breite Grundlage vorteilhaft ist.

122,51 Millionen, abzüglich 3,86 Erneuerungsfonds 118,65 Millionen

Es soll daran abgesehen werden, daß der Zorwert möglicherweise für die Stadt günstiger ausfallen würde. Ganz außer Anschlag bleiben die nicht zu übernehmenden Aktien, Papiere um, welche die B. E. W. besitzen, z. B. die der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft.

Der Bruttogewinn beträgt laut Gewinn- und Verlustkonto aus dem Betriebe 19,21 Millionen Grundstücksverträgen 1,29 vermieteten Anlagen 0,25

Siehe dazu die Bruttoabgabe an die Stadt Berlin, die vorweg in Abzug gebracht ist, mit 3,03 Millionen, also beträgt der Bruttogewinn 22,78 Millionen

Nicht berücksichtigt wurden hier wieder: die Zinsen aus Papieren, Aktien usw., die mit 1,86 Millionen aufgeführt sind. Die Unkosten ergeben sich aus der Debet-Seite des Gewinn- und Verlust-Kontos wie folgt:

Handlungsunkosten 1,76 Millionen Steuern 0,63 Ca. 2,39 Millionen

Die Unkosten entfallen den sehr erheblichen Beitrag der B. E. W. an die A. E. W., den wir aber vorerst nicht in Betracht ziehen wollen.

Die Abschreibungen werden eingesetzt: für Anlagen innerhalb des Reichsbildes mit 8,70 Millionen außerhalb 1,08

Siehe dazu die Ueberweisung an den Erneuerungsfonds hinzugerechnet werden mit 0,57 Millionen Ca. 5,35 Millionen

für Abschreibung und Erneuerung kommen daher 5,35 Millionen in Abzug.

Die Verzinsung des Anlagekapitals von 118,65 Millionen mit 4 Proz. ergibt 4,75 Millionen. Die Tilgung ist bereits in obigen 5,35 Millionen für Abschreibungen und Erneuerungsfonds berücksichtigt. Zum Vergleich seien die Berliner Gaswerke herangezogen, die für 1912 bei 130 Millionen Buchwert (darunter rund 98 Millionen Schulden) 3,9 Millionen für Tilgung und Abschreibung in Abzug brachten.

Rund haben wir bereits die genügend genauen Grundlagen für die Schlussrechnung.

Table with 2 columns: Description of financial items and their values. Includes 'Bruttogewinn', 'Dobon ab Unkosten', 'Tilgung und Abschreibungen', 'Verzinsung des Anlagekapitals'.

Die Einnahmen der Stadt Berlin aus der Elektrizitätserzeugung hätten daher bei südlichem Betrieb etwa 10 1/4 Millionen betragen, während laut Vertrag 6,78 Millionen verbleiben.

Die Mehrerlöse hätte mithin für 1911/12 rund 50 Proz. oder 3 1/2 Millionen betragen, wenn die Abgabe der B. E. W. an die A. E. W. nicht berücksichtigt wird.

Die vorstehende Rechnung ist für die Stadt eher zu ungünstig als zu günstig. Hält die Steigerung des Elektrizitätsabfahres an, so ist natürlich für 1915 und spätere Jahre noch ein günstigeres Ergebnis zu erwarten, als nach den weiteren Ausführungen anzunehmen ist.

Der Vorteil für die Stadt steigt aber nicht nur mit zunehmender Stromabgabe, sondern auch mit jeder Betriebsverbilligung.

Da ist nun darauf aufmerksam zu machen, daß die B. E. W. es für zweckmäßig erachtet, ihren Hauptkonzern vom Braunshofenrevier bei Bitterfeld aus zu speisen und die Berliner Zentren im wesentlichen nur für die sogenannte Spitzenleistung sowie als Reserve heranzuziehen. Sollte die Stadt bei Nachprüfung — vorzügliches Material für diese Frage findet sich in der Literatur (vergl. Klagenberg, E. Z. B., Heft 81/82 1912) — diese Maßnahme ebenfalls für zweckmäßig halten, so bestünde sie nicht nur diese ziemlich teure Anlage in freier Konkurrenz billiger erstellt als die privaten B. E. W., sondern genösse auch den vollen Vorteil der Betriebsverbilligung. Diese kann mit etwa 1 Pf. pro außerhalb erzeugte Kilowattstunde eingerechnet werden.

Rechnet man etwa 1/2-1/3 der Energieabgabe auf die Spitzenleistung ab, so ergibt sich hierdurch für später ein weiterer Vorteil für die Stadt von 1 1/2-2 Millionen Mark, wenn man mit 300 Millionen Anst.-Stunden Energieabgabe für jenen Zeitpunkt rechnet. Dieser Vorteil würde in vollem Umfange nur für die Stadt als Besitzerin eintreten, anderenfalls wäre sie nur entsprechend daran beteiligt.

Ich habe vorstehend die von mir gestellte Kardinalfrage — und zwar zunächst ohne Berücksichtigung der Abgabe an die A. E. W. — zahlenmäßig behandelt.

Dabei habe ich noch außer Anschlag gelassen, daß die Stadt als einzige Großkonzernbetreiberin der B. E. W. — man denke auch an die spätere Nord-Südbahn — erhebliche Beiträge spart, wenn sie für die von ihr benötigte Energie nur die Selbstkosten zu vergüten hat. Bemerkenswert aber noch werden, daß sie auch an Anlagekosten sparen wird, da sie in fast ihren gesamten Betrieben zweckmäßig an Stelle eigener Zentren und Kraftmaschinen später einfach elektrische Anschlüsse vorziehen wird.

Wenn wir auch nicht gerade der Meinung sind, daß bei der Uebernahme der B. E. W. in den Besitz und Betrieb der Stadt nicht lediglich materielle Gründe maßgebend sein sollten, so zeigt doch die obige Darlegung, daß die Gemeinde auch in diesem Falle kein schlechtes Geschäft machen dürfte. Maßgebend muß aber der Gesichtspunkt sein, daß die Lieferung von elektrischem Licht und elektrischer Kraft nicht Monopol einer Privatgesellschaft sein dürfen.

Partei-Angelegenheiten.

Böhsdorf und Umgegend. Der fünfte Vortrag des Genossen Eichhorn über: Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus (der Zukunftstaat) findet am Montag, den 2. Dezember, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in der Villa Rahl statt.

Borsigwalde-Wittenau. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung u. a.: Vortrag des Genossen Dr. Julius Wolfes: Die Kulturmission des Krieges.

Bernau. Sonntag, den 1. Dezember, findet nachmittags 1/2 Uhr bei Salzmann, Baadorferstraße, Mitgliederversammlung statt. Außer einem Vortrag des Genossen Kurt Heimig stehen noch sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hat dem ihr vom Magistrat vorgelegten Drisstatut über die Gründung einer Pflicht-Fortbildungsschule für Mädchen sowie den Abänderungen des Ortsstatuts über die schon bestehende Pflicht-Fortbildungsschule für Jünglinge gestern ohne weiteres und einstimmig zugestimmt. Auch die freisinnigen Fraktionen schienen das mit Freudigkeit zu tun, so daß recht anschaulich zum Ausdruck kam, wie sehr in neuerer Zeit die Meinungen über die Pflicht-Fortbildungsschule sich gewandelt haben. Stadtvorordneter Cassel suchte die dem Berliner Stadtfreisin abgerungene Befehrerung zu besserer Einsicht dadurch zu verdeden, daß er seiner Zustimmungserklärung wieder noch das alte Loblied auf die Wahl-Fortbildungsschule einfügte, das wir ehebem in den Kämpfen um die Pflicht-Fortbildungsschule so oft gehört haben. Offener war Stadtvorordneter Rosenow, der rückhaltlos von der Pflicht-Fortbildungsschule rühmte, daß sie durch ihre Erfolge das frühere Mißtrauen beseitigt und alle Bedenken widerlegt habe. Eine aus den Reihen unserer Genossen kommende Zwischenbemerkung ergänzte hier: „Da haben also die Sozialdemokraten wieder mal recht gehabt!“ Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Krons, daß auch sie — dem Beispiel der sämtlichen Fraktionen des Freisinn folgend — auf Ausschuhberatung verzichten wolle. Die gesamte Vorlage wurde dann, ohne daß noch eine Spezialdebatte stattfand, en bloc angenommen. „Einstimmig!“ riefen mit Stolz die Freisinnigen. Es ist noch nicht gar so lange her, daß Debatten über die Pflicht-Fortbildungsschule ganz anders endeten. So ändern sich die Zeiten!

Einigkeit herrschte gestern auch in einer anderen Frage, mit der insolge eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtverordnetenversammlung sich zu beschäftigen hatte. Im Hinblick auf die demnächst in Kraft tretende Angestelltenversicherung forderten unsere Genossen, daß für die im Dienst der Stadt ohne Penjionsberechtigung dauernd beschäftigten Personen durch Ueänderung des seit 1901 geltenden Gemeindebeschlusses über die Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung nunmehr ein Rechtsanspruch gewährt werde. Genosse Koblenzer legte dar, daß dann viele dieser Personen davor bewahrt bleiben, in die viel kostende und wenig gewährenden Angestelltenversicherung hineinzugeraten. Selbst wenn man die ganze Sache nur von der finanziellen Seite betrachtet wolle, so müsse man der Forderung eines Rechtsanspruches zustimmen, weil gegenüber den Mängeln der Angestelltenversicherung eine solche Regelung ebenso sehr im Interesse der Stadt wie der in ihrem Dienst Beschäftigten liege. Grundsätzliche Bedenken konnten weder vom Magistratsvertreter noch von den Rednern des Freisinn vorgebracht werden. Stadtrat Fischbed teilte mit, daß auch der Magistrat dieser Angelegenheit bereits näher getreten ist. Sobald Klarheit darüber geschaffen sei, werde zu ihr Stellung genommen werden. Der Antrag unserer Genossen empfahl, die Frage der Gewährung eines Rechtsanspruches in gemischter Deputation zu beraten. Beratung in gemischter Deputation wünschte auch ein von Freisinnigen hierzu eingebrachter Antrag, doch stellte er ihr keine so bestimmte gehaltene Aufgabe. Dieser Antrag wurde dann angenommen.

Im ersten Teil der Sitzung wurden mehrere kleine Vorlagen erledigt. Zugestimmt wurde dem Magistratsantrag, den in den Gemeindeschulen bisher durch Vermittlung eines Vereins gegebenen hauswirtschaftlichen Unterricht vom April nächsten Jahres ab auf die Gemeindeschulverwaltung zu übernehmen. In dem Lehrplan für die Volksschulen Groß-Berlins, der zum April in Kraft treten soll, wird der hauswirtschaftliche Unterricht fakultativer Lehrgegenstand sein. Genosse Bruns regte an, nicht nur die Mädchen der ersten und zweiten Klasse, sondern auch die der dritten Klasse daran teilnehmen zu lassen, wenn sie in dieser Klasse bereits im letzten Schuljahr stehen. Stadtschulrat Fischer versicherte, das entspreche auch den Absichten der Schulverwaltung.

Ein Verein will eine Erfrischungshalle für alkoholfreie Getränke am Bahnhof Friedrichstraße aufstellen. Genosse Bengels erklärte das volle Einverständnis der sozialdemokratischen Fraktion mit der Bekämpfung des Alkohols, forderte aber — wie schon früher bei einer ähnlichen Gelegenheit — Prüfung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten derjenigen Vereine, denen die Stadt zu solchen Zwecken ihre Straßen und Plätze überläßt. Der Antrag auf Ausschuhberatung wurde angenommen.

Auch die Magistratsvorlage wegen Verpachtung der Erfrischungshalle im Treptower Park wurde einem Ausschuh überwiesen. Genosse Schulz empfahl, nicht ohne weiteres wieder mit dem bisherigen Pächter abzuschließen, sondern die Verpachtung öffentlich auszuschreiben und für die mit zu verpachtende Eisbahn den Pächter zu mäßigen Eintrittspreisen zu verpflichten.

Eine neue Brücke. Gestern vormittag wurde die im Zuge der Schönflücher und Sonnenburger Straße über die Ringelbahn führende Brücke dem Verkehr übergeben. Diese neue Brücke bildet ein weiteres Verbindungsstück zwischen dem Bezirk nördlich der Ringelbahn und dem Innern der Stadt. Sie schneidet die Eisenbahnlinie unter einem Winkel von 78 Grad 30 Zoll. Bei einer mit den überführten Sitzbän übereinstimmenden Gesamtbreite von 15 Meter haben die beiderseitigen Bürgersteige eine Breite von je 5 Meter erhalten. Es handelt sich hier um ein Bauwerk, für das in erster Linie Rücksicht auf die Bestimmung war. Seine eigenartige Gestaltung erklärt sich aus den Verhältnissen der Ortlichkeit und aus den Bedingungen, welche mit Rücksicht auf den Eisenbahnbetrieb innegehalten werden mußten. Restliche Gesichtspunkte konnten erst in zweiter Linie Berücksichtigung finden. Von der Eisenbahndirektion wurde ein möglichst breiter und hoher Raum für die durchzufahrenden Züge gefordert. Dadurch entstand eine Mittelöffnung von 31,5 Meter Weite, welche durch eine Rahmenkonstruktion überspannt wurde, deren Ausleger die Abstände bis zu den Endauflagern so weit verminderten, daß bei äußerster Ausnutzung der Bauhöhe der Anschluß an die Sonnenburger Straße hergestellt werden konnte, ohne eine Aufhöhung des Straßenniveaus vornehmen zu brauchen. Um auch ohne erhebliche Ueänderungen an den Kreuzdamm der Schönflücher und der Dänenstraße anschließen zu können, mußte der Beschleunigung des Gefalles leider seitlich der Brückenmitte in etwa 12 Meter Abstand von dem südlichen Ende angeordnet werden. Die nördlichen Fußstreifen der Portalträger liegen bereits auf südlichem Grund und Boden, so daß nur für den südlichen Zwischenstreifen Eisenbahngelände in Anspruch genommen wird. Die Ausbildung als Wechträger wurde gewählt, um den Lokomotivgassen möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten, die besonders auch durch Verwendung von Eisenbeton für die Fahrbahnplatte und durch Ummantelung der Gurtungen mit diesem Material vermindert worden sind. Die Bürgersteige, unter denen die Straßenleitungen ihren Platz gefunden haben, sind mit Eisenbetonplatten abgedeckt und darüber mit einem Belage von Hartgipsputz versehen. Die hochwändigen Träger der Mittelöffnung begünstigten die Ausbildung des Brückengeländers im Sinne der Eisenbahndirektion, welche immer von neuem die Forderung möglichst hoher, dichter Umwahrungen stellt. Es ist durch Verwendung eines Drahtgitters für die Füllungen darauf Bedacht genommen, diesen Wünschen zu entsprechen, ohne den Fußgängern beim Ueberschreiten der Brücke den freien Ausblick zu nehmen.

Die Ausführung des Bauwerks erfolgte nach langwieriger Verhandlung mit der Eisenbahnverwaltung bezüglich ihrer Verpflichtung zu einer Vertragsleistung im August vorigen Jahres. Die Kosten der Ausführung betragen rund 250 000 M.

Lichtbilder-Vortrag für Kinder im Gewerkschaftshaus.

Am Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Lichtbildervortrag für Kinder statt. Der erste Teil bringt die bekannsten Sachen von Wilh. Busch: „Rag und Mork“ und „Hans Gudehelm, der Unglücksdrabe“, der zweite Teil eine sorgfältige Auswahl von Märchenbildern und sonstigen farbigen Bildern. Vortragender ist Herr Rex.

Zutritt haben nur schulpflichtige Kinder. Der Saal wird um 4 1/2 Uhr geöffnet. Da nur so viel Karten ausgegeben werden, als Sitzplätze vorhanden sind, kann jedes Gedränge vermieden werden.

Eintrittskarten a 10 Pf. sind im Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen und im Zigarrengeschäft von Paul Horst, Engelauer 15, zu haben. Die Karten werden nur an solche Personen ausgegeben, die sich über ihre Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen oder politischen Organisation ausweisen.

Zum Stand des Baues der Fleischgroßhalle wird aus dem Rathaus geschrieben:

Die Hochbaudeputation stimmte gestern dem Vorantwurf für die Fleischgroßhalle nebst den notwendigen Kühlräumen an der Anprobstraße zu. Die Kosten stellen sich nach dem Ueberblick auf 2 700 000 M. Die Markthallendeputation in Uebereinstimmung mit dem Kuratorium des südlichen Vieh- und Schlachthofes und einer größeren Anzahl von Vertretern der Vereine der Großschlächter hält eine Vereinigung der Engrosverkaufsstelle für Fleisch mit dem Schlachthof für dringend wünschenswert. Der Magistrat ist dem beigetreten und hat deshalb die Hochbaudeputation mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Projektes beauftragt. Jetzt muß das Fleisch vom Schlachthof nach der Zentralmarkthalle und, soweit es dort nicht gleich verkauft wird, wieder nach dem Schlachthof verbracht werden. Durch den Transport leidet naturgemäß die Beschaffenheit des Fleisches, und außerdem verurteilt der Transport nicht unerhebliche Kosten. Durch eine Verlegung der Engrosstelle für Fleisch nach dem Schlachthof wird es möglich gemacht werden können, daß das Fleisch durch geeignete Vorrichtungen direkt in die Kühlhallen verbracht wird, wo es bis zum Verkauf verbleibt und direkt nach den Verkaufsstellen verbracht wird. Durch das ununterbrochene Lagern des Fleisches in den Kühlräumen gewinnt es an Qualität. Außerdem werden die Kosten für den Transport erspart. Der jetzt zum Transport nach der Zentralmarkthalle erforderliche Fuhrpark (rund 900 Wagen) würde sich dann nach Meinung des Sachverständigen um 25 Proz. verringern. Die Verlegung der Fleischgroßhalle hätte ferner den Vorteil, daß der jetzt hierfür in der Zentralmarkthalle beanspruchte Raum frei würde und für Gemüse und Obst Verwendung finden könnte. Auch würden die Straßen bei der Zentralmarkthalle, welche jetzt die Schlachtwagen belagern und dadurch den Verkehr in sehr nachteiliger Weise behindern, in ganz erheblichem Maße entlastet werden.

Ueber die Verlegung der Großmarkthalle für Gemüse und Obst sind Beschlüsse noch nicht gefaßt. Die Markthallendeputation steht auf dem Standpunkt, daß deren Verlegung an schiffbaren Wasserlauf zweckmäßig ist, weil ein großer Teil dieser für die Versorgung Berlins notwendigen Lebensmittel von weit herkommt und auf dem Wasserwege billiger als auf dem Säienewege herangebracht werden kann. Ein geeigneter Platz für diesen Zweck ist aber bisher noch nicht gefunden worden.

Ein ehrengerichtliches Verfahren gegen die Rechtsanwältin Dr. Joffe und Dr. Alberg ist von der Staatsanwaltschaft beantragt worden. Dem Antrage lagen Vorgänge im Prozeß Wetternich und Kuehnerungen im Prozeß Glaser zugrunde. Das Ehrengericht hat folgendes Urteil gefaßt: Rechtsanwältin Dr. Joffe ist der Verlegung der anwaltlichen Standespflichten in drei Fällen schuldig und wird deshalb zu einem Verweise und 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Rechtsanwältin Dr. Alberg ist des gleichen Vergehens in einem Falle schuldig und wird deshalb zu einem Verweise verurteilt. Die Kosten des Verfahrens fallen zu Dreiviertel dem Rechtsanwältin Dr. Joffe und zu einem Viertel dem Rechtsanwältin Dr. Alberg zur Last.

Die Kipper mit dem Hindernis finden wieder an der „Arbeit“. Jetzt machen sie besonders Charlottenburg unsicher. Ihr Kniff ist der: Einer von ihnen „findet“ auf der Straße eine „goldene“ Kette in dem Augenblick, in dem ein Mann, auf den er es abgesehen hat, hinter ihm hergeht. Er tut verwundert und erfreut zugleich und beronstigt dadurch auch den zum Opfer ausersehenen Mann sich die Kette anzusehen. Dann kommt „zufällig“ ein Dritter dazu, der Spiegelfeile des ersten, der „zufällig“ Goldarbeiter und Sachverständiger ist. Donnerwetter, sagt er nach genauer Prüfung, da haben Sie in einen wertvollen Fund gemacht. Die schmerz Kette ist massives Gold, schon der Findexlohn beträgt ein schönes Stück

Geld. Der Findex bedauert, keine Zeit zu haben, die Kette auf dem Fundbüro abzugeben, weil er verreisen muß. Das Ende ist, daß er sein Findexrecht mit dem Anspruch auf den Lohn für 2 R. oder mehr dem Opfer abtritt, weil der Sachverständige zu seinem Bedauern kein Geld bei sich hat. Noch lieber ist den Genußern, wenn ihr Opfer andeutet, daß man ja den Fund nicht gerade unter allen Umständen abgeben müsse. Dann verlaufen sie die Kette und der Geneppte wird nun um so mehr Geld los. Die Kettchen sind keine 50 Pf. wert. Die Spezialisten benehmen mit Vorliebe etwas dunklere Strahlen, weil sie dort die Kette auf den Bürgersteig fallen lassen, ohne daß jemand etwas merkt.

Im städtischen Obdach vom Tode überrascht wurde ein unbekannter Mann von ungefähr 65 Jahren. Kurz nach der Aufnahme brach er plötzlich besinnungslos zusammen und starb, wahrscheinlich am Herzschlag. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Der unbekannte Tote, der Papiere auf den Namen eines Dachdeckers Gustav Stöckel bei sich führte, ist mittelgroß und hat dunkles Kopfsaar und einen dünnen, rötlichen, weiß melierten Vollbart.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Arbeiter-Absinenten-Bundes veranstaltet am Sonntag, den 1. Dezember, mittags 12 Uhr, in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 58, eine Matinee mit Herrn Emanuel Reicher vom Lessing-Theater. Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind in der Geschäftsstelle SO. 16, Engelauer 19, und bei den Mitgliedern zu haben. Getränke werden nicht ausgeteilt.

Feuer in einem Bankgebäude. Gestern abend gegen 8 Uhr wurden zwei Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach dem Gebäude des Schaaffhausenschen Bankvereins in der Französischen Straße 60 gerufen. Dort war auf bisher nicht ermittelte Weise im Keller des Hauses ein kleiner Brand entstanden, der einen kleinen Lumpen erlosch hatte. Die Gefahr konnte in wenigen Minuten beseitigt werden. — Vorher hatte die Wehr in der Adolfsstraße 2 einen größeren Wohnungsbrand abgelöscht.

Feuernachrichten. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach der Köpenicker Straße 21 gerufen, wo in einer Ristenfabrik Feuer ausgebrochen war. Bei Anbruch der Wehr brannten Bretter, Kisten und Teile der Schaldecke, so daß längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben werden mußte, um die Gefahr zu beseitigen. — In der Friedenstr. 74 hatte sich ein größerer Feuer aus dem Dach des Hauses entzündet. Auch hier bedurfte es längerer Wassergebens, um die Flammen zu ersticken. In der Scharrenstr. 21/22 brannte es außerdem in einer Juwelierwerkstatt und in der Lübbener Straße 22 in einer Wohnung. In der letzten Stelle schwebte ein Kind in Erstickungsgefahr, konnte aber noch rechtzeitig von Hausbewohnern in Sicherheit gebracht werden.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf-Galensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Am 5. Juni 1912 hatte die Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme einer Anleihe von 25 Millionen Mark beschlossen. Die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Schuldscheinen konnte von den derzeitigen Angelegenheiten zuständigen Ministern des Innern und der Finanzen aber nicht erlangt werden. Vielmehr haben die Minister die Erteilung der Genehmigung davon abhängig gemacht, daß die in dem Anleiheplan enthaltenen Grundwertverhältnisse für die Volksschulen und die Fortbildungsschulen abgeleitet werden, so daß eine Ermäßigung der Anleihe auf 23 Millionen Mark eintritt, und daß der Tilgungsdag sowie die Jahresrücklage für den neu zu gründenden Sammelfonds zur Verteilung außerordentlicher Bedürfnisse von je 1,75 Proz. auf 2 Proz. erhöht werden. In der Erkenntnis, daß weitere Vorstellungen in den Ministerien zwecklos sind, hat die Stadtverordnetenversammlung nichts übrig als sich dem Willen der Regierung zu fügen. Bemerkenswert ist noch, daß die Anleihe sich um eine weitere Million Mark ermäßigen wird, wenn die Stadtverordnetenversammlung entgegen den Bedürfnissen der Bevölkerung von der Bewilligung der Mittel für die in Aussicht genommene Vadeanstalt absehen sollte.

Der Hund der Haus- und Grundbesitzervereine Groß-Berlin war an die Stadtverordnetenversammlung mit dem Gesuch herangetragen, bei Prüfungen der Wohnungsfraße den Koständen des Grundbesitzes Rechnung zu tragen und Maßnahmen zur Verringerung des Realcredits zu treffen.

Stadtv. Schröder (Soz.) sprach bei der Erörterung dieser Angelegenheit die Ansicht aus, daß bei anderen Bevölkerungsklassen wohl eher von einem Kostendruck die Rede sein könne als gerade bei den Grundbesitzern; immerhin sei es interessant, daß auch diese Bevölkerungskategorie, die bisher das individualistische Prinzip vertreten habe, vom kommunal-sozialistischen Heil erhoffe. In der Sache selbst hielt Schröder es für besser, wenn die Petition nicht dem Antrage des Ausschusses gemäß der Deputation für Errichtung eines Stadtbüchereis, sondern der Deputation zur Prüfung der Wohnungsfraße überwiesen würde. Es hätte dann auch die Frage der Errichtung eines Wohnungsamtes und einer Wohnungsinpektion mit beraten werden können.

Es wurde jedoch dem Antrage des Petitionsausschusses gemäß beschlossen.

Eine Petition der Gesellschaft für soziale Reform, den Ausbau der Schulpeinung betreffend, wurde in Rücksicht darauf, daß die Schulpeinung in die Wege geleitet ist, dem Magistrat als Material überwiesen.

Bei der Beratung der Magistratsvorlage betr. die Bewilligung von Mitteln für neue Lehrstellen an den Volksschulen rügte Stadtv. Riedel die zu starke Belegung verschiedener Volksschulklassen. Einzelne Stadtverordnete erwiderten, daß es sich bei den von Riedel angeführten Fällen um wahrnehmbare Überbelegungen handle, die einzutreten würden, wenn die Stadt keine neuen Lehrkräfte anstelle. Mit guten Gründen wies Riedel darauf hin, daß die in der Magistratsvorlage angeführten Zahlen nicht anders als positiv zu deuten seien. Uebrigens kommen in den Volksschulklassen tatsächlich Frequenzen bis zu vierzig Schülern vor.

Eine längere Erörterung erregte sich über den Bericht des Rechnungsausschusses. Einige Beamte hatten sich den Mitgliedern des Ausschusses gegenüber unziemliche Bemerkungen erlaubt, und mit Recht verlangte die Versammlung, daß den Beamten derartige Ungehörigkeiten unterliegt werden. Eine Magistratsvorlage, die die Einrichtung kaufmännischer Klassen in der Fortbildungsschule fordert, fand die Billigung der Versammlung. Bei der Beratung der Vorlage wurde ein von Riedel (Soz.) gestellter Antrag, wonach von der Verhängung der Karzerstrafe über Fortbildungsschüler abgesehen werden soll, abgelehnt. Jedoch fand ein Antrag Annahme, wonach das Höchstmaß der Strafe nicht, wie das Ortsstatut festsetzt, sechs Stunden, sondern nur zwei Stunden betragen soll. Riedel rügte weiter, daß ein Vortrag

über Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, der das Gehalt der Politik berührt habe, vor den Schülern gehalten worden sei. Schröder (Soz.) wies darauf hin, daß der vom Stadtv. Dr. Helms geforderte staatswissenschaftliche Unterricht sehr leicht einen tendenziösen Inhalt erlangen könne. Diese Bemerkung gab Stadtv. Reibig zu der Behauptung Anlaß, daß bei den Lehren der Sozialdemokratie von Wissenschaft keine Rede sein könne. Schröder erwiderte diesem Volkswirtschaftler, daß er mit dieser Behauptung unter feinesgleichen wohl allein dastehende; hätten doch die bedeutendsten Rationalökonomien rücksichtslos die wissenschaftliche Bedeutung der von den sozialistischen Denkern verkündeten Lehren anerkannt.

In geheimer Sitzung wählte die Versammlung den Ausschuss zur Prüfung des Antrages auf Einführung von Kunstgranitplatten und den Ausschuss zur Vorbereitung des Ortsstatuts über Erhebung von Beiträgen zu den Kosten der Untergrundbahn. Dem ersteren Ausschuss gehört Riedel, dem letzteren Schröder an.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst lag ein Antrag des Gemeindevorstandes vor, wonach das zwischen der Fehler- und Offenbacherstraße hinter dem Gemeindefriedhof gelegene Gelände, das laut Beschluß der Gemeindevertretung bereits zur Vergrößerung des Friedhofs bestimmt war, als Spiel- und Sportplatz einzurichten sei. Bürgermeister Walger sowie Schöffe Lichtberg gaben der Vorlage eine vortreffliche Begründung. Leider haben sich beide Herren erst etwas sehr spät davon überzeugen lassen, daß Friedenau — wie der Gemeindevorstand die Ort an der Hand einer Anzahl interessanter Berechnungen hervorhob — seiner Seelenzahl entsprechend und auch seiner bebauten Grundfläche nach lange nicht über die erforderlichen Spiel- und Erholungsplätze verfügt, die heute die modernen Städtebauer ihren Berechnungen zugrunde legen. Ein Antrag Berger verlangte, daß auch die Schule nicht an der vorgeschlagenen Stelle zu errichten, sondern daß das ganze Terrain für alle Zeiten der Bebauung zu entziehen und es der Jugend und den Erholungsbedürftigen zur Verfügung zu stellen sei. Dieser Antrag, dem auch unser Genosse zustimmte, wurde nach vierstündiger Debatte abgelehnt, der Antrag des Gemeindevorstandes hingegen mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen. Nach demselben soll der mit einem 15 Meter breiten Schmuckstreifen umgebene Spiel- und Sportplatz zugleich als Schulhof für die neue Gemeindegemeinschaft benutzt werden, wozu natürlich erst die Genehmigung der Regierung eingeholt werden muß. Mit dem vorhin erwähnten Antrage legte der Gemeindevorstand zugleich eine Vorlage betr. Errichtung einer dritten Gemeindegemeinschaft an der Offenbacherstraße zur Beschaffung vor. Dieselbe ist mit circa 650 000 M. projektiert und soll 28 Klassenzimmer, 1 Aula, 1 Zeichenlokal, 1 zweigeschossige Turnhalle, 1 Werkstattzimmer, Räume für Schulfachpflege, Jugendpflege, Maschinenarbeiten, Schulfische und Handfertigkeitsunterricht enthalten. Außerdem sollen verschiedene Wohnungen für Schullehrer und Heizer in dem Gebäude untergebracht werden. Die Vorlage fand nach eingehender Begründung durch den Baurat Altmann mit einigen unwesentlichen Änderungen Annahme. Die Schule soll so angelegt werden, daß die in kurzer Zeit notwendig werdende katholische Volksschule daran anschließend errichtet werden kann. Für Ausarbeitung des Bauprojekts sowie Aufstellung des Kostenschlusses für den Rathausbau wurden vom Baurat 5000 M. verlangt. Dies gab Veranlassung, den schon hundertmal durchgesehenen Rathausstreit in einständiger Debatte nochmals aufleben zu lassen, mit dem Erfolg, daß der Antrag des Baurats abgelehnt wurde. Für den kirchlichen Frauenverein wurden zur Unterstützung bedürftiger Armen zum Weihnachtseste, durch den Untergang des Armenwesens Herrn Schöffen Woffels 300 M. verlangt. Genosse Hahn wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß unter den von dem genannten Verein bisher unterstützten eine ganze Anzahl Gemeindegemeinschaften seien. Es sei dies beschämend für die Gemeindevertretung, die ihre Angestellten lieber zu Almosenempfängern degradierte, als sie dieselben anständig entlohne.

Mariensfelde.

Der Gemeindefestverkauf findet heute nachmittags von 3—8 Uhr in der Kurfürstenstraße statt.

Karlshorst.

Ueber die politische Lage referierte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Gen. Keese. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde eine von der Gruppe II gestellte Resolution gegen 18 Stimmen abgelehnt, in welcher der Preussentag ersucht wird, Beschluß zu fassen darüber, daß bereits vor der Hauptwahl ein Wahlbündnis mit dem Preussentag getroffen werde, damit durch dieses Zusammengehen die Majorität des wahlrechtsfeindlichen Blocks im Landtage beseitigt werde.

Lichtenberg.

Lichtenberg. Am Samstag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, findet ein Schauturnen aller Abteilungen des Turnvereins „Freie Turnerstaffel-Kommersbüsch“ im Turnlokal, Rade's Bürgerkasino, Lichtenberg, Lüdtstr. 70, statt. Freunde des Vereins und Gäste sind willkommen.

Nieder-Schönhausen.

Durch ein eigenartiges Vorkommnis hätte im Laufe des gestrigen Vormittags ein kleines Kind bald seinen Tod gefunden. Der 14 Monate alte Knabe Heinz der Mäckerischen Eheleute hatte sich, während die Mutter auf kurze Zeit nach dem Wäscheboden gegangen und das andere drei Jahre alte Mädchen beim Spiel beschäftigt war, an der Kälmaische zu schaukeln gemacht. Plötzlich hatte sich der Knabe von dem Rabe gelöst, in den der kleine so unglücklich gefallen war, daß er mit dem Hals darin zu hängen kam. Das drei Jahre alte Mädchen mußte sich seinen Rat und fing an zu schreien. Als die Mutter in die Wohnung zurückkehrte, fand sie den kleinen bereits wie leblos mit dem Kopf in dem Riemen hängen. Sofort wachte sie ihren Mann, der sich kurz vorher, von der Nachtschicht heimkehrend, schlafen gelegt und das Schreien des Mädchens nicht gehört hatte und dieser suchte durch Streichen das Kind wieder ins Leben zurückzurufen. Inzwischen wurde schnell ein Arzt herbeigerufen, dessen Anstrengung es gelang, den kleinen Knaben wieder außer Lebensgefahr zu bringen.

Adlershof.

Das „Jugendheim“ bot am vergangenen Mittwoch für jeden Kinderfreund ein herzerquickendes Bild. Als Ersatz für die Sommerausflüge war zum ersten Male die Einrichtung getroffen, daß die Kinder sich hier versammeln konnten, um im geheizten Zimmer Märchenvorlesungen zu hören oder auch kleinere Handarbeiten zu verrichten. Der Erfolg war ein überaus guter; wohl mehr als 200 Kinder hatten sich im „Jugendheim“ eingefunden. Da der Raum für eine so große Zahl von Besuchern nicht ausreichte, mußte der geräumige Hof mit zu Hilfe genommen werden und hier tummelten

sich die älteren Knaben und Mädchen im fröhlichen Spiel, während die kleineren im Zimmer Märchenvorlesungen lauschten. Um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden, sollen jetzt die Schulbücher sich des Mittwochs und die kleineren des Freitags mittags 2 Uhr im „Jugendheim“ einfänden. Des Mittwochs erfolgt auch die Ausgabe der Bücher aus der Jugendbibliothek. — Bei dem großen Trubel am Mittwoch ist einer der aufsichtsführenden Frauen ein Vormonats mit Inhalt verloren gegangen. Der Findex wird gebeten, dasfelbe bei Frau Kronevald, Hoffmannstr. 17, oder bei Fabel, Wis-mardstr. 11, abzugeben.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Erster. Freitag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, bei Rathes. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Reutkna. Sonntag, den 1. Dezember: Wanderung durch den Grunewald. Fahrzeit 40 Pf. Abfahrt: Kaiser-Friedrich-Str. 7.26, Bergstr. 7.28, Neumannstraße 7.30 bis Grunewald.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 1. Dezember: Besuch des Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrecht-Str. 7. Treffpunkt am Eingang des Museums 9, 12—12 Uhr mittags.

Deutscher Arbeiter-Absinentenbund. Ortsgruppe Groß-Berlin. Freitag, 29. November, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Vortrag des Genossen J. E. Engelberg über: „Jüdische Absinentenbewegung“. Diskussion.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzlarbeiter (G. O. 29), Hamburg. Rillale Baumkühlweg. Samstag, 30. November, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Paul Hohe, Baum-schulstraße 67.

Landmannschaft Heddernünde-Usedom-Wollin. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr: Versammlung bei Rodrigo, Dorfstr. 24. Aus dem Wahlkreis Heddernünde-Usedom-Wollin kommende Parteigenossen und Genossen als Gäste willkommen.

Freireitende Gemeinde. Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17, Reutkna: „Idealpassage“ und Tegel: Schlieperstraße 30: Freireitende Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. R. Brä: „Gerhart Hauptmann“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 9. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: Reichs- oder Bundesmonarchie? Von Emanuel Baum. — Fürstentum oder Volksrepublik? Von Christo Kabahtschew (Sofia). — Zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten. Von Hermann Schlüter. II. — Der Gewerkschaftskongress von Havre. Von Josef Steiner (Paris). — Literarische Rundschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kioskbetreiber zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 5 des 23. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien wir hervor: Krieg dem Kriege. — Rom, „Eugen“. Von W. D. — Schwankungen der Arbeitsintensität von Textilarbeiterinnen. I. Von J. H. — Gegen die Frauenverdrängung im Kino. Von P. Ras Gumpel. — Betrogene Witwen und Waisen. Von Rudolf Bogler. — Das Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde. Von Paul Girsch.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beleggeld 65 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die Nr. 25 des 29. Jahrgangs im Umfang von 30 Seiten erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von J. H. B. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen.

Alten Archiv. Bd. 2. Abheften aus dem Landwirtsch. Institut der Universität Halle. Herausgegeben von Prof. Dr. F. Wollmann. 6 M. P. Hare, Berlin SW. 11.

Lehrbuch der Paläozoologie von Prof. Dr. G. Friedrich Stromer u. Reinhold. II. Teil. Wirbeltiere. Geb. 10 M. S. G. Teubner, Leipzig.

Wartbericht von Berlin am 27. November 1912, nach Ermittlung des königl. Volkseigenen Markthallenpreises (Kleinhandel)
 100 Kilogramm Erbsen, gelb, zum Kochen 30,00—30,00. Speckschonen, weiße, 36,00—36,00. Äpfel 35,00—36,00. Kartoffeln (Kleinh.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,80. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kale 1,60—3,20. Bänder 1,40—3,60. Dachte 1,40—2,80. Barfische 0,80—2,40. Schlei 1,50—3,20. Hele 0,80—1,60. 60 Stück Krebs 3,00—30,00.

Witterungsüberblick vom 28. November 1912.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	751	SW	2	2	Caparanda	735	SW	8	Regen 3
Damburg	751	SW	3	4	Yetersburg	752	SW	4	bedeckt 3
Berlin	752	SW	3	4	Scobitz	757	SW	3	bedeckt 7
Frankfurt	755	SW	2	bed. dd.	Übersee	758	SW	3	bedeckt -2
München	757	SW	3	bedeckt 1	Paris	758	SW	3	bedeckt 1
Wien	756	SE	1	bedeckt 1					

Wetterprognose für Freitag, den 29. November 1912.

Zunächst etwas kühler, gegenstands neblig, sonst ziemlich heiter bei lebhaften südlichen Winden; später wieder zunehmende Erwärmung und geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 27. 11. 1912	am 28. 11. 1912	Wasserstand	am 27. 11. 1912	am 28. 11. 1912
Remel, Mühl	285	+7	Saale, Großsch	162	-6
Bregel, Ankerdamm	2	-5	Havel, Sandbau	73	+5
Belchel, Thon	184	-6	Havel, Halbenow	70	+4
Ober, Kahlbor	174	-8	Spree, Spremberg	85	-2
• Krossen	205	-3	• Bestow	102	0
• Frankfurt	207	-20	• Wefer, Ränden	273	-10
• Warte, Schirmm	110	-10	• Wenden	300	-17
• Landsberg	74	+1	• Rhein, Maximilianbau	394	-2
• Reg. Borsdam	92	0	• Raab	213	-10
• Elbe, Reitmerg	39	-8	• Köln	299	-12
• Dresden	-74	-10	• Redar, Heildrom	104	-2
• Barby	250	0	• Rain, Danau	243	-12
• Magdeburg	1-8	0	• Rote, Trier	108	+2

+) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpegel.



Sunlicht Seife

bildet einen vollkommenen Ersatz für die Rasenbleiche und macht schädliche Zutat und scharfe Waschmittel überflüssig. Blütenweisse Reinheit und köstliche Frische der Wäsche entzücken die Herzen aller Hausfrauen, welche nur allein Sunlicht Seife verwenden. Man weise Nachahmungen zurück!



Voranzeige.

Unser alljährlicher Inventur-Ausverkauf findet dieses Mal nicht nach Weihnachten, sondern bereits vor Weihnachten statt und beginnt morgen Sonnabend, den 30. November. Wir haben uns aus dem Grunde hierzu entschlossen, weil naturgemäss der Hauptbedarf zum Feste ist und nicht erst nach dem Fest. — Dadurch ist unserer geehrten Kundschaft Gelegenheit geboten, ihre Weihnachtseinkäufe ganz aussergewöhnlich günstig zu besorgen. Wir werden derart billige Preise bringen, dass sich eine gleich wiederkehrende Gelegenheit nicht bald bieten dürfte, und erklären uns bereit, jetzt gekaufte Waren auch gegen eine Anzahlung bis zum Weihnachtsfest bei uns auf Lager zurückzustellen. — Unser morgen erscheinendes Inserat empfehlen wir einer geneigten Beachtung.

Warenhaus H. Greifenhagen Nchf.

Brunnenstrasse 17-18 Berlin N Veteranenstrasse 1-2

Vereine — Gewerkschaften — Komitees

Die in den Musikerkäfen, Kaiser-Bühelstr. 18m (Zw. R. Babel), bestehenden Differenzen sind zur Zufriedenheit beider Teile geregelt.
Tanzlehrer-Verband Solidarität 1892.
Den geehrten Vereinen, Gewerkschaften, Saalbesitzern empfehlen uns zur Leitung von Ballen, Festlichkeiten sowie zur Einstudierung von Kostüm-Quadrillen. Bestellungen erbitten an die Geschäftsstelle:
Wilh. Scheel, Wrangelstr. 107. Tel.: Moritzplatz 10 381.

Brunnenstrasse 120
Berlin N.

Gross artige Ausstellung kompl. Möbel

Komplette Einrichtungen von 230 M. an	
Moderne Wohnzimmer	235 - 625 M.
Moderne Schlafzimmer	295 - 800 M.
Moderne Herrenzimmer	315 - 900 M.
Moderne Garnituren	110 - 350 M.
Moderne Sofas	52 - 480 M.
Chaiselongues	21 - 65 M.
Kleiderschränke	38 - 72 M.
Ausziehtische	15.50 - 65 M.
Ankleideschränke	95 - 165 M.
Bettstellen mit Matratze	32 - 72 M.

Lieferung franko.

Klein bemesse ich die Ratenzahlungen obwohl billigste Kassapreise

Möbel-Magazin Otto Piehl

Reguläres Möbel-Magazin
Kein Kredithaus

Theater.

Freitag, 29. November 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Wagners Königlicher Schauspielhaus. Die Hermannschlacht.
Deutsches Königliches Theater. Die Jüdin von Toledo.
1. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
2. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
3. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
4. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
5. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
6. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
7. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
8. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
9. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
10. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
11. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
12. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
13. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
14. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
15. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
16. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
17. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
18. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
19. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
20. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
21. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
22. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
23. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
24. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
25. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
26. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
27. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
28. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
29. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
30. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
31. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
32. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
33. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
34. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
35. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
36. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
37. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
38. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
39. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
40. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
41. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
42. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
43. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
44. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
45. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
46. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
47. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
48. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
49. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
50. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
51. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
52. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
53. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
54. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
55. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
56. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
57. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
58. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
59. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
60. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
61. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
62. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
63. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
64. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
65. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
66. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
67. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
68. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
69. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
70. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
71. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
72. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
73. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
74. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
75. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
76. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
77. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
78. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
79. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
80. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
81. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
82. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
83. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
84. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
85. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
86. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
87. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
88. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
89. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
90. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
91. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
92. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
93. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
94. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
95. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
96. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
97. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
98. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
99. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.
100. Teil.
Königlicher Hoftheater. Die Jüdin von Toledo.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.
Sonnabend, nachmittags 3.10 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Geschwister Elga.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rössl.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße.
7 1/2 Uhr: Hedda Gabler.
Theater am Rollendorfsplatz 5.
Gastspiel des Münchener Künstlertheaters. Anfang 8 Uhr:
Orpheus in der Unterwelt.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr:
Schneewittchen.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Zum 25. Male: Des andern Ehre.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Rumpelstilzchen. 8 Uhr: Einmaliges Gastspiel der Gesangs-schule der Frau Brigitte Berger: Diaros Hochzeit.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zum letzten Male: Ich lasse Dich nicht.
Abends 8 Uhr: Raffet.
Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Ab 8 Uhr. Vorletzter Tag! des grandiosen Programms!
Robins, der Urkomische.
Kussys Wanderhunde.
Nede-Quartett.
Karl Sedlmayr.
Bendix-Schnabel und 6 weitere gr. Attraktionen.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Raunen gefaltet.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahrestrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund.
Wahl v. Rud. Welfen. Länge arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schulz.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Prinzenerziehung.
Saitre in 3 Akten v. Maurice Donnay.
Morgen und folgende Tage:
Prinzenerziehung.
ROSE-THEATER.
Grosse Frankfurtstr. 122.
Abends 8 Uhr:
Die Sünden der oberen Gehirnanst.
Sonnabend, 8 Uhr: Dieselbe Vor-stellung.
Raum 4 Uhr: Der geflügelte Kater.
Herrnfeld Theater.
Beispielloser Lacherfolg!
Die Alpenbrüder.
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Hierzu:
Das Scheidungs-Souper.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Trianon-Theater.
Gute geschlossen!
Sonnabend, 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
Die Erste — Die Beste!
Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eisballett.
Einzig in der Welt mit seinen prunkvollen Eisballetts.
Allabendlich das sensationelle Eisballett „Yvonne“.
100 Mitwirk. Fabelh. Ausstattung.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gütigste Graf.
Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!
Folies Caprice.
Zum 100. Male:
Der teuflische Joseph.
Der Rehdod.
Der Eindreher.
TGB
THEATER GROSS-BERLIN
AM ZOO.
Täglich 8 Uhr:
So hummeln wir!
Bunte Bilder mit Gesang und Tanz v. Gustav Kadeburg, Leo Leipziger und Jean Gilbert mit: Fritzl Massary, Max Pallenberg, Karl Bachmann.
Vorher: Gr. Varieté-Teil.
Rauchen in allen Räumen des Theaters gestattet.
Der Vorverkauf findet statt an der Theaterkasse 10-2 Uhr, im Warenhaus Tiets und im Invalidendank. Keine Vorverkaufsgebühr.

Zirkus Albert Sekemann.
Heute Freitag, 29. November, abends 7 1/2 Uhr:
Große Galavorstellung mit exquisitem Galaprogramm. Besonders hervorzuheben:
Tommy & Boy, die einzigen Wunderbaren, welche selbstständig Zweirad fahren und Rollschuh laufen.
Herr Albert Carré mit seinen neuesten Schul- und Freiheitsdressuren.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch. Vier Bilder aus Indien.
Der Clou der Saison!
Lichtspiele
Passage-Theater
Unter den Linden.
Morgen Premiere.
Menschen unter Menschen.
Großes Drama nach dem berühmten Werke „Les misérables“ von Victor Hugo, in 4 Serien und 9 Akten, gespielt von den bekanntesten Pariser Schauspielern.
1. u. 2. Teil vom 30. Nov. bis 6. Dez. 3. u. 4. Teil vom 7. Dez. bis 13. Dez. Zyklus-Billetts zu ermäßigten Preisen an der Theaterkasse.
Das Drama gelangt um ca. 5 1/2 Uhr und 9 Uhr zur Auf-führung.
Ferner d. reichhaltige interessante Programm.
Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Zum 7. Male: die große Prunk-Pantomime „Sevilla“ in 6 glänzenden Akten. Besonders hervorzuheben: Das berühmte Wirtshaus bei Ossuna. Die berühmte Stier-gefechts-Arena in „Sevilla“. Die märchenhaft neuen Wasserspiele. Vorher d. gesamte gr. Galaprogr. Avis! Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr: Die gr. Pantomimen-Burleske Unter Gorillas. Ungesägt.
Voigt-Theater.
Belundbrinnen Badstraße 58.
Freitag, den 29. November 1912:
Luftschlösser.
Goldstück mit Gesang in 3 Akten von Mannhardt und Keller.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die HEILIGE WEISSE NEGERIN und ihre schwarze Priester-Schwester. Beide lebend ohne Extra-Entree zu sehen.
Theater Königstadt-Casino.
Goldmarkstraße 72.
1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Das gr. Spezialitätenprogramm und „Eine von der Wasserkant“. Lebensbild in einem Akt.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bosco“
Moyssol und Britton.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Sanatorium Sondersch.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute! Bierabend mit nachfolgendem Tanz veranstaltet vom Wander-Ruder-Verband.
Kapellen:
Berliner Konzerthausorchester, Dir. Frz. v. Sles, Komponist. Musik. 2. Garde-Regiments z. F., Dirigent Oberm. Graf.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Passepartouts und Vorzugskarten haben keine Gültigkeit.
Die zum Bußtage gelösten Billette gelten!

